

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsheftigste Kolonelle oder deren Raum 40 Pf. für vollstehende und gewerkschaftliche Vereins- und Bekanntmachungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (mit dem ersten Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Ehren- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 13. Januar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Wieviel Bauern können Brotgetreide verkaufen? \*)

Diese Frage findet, wie schon berichtet, eine ebenso gründliche wie interessante Beantwortung in dem soeben erschienenen Buche von Dr. Moriz Hecht-Karlruhe über die badische Landwirtschaft. Hecht ist in der Lage, die Ergebnisse einer Erhebung mitzuteilen, die im Frühjahr 1902 durch die Amtsvorstände in sämtlichen Gemeinden des Landes vorgenommen wurde. Durch nachträgliche Kontrolle und Begutachtung seitens der landwirtschaftlichen Bezirksvereine oder der Landwirtschaftslehrer wurden die auf Schätzung von Sachverständigen aufgebauten Angaben der Gemeindebehörden so sorgfältig als möglich überprüft. Hecht hält die Angaben im allgemeinen für durchaus zuverlässig; jedenfalls, meint er, seien sie nicht zu niedrig, da die Bürgermeister, die doch auch unter der Wirkung der politischen Agitation ständen, die Zahl der getreideverkauften Familien eher zu hoch als zu niedrig anzusetzen geneigt seien.

Die Erhebung stellte sich zur Hauptaufgabe die Zahl derjenigen Familien zu erfassen, welche über den eignen Jahresbedarf hinaus Brotgetreide bauen. Es wurde also nach der überschüssigen Menge gefragt und zur Kontrolle dieser Hauptfrage wurden die drei Vorfragen gestellt: a) wieviel Familien bauen überhaupt keine Brotfrucht? b) wieviel weniger, als zur Deckung des eignen Jahresbedarfs notwendig ist? c) wieviel Familien decken ihren ganzen Jahresbedarf, ohne überschüssiges Getreide zu verkaufen oder fremde Brotfrucht oder Mehl zukaufen zu müssen? — Die Art der verkauften Brotfrucht wurde dabei nicht unterschieden. Unter dem Begriff Brotfrucht wurde Weizen, Roggen und Spelz zusammengefaßt; außerdem die Gerste in den Bezirken, wo solche als Brotfrucht mit in den Handel kommt, wie dies in der ganzen badischen Rheinebene der Fall ist.

Welches sind nun die Resultate?  
 Da zeigt sich zunächst, daß, obgleich Baden ein ausgesprochenes Kleinbauernland ist — doch der weitaus größte Teil der Betriebe am Getreidebau beteiligt ist. 196 800 Familien, das sind 83,4 Proz. aller landwirtschaftlichen Betriebe (203 150) bauen Getreide. Scheidet man die Betriebe mit unter 20 Ar, die ja vor-

wiegend oder ausschließlich nur Kuggärten darstellen, aus, so steigt der Anteil der getreidebauenden Betriebe auf 90 Proz. aller Betriebe. Im großen ganzen läßt sich sagen, daß Inhaber einer landwirtschaftlichen Fläche von etwa 40 Ar anfangen, Getreide zu produzieren. Am geringsten ist die Zahl der getreidebauenden Betriebe in den Gebirgsgegenden (Kreisbezirk Triberg 50,7 Proz., Schönau 52,5 Proz., St. Blasien 58,6 Proz.), in der Rheinebene dagegen steigt sie auf 90 Proz. und darüber (am Kaiserstuhl 93,8 Proz.) und im Pfalz- und Kraichgau auf 96,8 Proz. Ueber die Hälfte, 53 Proz. des gesamten Landes sind dem Getreidebau gewidmet.

Aber: Getreide bauen und Getreide verkaufen ist zweierlei! Nur 24 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe haben überschüssiges Brotgetreide zu verkaufen!

Der Prozentsatz der über den eignen Jahresbedarf Brotgetreide produzierenden Betriebe ist natürlich in den einzelnen Bezirken sehr verschieden. Nur in 5 Kreisbezirken haben über die Hälfte (50,5 bis 54,5 Proz.) aller landwirtschaftlichen Betriebe Getreide zu verkaufen; in 8 Bezirken sind es über ein Drittel (33,9 bis 43,5 Proz.); in 17 Bezirken sind es über ein Fünftel (20,4 bis 29,7 Proz.); in den übrigen 23 Bezirken verkaufen weniger als 20 Proz. der Betriebe Brotgetreide. Gar kein Brotgetreide verkaufende Betriebe weist der Kreisbezirk Schönau auf, in St. Blasien sind es 0,8 Proz., in Triberg 1,1 Proz., in Säckingen 2,4 Proz., in Schopfheim 4,3 Proz., in Wolfach 4,7 Proz., in Waldkirch 5,3 Proz., in Neustadt 6 Proz. der Betriebe.

Nah man die Zahlen der Brotfruchtbauenden Betriebe allein ins Auge, so ergibt sich, daß 42,4 Proz., also über zwei Fünftel noch nicht einmal den eignen Jahresbedarf decken. Sie müssen Brotfrucht, Mehl etc. zukaufen. Im Odenwald sind dies 56,1 Proz., im südlichen Schwarzwald 61,5 Proz., im mittleren Schwarzwald 70 Proz., im Bezirk Triberg 85,7 Proz. und in Schönau sogar 92,7 Proz. aller brotfruchtbauenden Familien. 28,7 Proz. aller brotfruchtbauenden Familien decken gerade ihren eignen Bedarf, und nur 28,9 Proz. haben überschüssige Brotfrucht zu verkaufen.

Das Verhältnis der brotfruchtbauenden und verkaufenden Familien zu allen (landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen) Familien des Landes spiegelt sich in nachfolgender Tabelle wieder, in der das Land in 11 natürliche Gebiete zerlegt ist:

Natürliche Gebiete und Großherzogtum	Gesamtzahl der Familien	Daraus bauen							
		überhaupt keine		weniger als zur Deckung ihres Jahresbedarfs notwendig ist		den ganzen Jahresbedarf an		mehr als zur Deckung des Jahresbedarfs nötig ist	
		Familien	in %, aller Familien	Familien	in %, aller Familien	Familien	in %, aller Familien	Familien	in %, aller Familien
Seegegend	23 284	10 884	46,7	4 420	19,0	3 578	14,5	4 607	19,8
Donau- und Oberrhein	16 238	6 035	37,2	3 304	20,3	3 027	18,6	3 872	23,9
Südlicher Schwarzwald	22 856	9 826	43,0	8 012	35,1	3 157	13,8	1 861	8,1
Mittlerer und nördlicher Schwarzwald	39 289	18 084	45,8	14 185	36,1	4 088	10,4	1 182	3,0
Kaiserstuhl	4 911	617	12,6	1 750	35,8	1 693	34,5	842	17,1
Oberer Rheinebene	37 834	23 025	60,8	4 052	10,7	4 202	11,1	4 755	12,6
Mittlere Rheinebene	48 964	14 923	30,5	11 494	23,5	12 333	25,2	10 104	20,8
Untere Rheinebene	111 264	79 021	71,0	14 424	13,0	9 295	8,3	8 824	7,7
Pfalz- und Kraichgau	45 670	10 461	22,9	10 569	23,1	7 617	16,7	11 023	24,2
Bauland	24 367	5 544	22,8	5 558	22,8	4 072	16,7	8 203	34,0
Odenwald	12 726	4 293	33,7	4 736	37,2	1 841	14,5	1 856	14,6
Großherzogtum	387 403	100 513	26,0	83 413	21,5	56 468	14,6	57 000	14,7

Also nahezu die Hälfte (49,2 Proz.) der Bewohner des Landes sind am Getreidebau ganz unbeteiligt. Weitere 21,5 Proz. bauen zwar Getreide; aber so wenig, daß sie Brotfrucht, Mehl oder Gebäck zukaufen müssen. Weitere 14,6 Proz. bauen gerade soviel als sie selbst brauchen. Nur 57 009, das sind 14,7 Proz. aller Familien des Landes bringen Brotfrucht zu Markt. Ihre Zahl bildet noch kein Drittel der brotfruchtbauenden, noch kein Viertel der landwirtschaftlichen und noch kein Sechstel aller Familien des Landes.

So sieht es mit der Zahl der am Brotfrucht-Verkauf interessierten Familien aus. Wie verhält es sich nun mit der Menge des verkauften Brotgetreides?

Von den 57 009 Familien, die überschüssige Brotfrucht produzieren, haben nur 2300, das sind 4 Proz., über 100 Centner abzugeben. Bei 54 709 = 96 Proz. bleibt das Quantum des verkauften Brotgetreides unter 100 Centner. 48 062 = 84,3 Proz. verkaufen weniger als 50 Centner, und bei 30 477 = 53,5 Proz., das heißt bei über der Hälfte der brotfruchtverkauften Familien, bleibt die verkauften Menge unter 20 Centner!

Es wird — sagt Hecht — durch diese Zahlen unüberleglich die dem Kenner der badischen Landwirtschaft längst bekannte Tatsache bewiesen, daß trotz der starken Ausdehnung des Getreidebaues das Interesse der Mehrzahl unserer badischen Bauern am Verkauf von Brotfrucht verhältnismäßig klein ist, und jedenfalls hinter dem Interesse am Verkauf von Wein, Tabak, Obst, Vieh usw. wesentlich zurückbleibt.

Auch auf die Frage, welchen Flächenumfang ein landwirtschaftlicher Betrieb haben muß, um überschüssiges Brotgetreide verkaufen zu können, wirft die badische Erhebung ein aufklärendes Licht. Baden hat 53 904 landwirtschaftliche Betriebe von

über 5 Hektar Größe. Die Zahl der brotfruchtverkauften Betriebe beträgt 57 009. Beide Zahlen decken sich also insofern, daß der allgemeine Satz zulässig erscheint, daß im Durchschnitt des Großherzogtums der Verkauf von Brotfrucht bei einer Betriebsfläche von 5 Hektar beginnt. Man darf dabei allerdings nicht vergessen, daß sich hinter diesem Durchschnittsergebnis sehr verschiedene Größenverhältnisse in den einzelnen Bezirken verbergen. Bodenbeschaffenheit, Klima, Intensität und Betriebsrichtung können dabei als bestimmende Faktoren in Betracht. Eine feste, überall und für die verschiedensten Betriebsverhältnisse zutreffende Grenze läßt sich darum nicht ziehen. Hecht faßt sein auch auf sonstige Beobachtungen gestütztes Urteil dahin zusammen, daß der Verkauf von überschüssiger Brotfrucht im südlichen Hügel- und in der Seegegend im großen und ganzen bei einer Nutzungsfäche von etwa 4—5 Hektar, im Schwarzwald bei 10—20 Hektar, in der Rheinebene und Bauland bei 0,75—1 Hektar, im Odenwald bei 4 Hektar beginnt.

Dr. Hecht ist nichts weniger als ein Socialdemokrat. Er sieht durchaus auf dem Boden einer konservativen Auffassung von Staat, Gesellschaft, Religion und Sitte, und sein Buch lacht nicht mit Lob auf die Agrarpolitik und Bauernfürsorge der badischen Regierung, in welcher der Geist Bismarcks waltet. Um so wertvoller müssen uns die Schlussfolgerungen sein, die er auf Grund der gegebenen Thatsachen und Zahlen als streng wissenschaftlicher Beurteiler zu ziehen sich genötigt sieht.

Nach den Ergebnissen der Erhebung bedarf es für ihn keines Beweises mehr, daß die Getreidepolitik für die badischen Bauern nicht das gleiche Interesse hat, wie für die Landwirte im Norden und Osten des Deutschen Reiches. Eine Getreidepolitik könnte für die badische Landwirtschaft nur nach der andern Seite hin wesentlich werden. Nämlich dann, wenn eine Ueberspannung der Zollsätze zu Zollkriegen oder ungünstigen Handelsverträgen führte, und damit die Lebenshaltung der städtisch-gewerblichen Volksteile ernstlich gefährdete. Hecht nimmt zwar an, das sei „ja wohl kaum zu befürchten“. Wir sind in diesem Punkte aber anderer Meinung, und halten diesen Fall gar für sehr wahrscheinlich. Was würde das aber für die badische Landwirtschaft bedeuten? — Wir geben die Antwort mit den Worten Hechts: „Eben wir den Fall: Eine solche Politik würde nachhaltig die gewerbliche und kommerzielle Blüte eines städtischen Mittel-

punktes wie Mannheim schädigen und die Lebenshaltung der dort vorhandenen Arbeitermassen beschneiden. So wäre der Schaden, welcher dadurch der badischen Landwirtschaft erwüchse, unvergleichlich viel größer als irgendwelcher Vorteil, der dem Bauer von der Erhöhung der Getreidezölle erwachsen könnte.“

Dem brauchen wir nichts hinzuzufügen. Ob die Herren in den süddeutschen Regierungen und ihre Vertreter im Bundesrat die Anwendung daraus ziehen? —

### Hollebens Rücktritt.

London, 10. Januar. (Fig. Ver.) Der deutsche Gesandte in Washington, dessen Rücktritt schon gemeldet wird, darf als das Opfer der unentschiedenen, veralteten, anvertrauten Aufgabe war, einen anglo-amerikanischen Zusammenschluß zu verhindern. Eine ähnliche Aufgabe hat Cassini, der russische Gesandte in Washington. Der anglo-amerikanische Zusammenschluß wurde besonders seit dem spanisch-amerikanischen Kriege sichtbar, als England den Amerikanern gegenüber eine freundliche Neutralität zeigte. Den Gipfelpunkt seiner Thätigkeit erreichte v. Holleben am Vorabend der Reise des Prinzen Heinrich nach Amerika. Damals spielte der deutsche Gesandte seinen letzten Trumpf aus, indem er den britischen Gesandten Lord Pauncefote als einen Gegner des spanisch-amerikanischen Krieges hinstellte. Diese Episode ist noch in aller Erinnerung. Sie spielte sich im Februar 1902 ab. Die deutsche Regierung machte die Enthüllung, daß Lord Pauncefote am Vorabend des Krieges bereit gewesen sei, bei Mac Kinley Vorstellungen gegen den Krieg zu machen und daß nur das Eintreten der deutschen Regierung ihn daran verhindert hätte. Diese kriegsfreundliche Haltung der deutschen Regierung stimmt allerdings mit der in aller Welt bekannten Thatsache schärfst überein, daß ein deutscher Admiral einige Wochen später den Kommandore (jetzt Admiral) Dewey in seinen Operationen bei Manila belästigte. Aber sei dem wie es will, die Enthüllung war ein Schlag ins Wasser. Die Beziehungen der beiden angelsächsischen Reiche wurden nicht im geringsten gestört, eben so wenig hat die Prinzenreise nach Amerika zu einer Verringerung der deutsch-amerikanischen Beziehungen geführt.

Von unfrem Standpunkt ist die Diplomatie nur eine verfeinerte Schinderhannes-Thätigkeit. Nichtsdestoweniger ist es gut, sie zu beobachten. Zudem ist das Spiel interessant genug. Die Schwächen der deutschen Diplomatie sind zweierlei: erstens will sie nicht begreifen, daß die internationale Politik ebenso wie die heimische Politik sich im letzten Grunde an die wirtschaftlichen Bewegungen anschließen muß; zweitens glaubt sie, daß man zwischen zwei Stühlen sitzen könne, wozu nur ein geschicktes Balancieren, ein Kuffinden der Mittellinie gehöre.

Es soll hier gar nicht geleugnet werden, daß die Lage der deutschen Politik eine schwierige ist. Die inneren Konflikte sind nicht ausgetragen, ebenso bietet die geographische Lage des Deutschen Reiches keine genügende Sicherheit. Diese Faktoren sind ohne Zweifel sehr störend. Aber von einer Regierung muß verlangt werden, daß sie dies erwägt, ehe sie handelt. Schwanken kann jedermann, so lange er nur sich allein verantwortlich ist. Eine Regierung aber ist für die ganze Nation verantwortlich. Hat sie dieses Verantwortlichkeitsgefühl nicht oder kann sie ihm keine Rechnung tragen, so darf sie sich nicht belassen, daß man ihr kein Vertrauen schenkt.

Wir haben bereits in unfrer Jahresbetrachtung darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten sich als die Erben des britischen Reiches betrachten. Mit dieser Thatsache muß gerechnet werden. Die Erbschaft ist eine bedeutende. Cecil Rhodes, der sich doch auf materielle Dinge wohl verstand, sagte in seiner letzten Rede in Kimberley: „Die britische Flagge ist das größte kaufmännische Attribut der Welt“. Die Vereinigten Staaten werden es deshalb nicht gestatten, daß ihnen dieses Attribut abhandeln kommt. Die Pilgerfahrt aller deutschen Prinzen nach New York würde daran nichts ändern. Von dem Momente an, wo es klar wurde, daß England im Niedergange begriffen ist, änderten die leitenden Amerikaner ihre Politik gegenüber England. All die angelsächsischen Phrasen sind leerer Stroh. Die reiche Erbschaft ist die Hauptsache. Was können nun diesem mächtigen Interesse gegenüber die Enthüllungen deutscher Gesandten oder die Reiser oder Lobschymmen deutscher Fürsten ausdrücken? Man laßt sie einfach aus, wie das im letzten Jahre sattem bekannt geworden ist. Es ist gar nicht nötig zu behaupten, daß v. Holleben mit seiner Anklage gegen Pauncefote einfach intrigiert hätte. Rein, der deutsche Gesandte hatte recht. Aber was ist das Resultat? Er muß Washington verlassen. Noch mehr, die anti-englische Politik des deutschen Gesandten in Washington erweist bei den Amerikanern den Verdacht, daß Deutschland sie von ihrer Erbschaft trennen möchte.

Will also Deutschland in Washington auf freundliches Entgegenkommen rechnen, so müßten dort keine Gesandten eine England freundliche Haltung annehmen, oder wenigstens sich strikte auf deutsche Interessen beschränken. Letzteres ist indes bei der Komplexität internationaler Fragen nicht gut möglich. Es bleibt also für Deutschland und Washington nur eine englandfreundliche Politik. Natürlich wird eine solche Haltung besonders der deutschen Presse schwer werden; sie faßelt fortwährend von englischen Intriguen gegen Deutschland. Nach den hier gegebenen Darlegungen sind derartige Intriguen gegen Deutschland ganz überflüssig. Die einseitige, mit veralteten Mitteln arbeitende deutsche Diplomatie giebt die Handhabe zu den Mißbilligungen. Es kann selbstredend nicht ausbleiben, daß die Engländer in Washington mit gleicher Münze zahlen. Aber die Ursache ist sie nicht. Die moderne Diplomatie, überhaupt die amerikanische, ist eine Anhängerin der materialistischen Gesichtsanschauung, allerdings nur soweit sie ihr paßt. Es liegt sich

\*) Die badische Landwirtschaft am Anfang des XX. Jahrhunderts. Von Dr. Moriz Hecht, Regierungs-Ressort beim Großh. Bad. Statist. Landesamt, Karlsruhe 1903. 262 S.

\*\*) Wir haben bereits in Nr. 8 auf die bedeutsame Veröffentlichung Hechts hingewiesen, die nachfolgend eine eingehendere Erörterung findet. Bei dieser Gelegenheit sei auf einen an dem Hauptergebnis nichts Änders im Fortum des ersten Artikels hingewiesen; die Prozentzahlen der Interessenten an den Getreidezöllen waren auf die Gesamtheit der badischen Familien bezogen, nicht nur auf die landwirtschaftlichen.

leicht nachweisen, daß Hr. Hay, der auswärtige Minister der Vereinigten Staaten, seine Politik auf dem genauen Studium der Weltwirtschaft aufbaut. Kein wichtiger Schritt wird in Washington unternommen, ohne den Rat der tüchtigsten ökonomischen Ratsgeber eingeholt zu haben. Die alten diplomatischen Risse und Wunden wurden dort ebenso bei Seite gelegt, wie die alten Werkzeuge und Handgriffe in der Fabrik.

Mit obiger Darlegung unseres Londoner Korrespondenten stimmen mehrere Depeschen überein, die sich englische Blätter über die Auffassung der amerikanischen Regierungskreise und Presse aus Amerika tendenz lassen. So läßt sich der Londoner „Daily Telegraph“ aus Washington melden:

„In diplomatischen Kreisen hat die plötzliche Abreise des deutschen Vorschafers v. Holleben zusammen mit den Berliner Zeitungsberichterstattungen viel Besprechung gefunden. Während man allgemein geneigt ist, den Vorgang mit einer Unzufriedenheit der deutschen Regierung über irgend einen Punkt in der venezolanischen Angelegenheit in Verbindung zu bringen, behaupten diejenigen, die es am besten wissen müssen, daß der Vorschafers mit seiner Regierung in ein schwieriges Verhältnis geraten sei, als sein Plan scheiterte, Lord Pauncefoot bei der amerikanischen Regierung und bei dem amerikanischen Volk durch die Beschuldigung zu diskreditieren, daß der verstorbenen englische Vorschafers während des Streites mit Spanien sich unfreundlich gegen Amerika verhalten habe. Hätte dagegen sein Plan den Erfolg gehabt, ein feindseliges Gefühl gegen England in Amerika hervorgerufen, so würde Herr v. Holleben beim Kaiser vielleicht ebenfalls einen Erfolg zu verzeichnen gehabt haben. Der vollständige Scheitern seines Versuches machte den Vorschafers in Berlin unbeliebt und toll, wie man annimmt, die erste Veranlassung zu seinem Sturz gegeben haben. Dazu kommt, daß man von gut unterrichteter Seite über scharfe Gegensätze zwischen dem Prinzen Heinrich und dem deutschen Vorschafers zu berichten weiß. Man behauptet, Prinz Heinrich habe die Ueberzeugung mit nach Hause genommen, daß die Regierung in Washington seinen geeigneten Vertreter habe. Den eigentlichen Charakter dieser Gegensätze kann niemand feststellen; aber es steht zweifellos fest, daß Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren. Herr v. Holleben werden noch andre Helfer und ernste Vertrauensbrüche nachgesagt. So soll er bei der Präsidentschaftswahl mit den Demokraten sympathisiert haben. Man glaubte in Regierungskreisen stets, es sei etwas an der Beschuldigung richtig, daß Herr v. Holleben mit Herrn Lenz von Ohio und anderen führenden deutschen Demokraten verhandelte in der Absicht, die deutsch-amerikanischen Wähler zu Gunsten der demokratischen Kandidaten zu beeinflussen, weil der Vorschafers der Ansicht war, daß eine demokratische Regierung für die deutschen Pläne günstig sein werde. Dies hat ohne Zweifel seinen Einfluß hier untergraben.“

In einer längeren Depesche erörtert der New Yorker Bericht-erstatler des „Times“ die Ursachen der Verabschiedung Hollebens. Er führt aus:

„Die lächerlichen insinuierten Ablehnungen aus Berlin werden nicht beachtet und geglaubt. Diese oder jene Ursache mag zum Sturz Hollebens beigetragen haben oder nicht; aber eine wichtige Ursache bleibt: Der Kaiser gab ihm eine Aufgabe, die er zu lösen ermangelte; er sollte das Wohlwollen Amerikas für Deutschland gewinnen und die Vereinigten Staaten England entfremden. Diese unmögliche Aufgabe mag gewisse Reize haben, sie ist aber nicht auf Kosten Englands durchzuführen. Kein Vertreter könnte vollbringen, was der Kaiser wünschte. Die wirkliche Verantwortung für das, was ihm an den gegenwärtigen Beziehungen Deutschlands zu den Vereinigten Staaten mißfällt, lastet nicht auf Holleben, sondern auf dem Kaiser selber.“

Als Sündenbock der deutschen Regierung stellt Holleben eine Aufschrift hin, die die „Köln. Volksztg.“ veröffentlicht. Es heißt darin:

„Weil nicht alles so glatt und erfolgreich gegangen ist, wie optimistische Weltpolitiker es sich geträumt haben mögen, und weil er keinen guten Rat gegeben hat, wo er gar nicht um seinen Rat befragt wurde oder auch nur Gelegenheit gehabt hätte, ihn zu geben, muß er der Sündenbock für alle Mißerfolge sein. Auf diesen Gedanken kommt man wenigstens, wenn man in liberalen Blättern das Sündenregister liest, das ihm vorgehalten wird. Vor allem wird ihm der „weltpolitische“ Mißerfolg mit Venezuela in Rechnung gestellt. Daß es da ganz anders gekommen ist, als man sich in Berlin gedacht hatte, steht allerdings außer Frage. Soll Herr v. Holleben nun aber schuld sein, daß Präsident Roosevelt das Schiedsrichteramt ablehnte? Dann wäre doch der englische Vorschafers in Washington ebenso schuld. Auch steht zu vermuten, daß die verbündeten Mächte auf die Ablehnung Roosevelt's vorbereitet waren und dennoch gute Gründe hatten, das Schiedsrichteramt dem Oberhaupt des Staates anzutragen, der sich so eifrig um die Einsetzung eines Schiedsgerichts bemühte. Ueberdies ist es nicht üblich, einen Diplomaten, der sich durch irgend einen Helfer die Unzufriedenheit seiner Regierung zugezogen hat, sofort abzuberufen, und gar während die Angelegenheit, um die es sich handelt, noch schwebt. Mag man nun von dem Mißerfolg in der Venezuelafrage dem deutschen Vorschafers mehr oder weniger zuschreiben, jedenfalls war er schon längst mißliebiger geworden, und zwar wegen Dingen, für die er nach unserer Ueberzeugung nicht verantwortlich war. Höchstens könnte man sagen, er sei ein Schwärmer, der in seiner Amtsführung merkwürdig viel Unglück hatte. Sein Nachfolger Sped v. Sternberg, gegenwärtig Generalkonsul für Calcutta, war früher schon Vorschaferssekretär in Washington. Auch war er Mitglied der Samoa-Kommission. Was alle kommenden Männer wird er in der Presse gleich mit Roh überhäuft; er sei mit den amerikanischen „Methoden“ vollständig vertraut, mit den hohen Beamten gut bekannt; seine Erinnerung sei als „eine besonders glückliche“ anzusehen. Sollte es bei der Ernennung des Herrn v. Holleben nicht ähnlich gelaufen haben? Wir gönnen Herrn Sped v. Sternberg alles Gute, fürchten aber, daß auch er bald in Bedrängnis geraten wird, wenn er alle „weltpolitischen“ Pflichten verantworten soll.“

#### Ueber den Stand der Verhandlungen mit Venezuela

wird aus Caracas gemeldet:

Der amerikanische Gesandte Bowen hat unter großen Kundgebungen von Seiten der Angehörigen sämtlicher fremden Kolonien Caracas verlassen. Präsident Castro hatte sich mit dem gesamten Kabinett zum Bahnhof begeben, um ihn abfahren zu sehen. Bowen ist mittags in La Guayra angekommen und hat sich für seine Reise nach Washington auf dem amerikanischen Depeschboot „Delphin“ eingeschifft.

Die Regierung ist davon in Kenntnis gesetzt worden, daß die Mächte nicht beabsichtigen, die Blockade vor der Ankunft Bowens in Washington aufzuheben.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Januar.

### Die Parlamente.

Reichstag und preussisches Abgeordnetenhause nehmen am Dienstag ihre Tätigkeit wieder auf und gehen in den letzten Abschnitt ihres gesetzgeberischen Wirkens. Beiden Parlamenten sind, außer den Etatsberatungen, aller Wahrscheinlichkeit nach keine neuen großen Aufgaben gestellt. Dennoch wird die bevorstehende Periode von größter Bedeutung sein für die Entwicklung der poli-

tischen Zustände Deutschlands, sie wird die Einseitigkeit sein für die Entscheidungslämpfe der Neuwahlen.

Die Sozialdemokratie wird die Verhandlungen des preussischen Landtags, auf die sie bisher keinen unmittelbaren Einfluß hatte, mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen. Denn auf Grund der Parteitagobeschlüsse wird sich unsere Partei im Herbst dieses Jahres zum erstenmal umfassend an den Wahlen für das Abgeordnetenhause beteiligen, um für die Zukunft eine günstigere Gestaltung der Parteiverhältnisse in diesem Parlament anzubahnen und den proletarischen Interessen erhöhten Nachdruck zu verschaffen. Die künftige Beteiligung an den preussischen Wahlen wird aber um deswillen von um so größerer Bedeutung für die Arbeiterklasse Preußens, als diese angesichts der reaktionären Anschläge gegen das Reichstags-Wahlrecht zu zeigen hat, daß ihre politische Betätigung keineswegs ausschließlich durch die Gestalt des Wahlrechts bedingt ist, daß sie vielmehr auch unter dem schmachlichsten Wahlsystem die Propaganda ihrer Ideale zu betätigen und politischen Einfluß zu gewinnen weiß.

Der Reichstag würde allerdings für den Fall, daß die Regierungen in die Lage kommen, bereits diesen oder jenen Handelsvertrag vorzulegen, Entscheidungen zu fällen haben, die zu lebenshaftesten parlamentarischen Auseinandersetzungen führen würden. Jedoch erscheint die Vorlegung von Handelsverträgen noch vor diesem Reichstag mindestens überaus zweifelhaft. Die Aufgabe des Reichstages besteht daher fast ausschließlich in der Beratung des Etats.

In sozialpolitischen Vorlagen wird der Reichstag das Kinder-erziehungs-Gesetz und den soeben bekannt gewordenen, aber dem Reichstag noch nicht zugegangenen Gesetzesentwurf betr. Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte zu behandeln haben. Beide Gesetzesentwürfe beruhen auf alten sozialdemokratischen Forderungen, die man jahrelang zurückgewiesen, die nun endlich aber, wenn auch zum Teil in gänzlich ungenügender Art erfüllt werden sollen. Die sozialdemokratische Fraktion wird an der Verbesserung dieser Vorlagen eifrig arbeiten, aber vor allem dahin trachten, daß die Errichtung der kaufmännischen Schiedsgerichte auch wirklich noch in dieser Gesetzgebungsperiode zur Durchführung gelangt.

In den Etatsberatungen wird sich zunächst zeigen müssen, wie die Zollbergewaltungen der Mehrheitsparteien auf die Parteiverhältnisse sowie auf die Geschäftsführung des Parlaments nachwirken. Die Geschäftsordnung ist in Trümmer geschlagen. Unter den jetzigen Geschäftsordnungs-Bestimmungen und Geschäftsordnungs-Auslegungen, wie sie aus den Rechtsbrüchen der Spahn und Gröber und Kardorff und Passermann hervorgegangen sind, kann nicht nur die Mehrheit, sondern eine beliebige Parteigruppe jede geordnete Verhandlung führen und unmöglich machen. Es wird eine mühselige Arbeit sein, trotz der Zerrüttungen, die gewaltthätiger Frevelmut angeht, den Etat sachgemäß zu beraten.

Freilich giebt es gewisse politische Strauchdiele, die darin drängen, bei den Etatsberatungen die Zertrümmerung der parlamentarischen Ordnung weiter zu betreiben. Es ist höchst kennzeichnend, daß gerade das offiziöse Organ der nationalliberalen Partei, die „Nationalliberale Korrespondenz“, und gerade in einer Erörterung gegen die gleichfalls nationalliberale „National-Zeitung“, eine Zuschrift aufnimmt, die in cynischer Brutalität erklärt: das sei die „unermessliche Bedeutung“ des Antrags Kardorff, daß er einen Präcedenzfall für die Verhandlung wichtiger Anträge geschaffen habe; es sei „zutreffend, daß jede Etatsberatung nunmehr ohne Specialberatung in einer Abstimmung geschlossen werden könne.“ Die „National-Zeitung“ bemerkt zu dieser Aeußerung des offiziellen Organs der Partei, der sie selbst noch angehört:

„Dies bedeutet die Preisgebung des Konstitutionalismus in Bezug auf die Budgetstellung zu dem hohen Zwecke, der „Reinheit“ die Unbequemlichkeit des Anwesendens und der Geschäftsordnungsmäßigen Ueberwindung etwaiger Verschleppung der Beratung zu eripieren. Wir wollen bis auf weiteres hoffen, daß die Zuschrift an die „Nationallib. Korresp.“ nicht von jemand herrührt, der auf die Entschlüsse der nationalliberalen Reichstags-Fraktion Einfluß besitzt.“

Die Sozialdemokratie erwartet in der größten Gelassenheit, aber auch in der festesten Entschlossenheit alle etwaige Fortsetzung des rechtsbrecherischen Vergewaltigungstobens. Sollte es die Reaktionsparteien gelingen, die Schändlichkeiten ihres Wucherlumpens irgendwo zu erneuern, so würde die Sozialdemokratie nur im Augenblick und nur scheinbar davon betroffen werden. In Wahrheit und für die Dauer würde die im deutschen Volke also entfesselte hahwolle Erbitterung politische Zustände zeitigen, aus denen gerade der Sozialdemokratie unermessliche Kräfte erwachsen.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Reaktion verblendet genug sein könnte, ihren eignen Zusammenbruch so eifrig vorzubereiten. Vielmehr darf erwartet werden, daß trotz aller erditternder Nachwirkungen die Etatsberatungen in den nächsten Monaten nicht anders verlaufen werden als in früheren Jahren. Es werden die mannigfaltigen Angelegenheiten zur Erörterung gelangen, die neben dem Zolltarif seit Monaten die deutsche Öffentlichkeit erregt haben. Die zerrütteten Reichsfinanzen, die Verfallens in der auswärtigen Politik, die Zerungen der inneren Politik, der hoffige Zusammenbruch, der nicht nur ein sächsischer ist, — alle diese und manche andre Erscheinungen und Geschehnisse, die selbst ein Blatt wie die „Deutsche Tagesztg.“ zu der zustimmenden Charakteristik der gegenwärtigen Lage durch das Leitwort „Unermesslich“ drängen, werden zu gründlicher Abrechnung führen.

### Gesetzentwurf über die kaufmännischen Schiedsgerichte.

Die „Frankfurter Zeitung“ ist in der Lage, den dem Bundesrat zugegangenen „Gesetzentwurf betreffend Kaufmannsgerichte“ zu veröffentlichen. Der Gesetzentwurf lehnt sich eng an das Gewerbegerichts-Gesetz an. Der § 1 bestimmt:

„Zur Entscheidung von Streitigkeiten aus dem kaufmännischen Dienst- und Lehrverhältnisse sind für Gemeinden, welche nach der jeweiligen letzten Volkszählung mehr als zwanzigtausend Einwohner haben, Kaufmannsgerichte zu errichten.“

Bei vorhandenem Bedürfnisse können solche Gerichte auch für Gemeinden mit geringerer Einwohnerzahl errichtet werden.

Die weiteren Vorschriften des § 1 entsprechen denen des Gewerbegerichts-Gesetzes.

§ 2. Auf Handlungsgehilfen, deren Jahres-Arbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt den Betrag von dreitausend Mark übersteigt, sowie auf die in Apotheken beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge finden die Vorschriften dieses Gesetzes keine Anwendung.

Die Vorschriften über sachliche und örtliche Zuständigkeit entsprechen den Vorschriften des Gewerbegerichts-Gesetzes und ebenso die Vorschriften über die Zusammenlegung der Kaufmannsgerichte und die Wahl der Richter. Für das Wahlverfahren wird sogar nur auf die entsprechenden Paragraphen des Gewerbegerichts-Gesetzes verwiesen. Ueber den Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts heißt es in § 7:

„Besteht am Tage des Kaufmannsgerichts ein auf Grund des § 1 oder des § 2 des Gewerbegerichts-Gesetzes errichtetes Gewerbegericht, so sind in der Regel dessen Vorsitzender und seine Stellvertreter zugleich zum Vorsitzenden und zu stellvertretenden Vor-

sitzenden des Kaufmannsgerichts zu bestellen, auch gemeinsame Einrichtungen für die Gerichtsschreiberei, den Bureau dienst, die Sitzungs- und Bureau räumlichkeiten u. dergl. zu treffen.“

Für diesen Fall ist auch nach § 8 keine besondere Bestätigung des Vorsitzenden mehr nötig.

§ 11. Den selbständigen Kaufleuten in Sinne dieses Gesetzes stehen gleich die Mitglieder des Vorstandes einer Aktiengesellschaft oder einer eingetragenen Genossenschaft oder einer als Kaufmann geltenden juristischen Person sowie die Geschäftsführer einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Für das Verfahren vor den Kaufmannsgerichten finden die Vorschriften der §§ 26 bis 61 des Gewerbegerichts-Gesetzes entsprechende Anwendung.

Eine einigungsamtliche Thätigkeit, wie sie der dritte Abschnitt des Gewerbegerichts-Gesetzes feststellt, ist den Kaufmannsgerichten nicht zu gewiesen. Die Schöpfer des Entwurfes scheinen der Meinung zu sein, daß im Handelsgewerbe keine Streits vorkommen können. Oder hat man auf diese bequeme Art den Wünschen des Unternehmertums Rechnung tragen wollen, das bekanntlich höchst erbittert ist über den durch das Gewerbegerichts-Gesetz geschaffenen Entscheidungszwang?

Die gutachtliche Thätigkeit der Kaufmannsgerichte, die im übrigen wie im Gewerbegerichts-Gesetz geregelt ist, ist auf Fragen des kaufmännischen Dienst- und Lehrverhältnisses beschränkt. Auch das Verfahren vor dem Gemeindevorsteher in Fällen, wo kein zuständiges Kaufmannsgericht vorhanden ist, wird eingeführt wie es das Gewerbegerichts-Gesetz vorsieht.

Das Gesetz enthält 17 Paragraphen. Als Einführungsstermin ist der 1. April 1903 angelegt.

### Humoristisches vom Wahlkampf in Danzig.

Ueber den Wahlkampf in Danzig, wo morgen, Dienstag, die Wähler an die Urne treten werden, wird uns von dort geschildert:

#### Rommen junior.

Der Nachfolger Niderits sorgt dafür, daß es auch im Wahlkampf an heiteren Episoden nicht fehlt. Die Sozialdemokraten haben die nachahmungswürdige Vorsichtsmaßregel getroffen, während der letzten acht Tage des Wahlkampfes für jeden Tag eine Versammlung anzumelden, um so jeden Augenblick in der Lage zu sein, den gegnerischen Schachzügen zu parieren, indem sie je nach Bedarf von den angemeldeten Versammlungen Gebrauch machen oder dieselben abgesehen. Diese Vorsichtsmaßregel setzte uns in die Lage, auf die Kompfessweise der freimüthigen am Donnerstagabend in Reusfahrwasser und am Freitagabend in Schidlit bei Danzig eine prompte Antwort zu geben. Mittags schwärmten arbeitslustige Genossen erst mit den Handzetteln aus, denn es war keine Publikation der Versammlung erfolgt; vor der Werk und den Fabriken z. fanden die Zettel reichenden Abgang. Abends waren die Wege nach Schidlit mit Zettelverteilern besetzt, ebenso der Zugang zu dem Lokal, in welchem der Herr Vordirektor seine programmlose Rede loslassen sollte. Die freimüthige Versammlung tagte nämlich einige Häuser entfernt von der sozialdemokratischen ebenfalls in Schidlit. Die Tagesordnung der letzteren lautete: „Freimüthige Kampfesweise in Reusfahrwasser.“ Referenten waren Rommen junior, Hoffmann und Reichstags-Kandidat Partel. Um 8 Uhr war der Saal, obwohl die Versammlung amtlichen Gründen erst um 9 Uhr angemeldet war, bis auf den letzten Platz besetzt. Die Tische wurden entfernt, und immer noch strömten neue Menschenmassen heran. — Bei den freimüthigen Nachbarn hatten sich auch die liberalen Wahlkomitees, das nicht schwach ist, etwa 75 Personen eingeschrieben. Aber den Herren schien die Rede trotzdem noch sehr unbedeutend, und so kam man überein, sich darauf zu vergewissern, ob man „unter sich“ sei, daß man gegen die sonstige Gewohnheit der Versammlung mit einem Kaiserhoch eröffnen sollte. Sobald der Vorsitzende dazu die Einleitung machte, forderte ein Sozialdemokrat auf, sich durch die Provokation nicht zu einer strafbaren Handlung verleiten zu lassen, sondern den Saal zu verlassen, welchen Rat etwa 35 Personen befolgten, so daß ein stattliches Häuflein von 40 „entschieden“ liberalen Männern im Saal verblieb, das sich während der Versammlung auf wohlgezählte 54 vermehrte. Nachdem nun die Kaiserrede des Herrn Rommen durch das Hoch bescheinigt war, zog der Herr, wie er selbst sagte, „gegen die Sozialdemokratie vom Leder“. Aber fragt mich nur nicht wie! Wenn ihm nicht die Leidenschaft fehlte, war er ein meisterhafter Kalkaff gewesen. Er erzählte, wie er stets gegen die Sozis „jurassios gekämpft“, wie er den Herren Noten aufs Dach gestiegen sei. Die Reusfahrwasser Rede von „Ueber die Schanz zu fahren“ gebrauchte hier der Herr nicht, ob er wohl von seinem Komitee einen jarten Wink erhalten hat? er würde mit den Herren schon fertig; aus jedem Sage sang es: „So lag ich und so fährt ich meine Klinge“. Er bedauerte wiederholt, daß herte keine Sozialdemokraten da seien, daß sie vor der liberalen Kaiserrede, die er immer wieder betonte, gesüßlet seien, und meinte, die Herren wüßten zwar weiter nichts, als ihr Programm zu entwickeln, sie hätten aber auch hier heute trotzdem freie Rede erhalten. Er habe kein Programm und würde sich nie auf ein solches verpflichten. Und dann ging's über den Zukunftsstaat und die Webel-Singerische Republik her in den bekannten Abwehrheiten aus der politischen Niderstube. Den Glanzpunkt dieser Ausführungen aber bildete der Schluss. Er sagte wörtlich: Die Endziele der Sozialdemokratie führen zur allgemeinen Volksverdummung! Dann kam der „gute, liebe, hochverehrte Herr Kollege Hoffmann“ an die Reihe, mit dem er die Ehre gehabt habe, gemeinsam nach Danzig zu fahren. Er habe sich mit dem Herrn eine halbe Stunde sehr angenehm unterhalten, denn „wenn es auch ein Sozialdemokrat ist, sehen Sie meine Herren, es ist doch ein Kollege aus dem Berliner Rathaus. Gewiß habe man über Wahlanglegenheiten gesprochen, aber das Wort in meinen Versammlungen habe ich ihm nicht zugelegt, „da sehen sehen Sie, wie die Herren die Worte ver-drehen!“ In diesem Augenblick erhebt sich Genosse Hoffmann, welcher an einer Seite des Saales gesessen und vom Herrn Vordirektor nicht bemerkt worden war und trägt einen Zettel zur Vortmeldung zum Vordirektor! Herr Karl Rommen lächelt einseitig auf: „Ach da ist der Herr! (nach dem Herrn ringend.) Ich erlaube mir, Ihnen denselben vorzustellen, mein Kollege Herr Stadt-Verordneter Hoffmann aus Berlin!“ Der Rommen beendet nun in großer Erregung seinen Speech und nachdem noch ein liberaler Herr den Herrn Vordirektor als würdigen Nachfolger Niderits empfohlen hat, erhält „der Herr Stadt- Hoffmann“ das Wort, „aber nur auf 10 Minuten“, wie der Herr Vorsitzende wiederholt betont. Hoffmann, mit großem Hallo seitens der liberalen Herrn empfangen, wartet ruhig lächelnd, bis die Herr zu sich einermäßigen berichtigt haben und bittet dann den Vorsitzenden, daß die Zeit, während welcher die Herren Radan machen, gefälligst von seiner knapp bemessenen Redezeit abzuziehen. Daß der Redner, als er die „Verdröhungen“ des Herrn Vordirektors in der Reusfahrwasser Versammlung richtig stellte, fortwährend niedergebrellt wurde, ebenso als er die Provokation mit dem Kaiserhoch in das rechte Licht richte, ist selbstverständlich. Eine Erstarrung aber ergriff die Versammlung, als Hoffmann als Antwort auf die Behauptung des Herrn Karl Rommen, die Endziele der Sozialdemokratie führen zur allgemeinen Volksverdummung“, die Ansichten eines großen Gelehrten Deutschlands über die Sozialdemokratie zum besten gab und mittelste, daß dieser Gelehrte Herr Theodor Rommen, der Vater des Mannes sei, der hier behauptet habe, die Ziele der Sozialdemokratie führen zur allgemeinen Volksverdummung“. Als Redner dann erklärte, daß der Herr Vordirektor in der Eisenbahn ihm das Versprechen gegeben habe, in

Versammlungen, wo er (Mommien) sprechen würde, Reich den Socialdemokraten das Wort gegeben werde, bestätigte dies Herr Mommien; als er aber auf die Äußerung des Herrn bezüglich seiner Person eingehen wollte, erklärte der Vorsitzende, die zehn Minuten seien um; Hoffmann hat noch nur einige Augenblicke — er hatte nur 1/2 Minuten gesprochen — die Zeit abgerechnet, in der die Herren Staudt machten, obwohl der Vorsitzende sich alle Mühe gab, denselben Ausdrucksbegriffe beizubringen. Er fand kein Gehör! Herr Mommien hat schließlich den Vorsitzenden, die Versammlung, dem Kollegen Hoffmann doch noch eine kurze Zeit zu gewähren, sie möchten ihm (Mommien) doch persönlich den Gefallen thun, es half alles nichts. Der Vorsitzende erklärte kategorisch, darüber hätte die Versammlung nichts zu beschließen, später könne Hoffmann noch einmal sprechen. Hoffmann gab darauf die Erklärung ab, daß er, nach der Art, wie der Vorsitzende gegen den Wunsch des Kandidaten und gegen den Willen der Versammlung Redefreiheit unterdrückt, es für zwecklos halte, hier länger zu verweilen, und erklarte die Herren, ebenso den Herrn Mommien (der ablehnt) mit ihm ein paar Häuser weiter zu gehen, dort garantiere er jedem vollständige Redefreiheit! Zehn Personen schlossen sich ihm an und es blieben genau gezählt 41 Personen. — Daß die socialdemokratische Versammlung imposant verlief, brauchen wir nicht zu sagen, Kopf an Kopf gedrängt hätten die Zuhörer bis jetzt den Ausführungen ihres Kandidaten gelauscht und sie mit stürmischem Beifall belohnt, der, wie leicht erklärlich, nur auch Genossen Hoffmann zu teil wurde, als er das Wort zu einer 1/2-stündigen Ausführung nahm.

### Der konservative Mommien.

So lange das allgemeine Wahlrecht existiert, sind schon manche Dinge passiert, die politisch Denkenden schier unglaublich erscheinen, aber bei der diesmaligen Nachwahl hat doch Danzig mit seinem konservativen Kandidaten den Vogel abgeschossen. Am Freitagabend fand in Danzig eine Versammlung statt, die vor Beginn erst gründlich desinifiziert wurde, indem der Vorsitzende erklärte, daß Socialdemokraten ausdrücklich ausgeschlossen seien und jeder der etwa hier sei, aufgefordert werde, sofort das Lokal zu verlassen, sollte trotzdem ein Socialdemokrat hier bleiben, so würde das bloße Verweilen ihm unnahezu eine Anklage wegen Hausfriedensbruchs eintragen.

Der konservative Kandidat führte dann, nicht nach socialdemokratischen oder freisinnigen Verichten, sondern nach den farblosen „Danziger Neuesten Nachrichten“, wörtlich folgendes aus:

„Ich belam zuerst einen Schred, denn ich bin gar kein Politiker; wenn ich auch die politischen Vorgänge verfolgt habe, habe ich doch keine Zeit gehabt, dieselben genau zu studieren, und eine Wählerversammlung habe ich überhaupt noch nicht besucht. Ich folgte jedoch der Aufforderung, reise gestern hierher und ließ mir, nachdem ich im Hotel abgestiegen war, die Zeitungen kommen, um zu arbeiten. Indes habe ich noch keine Zeit gefunden, um ein genaues Wahlprogramm aufzustellen, und bitte deshalb um Entschuldigung, wenn ich Ihnen nur allgemeine Gesichtspunkte vortrage. Ich bin in einer Familie aufgewachsen, in welcher wahrhafte Frömmigkeit herrschte und in der der Grundsatz galt: sei freundlich zu jedermann, liebe die Brüder und ehre den König. Da ist es gar nicht anders möglich gewesen, als daß ich ein konservativer Mann geworden bin.“

Man muß die Sache zweimal lesen und glaubt sie immer noch nicht! Es sei deshalb hier noch der Bericht der „Danziger Zeitung“ wiedergegeben. Die Stelle heißt wörtlich:

Zu der zweiten Hälfte des Dezember sei er zu seiner Zerstreuung nach Kottbom gefahren, und da habe man ihn aus Danzig geschrieben, es wäre doch notwendig, hier zu erscheinen. Ein großes Programm zu entwickeln, sei nicht notwendig. Als er hier die Zeitungen gelesen, habe er einen Schred bekommen. Er habe nie ein politisches Studium getrieben und eine Wählerversammlung überhaupt noch nicht gesehen. Heute habe er aber so viele Bekannte bei sich gesehen, daß er sein Programm nicht habe entwerfen können. Er könne deshalb nur einige Gesichtspunkte zur Verteilung seiner Persönlichkeit mitteilen. So geschah in Jahre 1903!

## Deutsches Reich.

### Vorbereitung von Handelsvertrags-Verhandlungen.

Nach der „Neuen Freien Presse“ sei es sicher, daß die Handelsvertrags-Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn demnächst beginnen werden. Die ersten vorbereitenden Besprechungen haben bereits stattgefunden. An diese dürfte sich ein Schriftwechsel schließen, in dem die Grundlagen der Verhandlungen festgelegt werden sollen. Dann erst werden die beiderseitigen Kommissare ernannt werden und die Verhandlungen auch formell etwa im März beginnen. Der Ort der Verhandlungen wird voraussichtlich Berlin sein, weil die Verhandlungen über den vorigen Handelsvertrag in Wien geführt worden sind. Aus demselben Grunde werden die Verhandlungen über den deutsch-italienische Handelsvertrag diesmal in Rom erfolgen, weil Italien über seine Handelsverträge mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn das letzte Mal in München und Wien verhandelt hat.

In Rom verläutet, daß die österreichisch-ungarische Regierung die italienische und die deutsche Reichsregierung in vertraulichem Wege von den wichtigsten Positionen des bisher nicht veröffentlichten österreichisch-ungarischen Zolltariffes verständig hat.

Wie man in Ungarn über die Gestaltung der Handelsbeziehungen mit Deutschland denkt, zeigt eine Ausführung des „Pester Lloyd“, in der es heißt:

„Wenn durch den neuen deutschen Zolltariff gewisse Produkte, die aus Oesterreich-Ungarn eingeführt werden, mit einem höheren Zolllage belegt seien als bisher, so werde sich Deutschland auch zu dem Opfer bequemen, eine ganze Anzahl seiner Ausfuhrartikel, die nach Oesterreich-Ungarn exportiert werden, vorerst mit einem entsprechend höheren Einfuhrzoll belegt zu sehen. Gute Aussichten für die deutsche Industrie!“

Die Vorlage der neuen Handelsverträge vor dem Reichstage soll nach der „Allg. Ztg.“ kaum vor Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres erfolgen. —

### Herr v. Kröcher und der Getreidezoll.

In einer am Sonntag in Gerdelen abgehaltenen konservativen Versammlung plauderte Herr v. Kröcher in offener Zerstreuung über die Anordnung des Getreidezolls nach dem neuen Zolltariff. Er meinte, sämtliche Getreide würde als Malzgerste behandelt werden müssen, denn auch von der zollfrei eingeführten Futtergerste sei nicht erwiesen, ob sie trotz des kleinen Kornes nicht noch leimfähig sei.

„Wenn ich Reichskanzler wäre, würde ich sofort einen solchen Ufas an die Behörden erlassen, die sämtliche Getreide, die nicht einmal jersmitten oder geschrotet ist, als Malzgerste behandeln sollen.“ Davon bringen Sie, — zu einem jungen Menschen gewendet, der die Streibblatt-Berichterstattung hatte — nichts in die Zeitung, das könnte die Verhandlungen mit dem Auslande erschweren. Aber unser Kanzler ist zu solchen Maßnahmen gezwungen, er muß Geld schaffen.“

Zu übrigen wiederholte Herr v. Kröcher die Ausführungen, die er in Pragwall zum besten gab. Bezeichnend für die Selbstschätzung des edlen Jüngers war die Verlesung einer Karte, die ihm aus ihm seiner Stürzstiefelredung zugegangen war, in der Herr

v. Kröcher als der Mann bezeichnet wurde, der seit Bismarcks Zeiten zum erstenmal die Stiefel fällt. „Sie tanzen uns bald nicht mehr auf den Füßen, sondern auf der Nase herum.“

Die Versammlung sprach Herrn v. Kröcher das vollste Vertrauen aus, dieselbe Versammlung, die am Freitag vorher Herrn Diederich Hahn in den Himmel hob und Herrn v. Kröcher ein Mißtrauensvotum erteilte. So ändern sich die Ansichten in 24 Stunden, vielleicht, weil die Bauern empfinden, daß sie von den Großgrundbesitzern nur genaschert werden und daß die beiderseitigen Interessen weit auseinanderliegen. —

§ 175. Das wissenschaftlich-humanitäre Komitee, das sich um die Abschaffung des Paragraphen 175 im Reichs-Strafgesetzbuch bemüht, hielt gestern im Hotel Prinz Albrecht unter dem Vorsitz des Dr. M. Hirschfeld seine zehnte Konferenz ab. Eine große Anzahl persönlich und sachlich Interessierter waren erschienen: nicht nur viele Städte Deutschlands, auch Vereine in Skandinavien, Rußland, Holland hatten Delegierte entsandt. Die Ziele, die das Komitee verfolgt, scheinen, wie der Leiter der Versammlung hervorhob, allmählich auch in weiteren Kreisen Verständnis und Förderung zu finden. Ein maßgebender Vertreter der Regierung hat die Vorkämpfer der Bewegung aufgefordert, die öffentliche Meinung weiter aufzuklären, damit die Regierung verstanden wird, wenn sie bei einer späteren Revision des Strafgesetzbuches selbst auf den Paragraphen verzichtet. Von der unheilvollen Wirkung, die dieser Paragraph unter Umständen ausüben kann, wurden eine Reihe von Beispielen angeführt; eine große Zahl namhafter Juristen hatten schriftlich ihr Einverständnis mit den Bestrebungen des Komitees zu erkennen gegeben und ihre Namen unter den Aufruf gesetzt, der dem Reichstag von neuem eingereicht werden soll und der auch bisher schon von vielen Gebildeten unterzeichnet wurde. Aber nicht nur der Reichstag und die große Masse des Volkes will man gewinnen, auch an die Höfe Deutschlands hat man eine Eingabe gesandt, die um Unterstützung der Bestrebungen bittet. Von fünf Regierungen, unter anderem aus München und Darmstadt, sind günstige Antworten eingelaufen.

Der Fall Krupp habe die Öffentlichkeit veranlaßt, sich mehr als sonst mit der homosexuellen Frage zu beschäftigen. Auf das Thatsächliche des Falles Krupp ging der Redner nicht näher ein, doch gab er unter Zustimmung der Versammlung der Meinung Ausdruck, daß der „Vorwärts“ bei seiner Behandlung der Angelegenheit von edlen Motiven geleitet worden sei.

Das ungefähr waren die allgemeinen Gesichtspunkte, von denen der Vorsitzende bei seinem Bericht ausging. Er hatte zur Einleitung dem verstorbenen Professor Krafft-Ebing, der „vielen Unglücklichen Trost und Erkenntnis ihnen selbst gegeben“, Worte warmen Gedankens dargebracht.

Die Sonderdebatte, die den zweiten Teil der Konferenz ausfüllte, sei hier nur in Kürze erwähnt. Ihr folgte als Schluß ein Abendessen, das, wie die Einladung verheißt, durch künstlerische Vorträge gewürzt werden sollte.

Die Kirchendäter und die Centrumsdäuer. Die „Münchener Post“ führt eifrig Kirchendäter an, um zu zeigen, wie das Centrum über den Volkswucher denken möchte.

So sagt der hl. Basilus (4. Jahrh.): „Denn wer die Getreidepreise zu erhöhen sucht, der ist verflucht unter seinem Volke! (Sprache Salom. 11, 26.) Erwarte keine Hungersnot um des Geldes willen!... Treibe keinen Wucher mit menschlichem Geiz! Reize nicht auf die Wunden derer, die durch Geizhiebe zerfleischt sind! Auf Geld siehst du; auf die Not des Bruders aber siehst du nicht.“ (Wagne, Patrologia graeca. 31. Bd. S. 208.)

Und ein Zeitgenosse des hl. Basilus, der ebenso heilige Ambrosius, meint:

„Wer die Getreidepreise zu erhöhen sucht, der ist verflucht unter seinem Volke! — So fest und bestimmt ist dieser Spruch, daß kein Wörtchen sich von ihm abhandeln läßt. Allerdings, es wird gewöhnlich in entgegengekehrter Richtung argumentiert, wenn man sich darauf beruft, daß doch jedermann die Landwirtschaft für ein sehr löbliches Gewerbe ansehe. ... Gewiß ist die Landwirtschaft dann ein lobenswertes Gewerbe, wenn sie — ohne listige Berechnung — allen Menschen die Brotfrucht verschafft; wenn sie in ehrlichem Fleiße die Fruchtbarkeit des Bodens steigert. ... Was aber bewegt dich, das mit Ungerechtigkeiten zu behandeln, was die Kräfte der Natur erzeugt haben? Was bewegt dich, das eigensüchtig dem allgemeinen Gebrauche zu entziehen, was doch für alle Menschen gewachsen ist? Was bewegt dich, den Reichtum der Völker zu vernichten? sie mit Gewalt in Not zu versetzen? ... Ja, du wagst es sogar, deinen hochheiligen Anschlag für ein Heilmittel auszugeben! — Wie soll ich das nennen, Wucher oder offenen Raub?“

Es ist, als ob der heilige Ambrosius bereits die Einwände und Vorwände der frommen Zöllner von 1902 vorausgesehen hätte. —

Kanonien-Ausichten. Wir besprechen jüngst ausführlich die Pläne der Militäristen, die auf Anschaffung eines neuen Feldgeschützes ausgehen. Diese löstspieligen Absichten werden jetzt durch eine Schrift des Generalleutnants J. D. v. Alten, desselben Offiziers, der in dem Marten-Projekt eine so seltsame Rolle spielte, bestätigt. Herr v. Alten veröffentlicht eine Schrift: „Neue Kanonen“. Er kommt in dieser Schrift zu dem Schluß, daß die wesentlichen Fragen über die Neubewaffnung der Feldartillerie zur Entscheidung reif sind, und daß es sich dabei nur um ein Rohreidlaufgeschütz mit Schutzschilden handeln kann. Die Neubewaffnung sei nicht länger aufzuschieben, nachdem seit vier Jahren bereits eine Großmacht Rohreidlaufgeschütze mit Schutzschilden eingeführt und damit eine artilleristische Ueberlegenheit erlangt hat, die den übrigen Staaten gefährlich werden könne. Die Auslassungen des Generals erregen, wie die „Kölnische Zeitung“ sagt, viel Aufsehen, da sie eine vollständige Umwälzung in der Gestaltung unserer Feldartillerie verlangen. —

### Zur Adressen-Erpressung auf dem „Sulkan“.

Ein Wolffisches Telegramm meldet: Stettin, 12. Januar. Eine heute veröffentlichte Erklärung von 15 Arbeitern der Maschinenbau-Aktiengesellschaft „Sulkan“ stellt fest, daß die in einer Versammlung von Arbeitern des „Sulkan“ in Bredow am 6. d. M. über das Zustandekommen der kürzlich an Seine Majestät den Kaiser abgeschickten Adresse aufgestellten Behauptungen unabweisbar seien. Die 4147 Unterschriften der Adresse seien nur durch die 15 Unterzeichner der Erklärung und durch Mitarbeiter gesammelt worden, und es habe kein Beamter oder Meister des Sulkan dabei mitgewirkt. Sämtliche 4147 Unterzeichner der Adresse hätten ihre Unterschrift freiwillig gegeben, sie seien dazu von Beamten oder Meistern des Sulkan weder gezwungen noch durch Drohungen beeinflusst worden. Von den 6016 Arbeitern der Fabrik hätten sich demnach 2889 von vornherein ausgeschlossen und die in der Versammlung am 6. Januar erschienenen 1000—1200 (?) Arbeiter könnten der größeren Mehrzahl nach nur zu den Reihen der letzteren gehört haben.

Die 1600 Arbeiter, die die Protestresolution und ihre Absendung an den Kaiser gebilligt haben, werden es an einer Antwort nicht fehlen lassen. Einmalen hielten wir das Zeugnis der 1600 Arbeiter — unter denen sich ja auch Hirsch-Dundersche Gewerbetreibende befanden — für entschieden glaubwürdiger, als die Kundgebung der 15 Mannlein, auch wenn nicht unser Stettiner Bruderorgan ganz spezifizierte Angaben über den Unfug der Unterschriften-Erpressung gemacht hätte! —

Der Kaiser als Ehren-Ziegelmeister. Zu der kaiserlichen Guts herrschaft Cabinen im Elbinger Landkreise gehört bekanntlich auch eine große Ziegelei, für deren Betrieb der Kaiser als ihr Eigentümer großes Interesse befaßt. Dies erhellt daraus, daß sich der Monarch gelegentlich seines Aufenthaltes in Cabinen u. a. nicht nur den Werdegang eines Ziegelsteines beschreiben ließ, sondern selbst Thon und Werkzeug in die Hand nahm und einen Ziegel herstellte. Die deutsche Ziegelmeister-Vereinigung hat nun in ihrer letzten Delegiertenversammlung beschlossen, den Kaiser im Hinblick auf seine Eigenschaft als Besitzer einer Ziegelei die Ehren-Mitgliedschaft anzutragen. Das betreffende Diplom würde im Falle der Annahme dieser Ehrengabe durch den Kaiser den Monarchen als „Ehren-Ziegelmeister“ bezeichnen. Der Vorstand wurde beauftragt, die Angelegenheit sofort in die Hand zu nehmen.

Weiter teilt die Korrespondenz nicht mit, ob der Kaiser sich auch nach der Lage der Ziegelei-Arbeiter erkundigt hat, was um so wünschenswerter gewesen wäre, als gerade die Ziegelei-Arbeiter unter geradezu trostlosen Zuständen, überlange Arbeitszeit, erbärmlichen Löhnen, jämmerlichen Wohnungsverhältnissen z. leiden. Es wäre zu wünschen, daß der Kaiser Ehren-Ziegelmeister werde und speziell in dieser Eigenschaft den schauerlichen Zuständen der Ziegelei-Arbeiter besondere Aufmerksamkeit zuwenden wollte! —

### Beamtenjoch.

Dr. jur. Salfeld, Herausgeber der Zeitschrift „Der Militär-anwärter und Invalide“, des „Organs der Militär-anwärter der Steuerverwaltungen Preußens und anderer Verwaltungen“, behauptete, der Ober-Steuerinspektor Wiefing habe den ihm unterstellten Steuer- und Grenzbeamten das Halten und Lesen des „Militär-anwärters und Invaliden“ verboten und ihn dadurch geschädigt. Dr. Salfeld erhob deshalb Entschädigungssklage. Das Amtsgericht Breslau bestimmte einen Termin an. Bevor es zur Verhandlung kam, erhob aber der sächsische Provinzial-Steuerdirektor zu Gunsten Wiefings den Kompetenz-Konflikt, dem sich der preussische Finanzminister angeschlossen, indem er ausführte: Wiefing habe nur vor dem Halten des Zeitungsorgans einiger Beamtenvereine und vor der Teilnahme an diesen Vereinen gewarnt! Damit sei er lediglich einer Anweisung des Provinzial-Steuerdirektors zu Breslau gefolgt, der wieder auf Anweisung des Finanzministers gehandelt habe. Man habe es hier mit einem Ausfluß der Disziplinargewalt zu thun. Von einer Ueberschreitung der Amtsbefugnisse durch den Ober-Steuerinspektor Wiefing könne keine Rede sein. In dem Ministerialerlaß, der dem von Salfeld gerügten Vorgehen zum Grunde liegt, ist gesagt worden: In den letzten Jahren seien vielfach Zeitungen für besondere Beamtenkategorien erschienen. Sie seien von Agitatoren (!) herausgegeben und der Anschauungsweise der Leute angepaßt. Es werde geflagt über unzureichende Bezahlung und ungerechte Behandlung. Die Beamten würden unzufrieden gemacht und angereizt zu Massenpetitionen an die vorgelegten Behörden und parlamentarischen Vertretungen. (Schredlich, scharf!) Es werde ihnen nahegelegt, daß von den Vorgesetzten nichts, dagegen alles von einer Ständesvertretung zu erwarten sei, durch die Vereine und die Zeitung. Dadurch werde das Vertrauen zu den Vorgesetzten erschüttert. Das sei auch bei dem Militär-anwärter und Invalide der Fall. Bereits 1897 habe der Minister Anlaß genommen, die Provinzial-Steuerdirektoren auf die hieraus erwachsenden Gefahren für die Disziplin aufmerksam zu machen. Vor den Vereinen und den Zeitungen sei zu warnen.

Das Ober-Verwaltungsgericht, das sich am Montag mit der Angelegenheit befahte, erkläre den Konflikt für begründet, so daß die Schadenersatzklage Salfelds endgültig einzustellen ist. Als Grund wurde angegeben: Es gehöre zu den Befugnissen der Vorgesetzten, den Untergebenen Vorhaltungen zu machen, welches Verhalten, sei es dienstlich oder außerdienstlich, vom Vorgesetzten als mit der Beamtenstellung nicht vereinbar gehalten werde und Nachteile für sie haben könne. Somit falle dem Oberinspektor Wiefing eine Amtüberschreitung nicht zur Last.

## Ausland.

### Marokko.

Nach einer Meldung aus Tanger zurückgekehrt dort das Gerücht, die Truppen des Sultans hätten eine neue Niederlage erlitten. Der Sultan beabsichtige, Jez zu verlassen und seine Residenz nach Rabat zu verlegen.

Aus Melilla wird gemeldet, daß unter den Truppen des Sultans völlige Disziplinlosigkeit herrsche. Die Soldaten verkaufen ihre Waffen und Munition an den Präzidenten, welcher ihnen dafür hohe Preise zahle. Alle Kabylen stämme aus dem Bezirk von Tazza und aus der Umgegend von Jez hätten sich dem Präzidenten angeschlossen.

Aus Tanger wird der „Frankf. Ztg.“ telegraphisch: Sämtlichen Europäern wird empfohlen, sofort Jez zu verlassen. Die Niederlage des Sultans, die Befestigung seines Brades und die Anerkennung des Präzidenten ist wahrscheinlich. Von Seiten der europäischen Mächte ist eine Beschlagnahme der Zollgelder geplant, wenn die bestehenden Verträge verletzt werden. Frankreich und Rußland, die zusammengehen, rechnen auf Spaniens Freundschaft. Die französische Gesandtschaft rief die entsandte militärische Kommission zurück. Eine Privatmeldung besagt, die europäischen Ansuchen und Postagenten hätten Jez bereits verlassen. Der Präzident sei der Stadt nahe. Gerüchweise verläutet, auf die Niederlage des Sultans sei die vorgefertigen abgeschickte Geldmarawane zurücküberufen worden. Der mit Truppen nach Melilla bestimmte Anlaß Krassa ist in Tanger eingetroffen. Der bisherige Gouverneur in Jez, Ben Abadesch, Mitglied der marokkanischen Gesandtschaft bei der Krönungsfeier in London, wurde abgesetzt, weil er verdächtig ist, mit den Rebellen zu konspirieren. An seiner Stelle wurde Bistabel Bagdadi zum General der Truppen ernannt. Er zog am 6. Januar aus, um an der Zebubride den Präzidenten zu erwarten. —

### Oesterreich-Ungarn.

Zum Sprachenausgleich wird aus Prag gemeldet: In einer zahlreich besuchten Versammlung des Exekutivkomitees der tschechischen Reichsrats- und Landtags-Abgeordneten erstattete zunächst Dr. Pacal Bericht über die bisherigen Verständigungskonferenzen, woran sich eine längere Debatte knüpfte. Hierauf gelangte ein Antrag Pacals Herold einstimmig zur Annahme, dahingehend, daß das Exekutivkomitee die vom Ministerpräsidenten vorgelegten Sprachenentwürfe als dem tschechischen Volke feindlich und somit als nicht geeignet erkläre, um als Grundlage zu dienen für die Verhandlungen mit den deutschen Landesleuten, weder über die Lösung der Sprachenfrage, noch über die Verwaltungsreform. Der bisherige Verlauf der Verständigungskonferenzen solle und dürfe auf das fernere taktische Vorgehen der Czechen im Reichsrate keinen Einfluß ausüben. Zwei Anträge, nach denen die Vertreter der Partei an den Verständigungskonferenzen nicht weiter teilnehmen sollen, wurden verworfen; dagegen mit allen gegen sechs Stimmen beschlossen, die Vertreter der Partei zu beauftragen, in der nächsten Sitzung der Ausgleichskonferenz die Kundgebung des Exekutivkomitees mitzuteilen und einen eignen Entwurf zur Regelung der Sprachenfrage vorzulegen. Mit der Ausarbeitung des Entwurfs wurde ein Subkomitee betraut. Schließlich wurde einstimmig ein Antrag (Bregg) angenommen, daß oben genannte Subkomitee möge in Erwägung ziehen, ob es nicht angezeigt wäre, dem Kaiser eine Denkschrift über das böhmische Sprachenrecht vorzulegen. —

### Frankreich.

Das Staatsmonopol auf Alkohol. Die socialistischen Deputierten Jaurès und Briand haben einen Gesetzentwurf eingebracht, welcher für den Staat das Monopol der Produktion, Reinigung und Verkauf des Alkohols vorsieht; das Gesetz soll mit dem 1. Januar 1905 in Kraft treten und die Ueberschüsse sollen für

Die Alterspensionen der Arbeiter Verwendung finden. Nach dem Entwurf sollen diejenigen Alkohol-Produzenten, welche von 1890-1901 2 x 10 000 Hektoliter abdestilliert haben, nach dem Gesetz von 1841 expropriert werden. Die kleineren Betriebe dürfen nur ein bestimmtes Quantum destillieren und zu bestimmt festzusetzenden Preisen an den Staat verkaufen. In der gleichen Weise wird die Produktion der Fruchtweine geregelt. Neue Fabriken darf niemand eröffnen. Nach dem Projekt Jaurès hätte der Staat den Hektoliter Alkohol mit einem Aufschlag von 820 Fr. über die Produktionskosten zu verkaufen.

**Für den Frieden.** Die Radikalen und Radikal-Socialisten der Seine und Oise haben dieser Tage in einer Versammlung eine Resolution angenommen, in der es heißt, daß die Politik dieser Parteien ausschließlich eine Politik des Friedens und der Gerechtigkeit zu sein habe. Bezüglich der Elia-Lothinger wird erklärt, daß diesen wie allen andern Wählern das Recht zustehen müsse, frei über sich verfügen zu können.

**Bei der Neubesehung des Bureau der Deputiertenkammer** werden die Radikalen und Socialisten wiederum vorschlagen als Präsidenten Leon Bourgeois, als Vizepräsidenten Guillaum, Lodoz, Etienne und Jaurès.

**Kammer-Ergebniswahl.** Bei der am Sonntag im Wahlbezirk Böhme im Departement Pas-de-Calais stattgehabten Erziehungswahl zur Kammer, die nach der Ungültigkeitserklärung der Wahl des nationalistischen Deputierten Raoul Dard erforderlich wurde, ist der Republikaner Deléris mit 7889 Stimmen gewählt worden. Dard blieb mit 7088 Stimmen in der Minderheit.

### Belgien.

**Der socialistische Gelehrte und Deputierte Hector Denis,** der, wie wir kürzlich mitteilten, bei der Ernennung des Rectors der Universität vom König übergegangen worden war, hat die Direction der Fakultät, der er vorstand, niedergelegt. Er bleibt aber nach wie vor Mitglied der Akademie.

### Spanien.

**Attentat eines Jesuiten.** Ueber das Madrider Attentat wird noch gemeldet:

Als der königliche Wagen sich auf der Plaza de Oriente befand, trat ein Mann aus einer Gruppe Reuigeriger hervor, erhob den Arm und gab einen Pistolenschuß auf den Wagen des Oberkammerherrn ab, konnte aber nur einmal schießen, denn der Befehlshaber der königlichen Eskorte verletzte ihn durch einen Säbelhieb am Kopfe und verhinderte so einen zweiten Schuß. Dem Könige wurden Huldbigungen dargebracht. Die Wagen fuhren langsam nach dem Palast weiter. Der Präfect ließ den Mann in Getaflichkeit bringen, wo er erklärte, er heiße Jeto und sei in Potos in der Provinz Oviedo geboren; er sei 34 Jahre alt und im Juni aus Mexiko angekommen.

Ein späteres Telegramm meldet: Die Behörden haben aus den Verhören seitens die Ueberzeugung gewonnen, daß er an Verfolgungswahn leidet; auch hat sich als sicher ergeben, daß er keine Beziehungen zu Anarchisten hatte. Um aber doch etwas Anarchistisches zu haben, verbreitet man folgende Meldung:

Auf dem Güterbahnhof in Madrid wurde in einer aus Barcelona am 6. Januar eingetroffenen Kiste, deren Adressat nicht ermittelt ist, eine Dynamitbombe entdeckt. Man vermutet, daß ein anarchistisches Attentat bei der Besetzung Sagosias am 7. Januar geplant war. (?)

**Liberaler Differenzen.** In einer am Sonntag in Madrid abgehaltenen Versammlung der Liberalen erklärte der Führer derselben, daß er im Einverständnis mit seinen Freunden das Programm der Partei zusammenstellen und gleichzeitig mit der Einberufung einer neuen, am 24. d. M. abzuhaltenden Versammlung veröffentlicht werden. In der Versammlung machten sich bezüglich der Frage der Führerschaft und der des Programms zwei Strömungen geltend. Die letztere Frage gab Anlaß zu scharfen Auseinandersetzungen. Infolgedessen wird das von Sompero Mos zu redigierende Programm in der Versammlung am 24. d. M. voraussichtlich Abänderungen erfahren.

### England.

#### Ein neuer Gewerkschafts-Prozess.

London, 10. Januar. Ueber die gerichtlichen Ausstreibungen der streikenden Bergleute von Donohy (Horsshire) hat der Telegraph bereits gemeldet. Außerdem schwebt dort ein Prozess nach dem Muster des Taff-Valle-Prozesses. Es liegen darüber folgende Einzelheiten vor: Vor sieben Monaten kam es in Donohy wegen des Kullens, sowie wegen Lohnforderungen zu einem Mißverständnis zwischen den Bergleuten und den Bergbesitzern. Beide Parteien sind organisiert. Da ein friedlicher Ausgleich nicht möglich war, traten die Bergleute in den Ausstand. Inzwischen kamen keine Nachrichten. Dagegen behaupteten die Bergbesitzer, daß der Ausstand unter Kontrolle der Regierung erklärt wurde. Die Ausständigen erhalten Streikgelder von ihrer Gewerkschaft. Da der Konflikt eine ungesegnete Handlung darstellt, und da die Gewerkschaft durch die Auszahlung von Streikgeldern die ungesegnete Handlung fördert, so ist nach dem Taff-Valle-Urteil die Gewerkschaft korporativ (als Ganzes) verantwortlich. Die Gesellschaft wandte sich vor allem an den Richter um ein Verbot (injunction) gegen die Zahlung von Streikgeldern, dann reichte sie die Klage auf Schadensersatz ein. Der Betrag des Schadensersatzes ist noch nicht bekannt.

#### Zwei irische Agrar-Konferenzen.

London, 8. Januar. (Sig. Ver.) In den letzten Wochen sagte in Dublin eine gemeinschaftliche Konferenz der Führer der irischen Pächter und einiger Grundbesitzer, um eine Grundfrage zu schaffen für einen Plan zur Lösung der irischen Bodenfrage. Der Schlusserläß wurde am 6. d. Mts. veröffentlicht. Seitdem waren auch die Grundbesitzer zu einer Konferenz versammelt, um über den Schlusserläß zu beraten. Wider Erwarten erklärten sich die Grundbesitzer im Prinzip mit den Vorschlägen der Pächter einverstanden. Der Schlusserläß hat demnach die beste Aussicht, zur Grundfrage der von der Regierung bald einzubringenden Bill zu werden. Allgemein gesprochen sind sowohl die Vertreter der Pächter wie die der Grundbesitzer der Ansicht, daß der Auslauf ein freiwilliger sein soll. Die wichtigste Ausnahme dieser Regel ist, daß der freiwillige Auslauf nicht gegen den Willen der Hälfte der Pächter irgend einer Gutsparthei vollzogen werden kann. Wo dieser Einwurf nicht vorhanden ist, können Pächter und Gutsbesitzer in die Kaufverhandlungen eintreten. Selbstredend soll der Staat die Kaufsumme vorschreiben, was auf Grund der bisherigen Agrargegebung wohl möglich ist. Sehr kompliziert ist die Festsetzung des Kaufschillinges. In dieser Beziehung empfiehlt der Schlusserläß: 1. Die letzte jährliche Rente ist um 15 bis 25 Prozent herabzusetzen; 2. diese reduzierte Rente ist als ein dreiprozentiges Einkommen eines Kapitals zu betrachten; 3. das auf diese Weise festgestellte Kapital soll den Kaufpreis bilden.

### Bulgarien.

**Grenzunruhen.** Nach Blättermeldungen aus Sofia versuchten 200 macedonische Flüchtlinge aus der Grenze zu überschreiten, wurden jedoch von der türkischen Grenztruppe beschossen und zurückgedrängt, wobei 40 Mann verwundet wurden.

### Afien.

**Friede in Afsch.** Der niederländische Kolonialminister teilte am Freitag in der Sitzung der Ersten Kammer mit, daß der Präsident Sultan von Afsch seine Unterwerfung angeboten habe. Damit wäre der Krieg, der jetzt nahezu 30 Jahre gedauert hat, als beendet anzusehen. Es sind zwar noch ein paar Häuptlinge vorhanden, die demnächst Medaillen: Carl Veid in Berlin. Inscatentell verantwortlich: Th. Glöde in Berlin. Druck u. Verlag: Sornwärd Buchdruckerei u. Verlagsanstalt

einen gewissen Anhang haben und den Niederländern feindlich sind, doch wird ihnen keine große Bedeutung beigemessen. Der Sultan Zuanlu Mohammed Daud wurde im Jahre 1884, als er 18 Jahre alt war, von den Eingeborenen für volljährig erklärt und als rechtmäßiger Herrscher anerkannt. Die Thatsache, daß seine Frau und sein einziger Sohn vor einiger Zeit gefangen genommen wurden, mag wohl zu dem Entschluß, sich zu unterwerfen, beigetragen haben.

**Haag, 12. Januar.** Amlich wird aus Batavia gemeldet, daß die Unterwerfung des Prätendenten für das Sultanat Afsch bedingungslos erfolgt ist. Derselbe trifft morgen in Kota Radsha ein.

### Afrika.

**Resignation des Boerenführers** Dem „Neuterischen Bureau“ wird aus Pretoria, den 9. d. M., gemeldet: In einer Boerenversammlung, die nach der Ueberreichung der Boeren-Adresse an Chamberlain und seiner Antwortrede abgehalten wurde, hoben die Boerenführer hervor, es sei offenbar, daß Chamberlain über die in den Friedensbedingungen gemachten Zugeständnisse nicht hinausgehen gedenke; es sei daher nutzlos, neue Forderungen aufzustellen. Sie könnten den Boeren nur raten, sich in die Lage zu fügen und zusammen mit der britischen Regierung an der Wohlfahrt des Landes zu arbeiten.

## Versammlungen.

### Die Berichte des Vorstandes und des Ausschusses der Landesversicherungs-Anstalt Berlin

wurden am Donnerstag in einer Mitgliederversammlung des Arbeitervertreter-Vereins erörtert.

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt hat, wie Simanowski berichtete, im verflossenen Jahre eine ziemlich umfangreiche Thätigkeit entfaltet. In mehreren Sitzungen wurde über die Anstellung von ärztlichen Leitern und Ärzten beraten. Gegenüber einem Beschlusse der Reichs-Versicherungsanstalt, wonach unverheirateten Patienten in den Heimstätten kein Taschengeld gewährt werden kann, wurde der Antrag gestellt, solche Patienten mindestens bei ihrem Abgang aus der Anstalt nicht ganz mittellos zu lassen und es wurde auch dementsprechend ein auf drei Tage berechnetes Taschengeld zugestanden. Gegen die Erweiterung der Geschäftsberechnung des beamteten Vorstandes, die diesem das Recht giebt, Personen, die sich in großer Weise lästig machen, sofort zu entlassen, wurde von den Arbeitervertretern protestiert; die Bestimmung wurde aber trotzdem angenommen. Sie soll aber nur angewandt werden, wenn besonders schwere Vergehen vorliegen. Auch über den Einfluß der Dede im Arbeitsnachweisgebäude wurde im Vorstand beraten. In diesem Punkte mußte man sich schließlich mit dem Gutachten der Sachverständigen, wonach den ausführenden Beamten keine Schuld beigemessen ist, zufrieden geben. Die Satzungen über die Befolgung wurden dahin geändert, daß die Pauschsumme für die Vertreter der Arbeitnehmer von 800 auf 1000 M. erhöht wurde. Ferner wurden die Vertreter der Arbeitnehmer im Vorstande gegen Unfall versichert. Der Satz beträgt bei Erwerbsunfähigkeit 5 M. pro Tag; tritt infolge eines Unfalls der Tod ein, so erhalten die Hinterbliebenen 30 000 M. Ein Antrag, die Vertreter der Arbeitgeber auf Dienstreisen so zu besolden wie die Staatsbeamten, wurde vom Reichs-Versicherungsamt abgelehnt. — Vom Ausschusse der Landes-Versicherungsanstalt berichtete Warnst. Der Vorschlag für die am 1. Mai 1902 eröffnete Lungenheilstätte in Beelig wurde für die 8 Monate bis zum 31. Dezember auf 887 270 Mark festgesetzt. Die Löhne für die dort angestellten Personen wurden auf Antrag der Vertreter der Arbeitnehmer erhöht, so daß die hierfür angelegte Summe von 92 000 auf 100 000 M. stieg. Ein Konflikt entstand über den Antrag, für die innere Einrichtung der Anstalt 14 941 M. zu bewilligen. Der Antrag wurde vom Ausschusse abgelehnt. Die Begründung der Ablehnung wurde dann vom Reichs-Versicherungsamt den Vertretern der Arbeitnehmer anheimgestellt. Diese haben nun eine ausführliche Begründung ihrer Stellungnahme eingereicht. Eine Entscheidung ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Ferner hat sich der Ausschuss mit den Dienstverhältnissen der Beamten befaßt und dahin gewirkt, daß nicht ein kleiner Teil von der Bergünstigung einer lebenslangen Anstellung ausgeschlossen wird. Die Bestimmung, daß die Angestellten ihre Wohnung in Berlin haben sollten, wurde dahin abgeändert, daß statt Berlin der „postale Großbezirk Berlin und dessen unmittelbare Umgebung“ gesetzt wurde. Des weiteren wurde die Frage erörtern, ob es nicht zweckmäßig sei, für die Anstalt Beelig ein eigenes Schlachthaus zu bauen. Der Kostenaufschlag für die Invalidenanstalt wurde auf 26 000 M. festgesetzt, der für Heilanstalten auf 135 500 Mark, für Sanatorien auf 1 515 920 M., der Gesamtkostenaufschlag für 1903 auf 9 757 672 M. Der Ausschuss beschloß sich auch mit der Frage, in welcher Höhe die Landes-Versicherungsanstalt Berlin wohl genötigt werden könnte, zum allgemeinen Fonds beizutragen, also die notwendigen Versicherungsanstalten zu unterstützen. Nach den eingezogenen Erläuterungen soll sich die Summe eventuell auf 1 500 000 M. belaufen. Zum Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes wurden als erste Rate 800 000 M. bewilligt. Die Gesamtkosten sollen sich auf 2 047 000 M. belaufen. In der letzten Sitzung des Ausschusses bei der Beratung über den Etat für das Jahr 1903 wurde die ungleiche Bemessung der Versorgungssätze in den Heilanstalten und der Invalidenanstalt bemängelt und Beschwerde dagegen erhoben. Daraus folgte die Antwort, daß die Invaliden der Invalidenanstalt im allgemeinen weniger Bedürfnisse hätten, daß so wie so schon für sie eine weit höhere Summe aufgewandt werde als für die übrigen Rentenempfänger und bei Erhöhung der Ausgaben die Existenz der Anstalt in Frage gestellt werde. Daß für die Patienten in den Lungenheilstätten höhere Versorgungssätze als für die der anderen Sanatorien gebrauchten werden, erkläre sich aus dem größeren Milchverbrauch jener Heilstätten.

Hierauf berichtete Wolderski über seine Erfahrungen bei Einziehung von Rechnungen und zeigte dabei an mehreren Fällen, in welcher schwierigen Situation man bei diesen Arbeiten kommt, die der beamtete Vorstand den Vertretern der Arbeitnehmer überweist. Ferner sprach der Redner über die jüngsten Vorgänge in der dem Roten Kreuz gehörenden Heilstätte am Grabowsee, wo den Patienten die Verbreitung aller nicht von der Anstaltsleitung besorgten Schriften verboten wurde. Der Redner führte aus, daß zu der Erregung und viel der Unlust beigetragen habe, daß sich innerhalb der Anstalt, wo sich auch eine Anzahl Patienten mit nicht proletarischen Anschauungen aufhalten, Parteilungen gebildet hätten. Unter den obwaltenden Umständen sei eine andre Lösung des Konflikts als die jetzt erfolgte nicht möglich gewesen. Durch Abgang aus der Anstalt hätten sich die betreffenden Patienten schweren Schaden zugefügt. Des weiteren erwähnte der Redner noch die Schwere der Lage, die sich für den Vertreter der Arbeitnehmer bei Begutachtung von Arbeiten ergeben. Bei der Lieferung von Tischlerarbeiten, die Redner zu prüfen hatte, seien Durchstechereien vorgekommen, die betreffenden Gegenstände in viel geringerer Ausführung als die Proben geliefert worden.

In der dann folgenden Diskussion wurden einige Beschwerden aus Heilstätten vorgebracht. Simanowski und Dahne erklärten demgegenüber, daß in solchen Fällen sofort begründete schriftliche Beschwerden an die Arbeitervertreter gerichtet werden sollte, und nicht erst, wenn es zu spät und keine Kontrolle mehr möglich sei. Die Art der Festsetzung von Familienunterstützungen für Angehörige von Patienten führte zu einigen Einwendungen, wogegen Simanowski auf die schwierigen Umstände hinwies, mit denen die Vertreter hierbei zu rechnen haben, und Wolderski einen neuen Fall anführte, wo eine von ihm als notwendig angesehene Unterstützung abgelehnt worden war.

**Charlottenburger Gewerkschaftskommission.** In der am 9. d. M. abgehaltenen Delegierten-Versammlung kam die Frage der Verschmelzung der verschiedenen Gewerkschafts-Bibliotheken zur ernstlichen Erörterung. Ein von einer Kommission ausgearbeitetes Regulative nebst Bibliotheks-Ordnung wurde nach längerer Beratung mit einigen kleineren Abänderungen angenommen. Ueber

die Vorgänge bei den letzten Berliner Gewerkschafts-Wahlen zwischen der Gewerkschaftskommission und dem Gewerkschaftsrat wurde in Anbetracht der vorgerückten Zeit kurz berichtet. Fleming hielt das Verhalten des Ausschusses der Gewerkschaftskommission für nicht ganz korrekt und meinte, das könne nur dazu führen, das Vertrauen und die Sicherheit der Wähler bei derartigen Wahlen irrezulieren. Jost, Jendel und Kiebusch traten dem entgegen. Sie meinten, daß es, wie sich die Dinge zwischen Lokal und Central in den letzten Jahren abgepielt haben, zu einer Reibung der Gegensätze kommen würde. Allerdings hielten sie wie auch Fleming den Zeitpunkt als für den nicht geeigneten zum Austrag einer solchen Sache. Eine von Jendel eingebrachte Resolution, die bekundet, daß die Charlottenburger Gewerkschaftskommission voll und ganz auf dem Boden der Berliner Gewerkschaftskommission steht, wurde angenommen, nachdem eine von Fleming gestellte abgelehnt war. In „Gewerkschaftlichen“ wurde beschlossen, in der letzten Hälfte des Winterhalbjahrs einen wissenschaftlichen Vortrag mit Lichtbildern abhalten zu lassen. Des ferneren wurde mit Nachdruck der Wunsch ausgesprochen, daß alle Gewerkschaften ihre Zahlende, Versammlungen und sonstige Veranstaltungen nur im „Volkshaus“, Rosenstraße 3, abhalten mögen.

**Tempelhof.** In der am 6. Januar bei Adel, Germaniastr. 20, stattgefundenen Vereins-Versammlung referierte Georg Davidsohn über Titel V der preussischen Verfassung. Lebhafte Bewilligung wurde dem Referenten zu teil. Hierauf schritt man zur Wahl eines Wahlkomitees für die kommenden Reichstags- und Landtagswahlen. Verschieden wurde, daß der Vorstand die Geschäfte leiten soll und zur Unterstützung wurden für Tempelhof Frank, Meßler und Gütler gewählt. Für Mariendorf Spanberg, Herrn Lehmann II und Verwardt. Für Südenow Latmer und Lamm. Für Mariensfeld Grotlich und Schließer. — Ferner wurde bekannt gegeben, daß der Beitrag vom 1. Januar ab um 5 Pf. erhöht worden ist.

**Adlershof.** Die zweite Volks-Versammlung mit dem Thema „Die Proleten und Reichswähler“ und ihre Heftigkeit gegen die Socialdemokratie“ tagte am Donnerstag, 11. d. M., in dem für die Arbeiterschaft wieder frei gewordenen geräumigen Wälderschen Saal und wurde bereits vor 8 Uhr polizeilich abgebrochen, so daß hunderte keinen Einlaß mehr fanden. Der Referent Reichstags-abgeordneter Emil Rosenow gab in etwa 2 1/2 Stunden, oft von Beifall unterbrochenem Vortrage ein Bild der Socialdemokratie im Reichstags-tage. Der draußende Beifall am Schluß seiner Ausführungen bewies, daß der Redner der Versammlung aus der Seele gesprochen hatte. Es fand folgende Resolution einstimmige Annahme: Die von weit über 800 Personen besuchte zweite Volks-Versammlung für Adlershof und Umgegend erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten Reichstags-Abgeordneter Fritz Jubel und Emil Rosenow einverstanden; sie spricht der socialdemokratischen Reichstagsfraktion volles Vertrauen und Dank für ihre mannhafteste Bekämpfung des Sozialismus aus. Sie verpflichtet sich, mit allem Eifer für die Ausbreitung der Socialdemokratie zu arbeiten und lehnt es entschieden ab, einer Partei den Rücken zu kehren, die seit ihrem Bestehen den Kampf für Wahrheit, Freiheit und Recht unerschrocken und mannhaft geführt hat. Die Versammlung protestiert gegen die Depe der bürgerlichen Presse und verpflichtet sich, aus ihren Familien die Berleumdungsblätter zu entfernen und durch den „Vorwärts“ zu ersetzen.“ Da der überwiegende Beifall diesmal die Versammlung weder auflöste, noch die Versammlung anforderte, den Saal sofort zu verlassen, wie am Montag, 5. d. M., so konnte dieselbe mit einem Hoch auf die Socialdemokratie kurz nach 10 Uhr nach Vertagung der noch auf der Tagesordnung stehenden Punkte vom Vorsitzenden geschlossen werden.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Handelsminister Müller über die wirtschaftliche Lage.

Bonn, 12. Januar. (B. Z. V.) Handelsminister Müller und der Oberpräsident der Rheinprovinz Kasse, welche zur Eröffnung der Reichstags-Sitzung die Rheinprovinz hier eingetroffen sind, führen bei der Handelskammer vor, wo sie vom stellvertretenden Vorsitzenden Ober-Regierungsrat a. D. Schröder mit einer Ansprache empfangen wurden. In seiner Erwidderung gedachte der Handelsminister, wie die „Bonn Volkszeitung“ meldet, der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Lage im Deutschen Reich. Wenn zur Zeit in den Kreisen des Kaufmannstandes vielfach Klagen darüber laut würden, daß die agrarischen Kreise ihre Forderungen mit ganz besonderem Nachdruck geltend machten, so dürfe man nicht vergessen, daß die Staatsregierung nicht nur die Interessen der Allgemeinheit wahrzunehmen habe, sondern auch mit den realen Macht-faktoren des öffentlichen Lebens rechnen müsse. Die landwirtschaftlichen Kreise hätten es verstanden, ihre Forderungen durch ihre parlamentarischen Vertreter wirksam geltend zu machen; die Kaufmannschaft möge hieraus die Mahnung entnehmen, auch ihrerseits sich mehr als bisher dem öffentlichen Leben zu widmen und die Wünsche der Industrie und des Handels mit gleichem Nachdruck zur Geltung zu bringen. Der Minister hob zum Schluß die große volkswirtschaftliche Bedeutung der Kartelle hervor und bemerkte, daß die seitens der Reichsregierung veranstaltete Enquete dazu beitragen werde, ein richtiges Urteil über die Wirksamkeit derartiger Vereinigungen zu verbreiten.

### Postdiebstahl.

Bonn, 12. Januar. Die „Bonnische Volkszeitung“ meldet, daß heute auf dem Postamt in Mühlheim a. Rhein ein Geldbeutel mit 5000 Mark in Röhrenschiffen abhandelt. Die Ober-Postdirektion setzte eine Belohnung von 300 Mark für die Ergreifung des Thäters aus.

### Generalkonsul und Landgerichtspräsident.

München, 12. Januar. (B. Z. V.) Vor dem Landgericht München I fand heute die Verhandlung gegen den Generalkonsul Ludwig Steub und den Landgerichtspräsidenten und Vorsitzenden der Handelskammer Dr. Emil Guggenheimer wegen Zweikampfs statt. Generalkonsul Steub hatte seinen Gegner in seiner Wohnung in Sagan mit seiner Gattin beim Ehebruch ertappt und ihn despektierlich behandelt. Die Folge war ein Duell, das aber miltärisch verlief. Steub wurde zu drei Monaten, Guggenheimer zu vier Monaten Festungshaft verurteilt.

### Frozentpatrioten.

Aus Konstantinopel meldet die „Zit. Ztg.“ vom 12. Januar, daß der Antrag auf Anschaffung von 96 Kruppischen Feldgeschützen und von 200 000 Stück 8 Millimeter Maschinengewehren ist nunmehr der Sanction des Sultans unterbreitet worden; dieselbe wird täglich erwartet. Die Gesamtbeschaffung hat mit der Munition einen Wert von 900 000 Pfund. Der Preis der Gewehre wurde mit 3 Pfund 15 Pfennig vereinbart. Die Flotte hat auf die Geschütze bereits eine Anzahlung im Betrage von 44 000 Pfund geleistet und sie wird in den nächsten Tagen weitere 36 000 Pfund an Vertreter Krupps abführen. Der Rest wird in wöchentlichen Ratenzahlungen à 25 000 Pfund aus dem für Hülfswede reservierten Zehntenzuschlag geleistet. Der größte Teil der für die Bestellung von Geschützen nötigen Mittel wurde dagegen aus dem der Regierung zustehenden Betrage der Konversion der Jollanleihe zur Verfügung gestellt.

**Bozen, 12. Januar.** (B. Z. V.) Gestern in der Früh erfolgte ein Erdbeben auf der Mori-Arco-Bahn. Das Gestein wurde beschädigt. Der Zug von Mori mußte warten, bis das Gestein frei gemacht worden war.

**Hongkong, 12. Januar.** (B. Z. V.) Folgende Häfen am Westküste sind heute für den Verkehr geöffnet worden: Do-fung, Tsching, Su-ü, Manning, Sul-tu, Pul-tu, Nan-tong und Hungto.

Aus Singen & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Der Eisenzoll, der Antrag v. Kardorff und die Freisinnige Volkspartei.

Im Plenum war der Freisinnigen Volkspartei detailliert vorgehalten, daß ihre Kommissionsmitglieder unter anderem durch rechtzeitiges Fehlen bei der Behandlung des Eisenzolls das Zusammenwirken der Mehrheit mitbewirkt hätten.

Die Mehrheit beschloß, den Kardorff'schen Plan auf, das Gesetz zu formulieren, dem Tarif aber nur in Form einer Resolution zuzustimmen.

Die materielle Vorbedingung für eine Erledigung des Tarifs in Bezug auf den Eisenzoll war die Schaffung einer Grundlage, dem die Agrarier und der Zentralverband zustimmen konnten.

Die materielle Vorbedingung für eine Erledigung des Tarifs in Bezug auf den Eisenzoll war die Schaffung einer Grundlage, dem die Agrarier und der Zentralverband zustimmen konnten.

Nach Ablehnung der händlerischen Anträge verband sich die gesamte konservative und händlerische Presse mit drohenden Worten: es würde bei den Industriezöllen, insbesondere bei den Eisenzöllen, fürchterliche Mache durch erhebliche Herabsetzung der Zölle genommen werden.

Mit Spannung sah man der Sitzung entgegen. Der Hahn-Stadthagen'sche Antrag, in eine Specialkommission über den Eisenzoll einzutreten, wurde mit 10 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Wie kann man dies rechtzeitige Fehlen zweier Freisinnigen auf Zufall berufen. Nichtsdestoweniger hat dieser Zufall die allererheblichste Nachwirkung gehabt und wäre von energischen Gegnern des Zolltarifs unter allen Umständen vermieden worden.

Wie kann man dies rechtzeitige Fehlen zweier Freisinnigen auf Zufall berufen. Nichtsdestoweniger hat dieser Zufall die allererheblichste Nachwirkung gehabt und wäre von energischen Gegnern des Zolltarifs unter allen Umständen vermieden worden.

Schwieriger war es, die Fehlenden zusammen zu trommeln: am 4., 7. und 10. November blieb der Reichstag trotz körperlicher Unterstützung der Mehrheit durch die freisinnigen Mannen um Richter beschlußunfähig.

Der Arbeitsmarkt im Staate New York ist nach den Berichten des Vierteljahres-Bulletins des dortigen Arbeitsamtes im dritten Quartal letzten Jahres (bis dahin reichten die Berichte) ein äußerst günstiges gewesen.

Die Reichseisenbahnen im Rechnungsjahre 1901/02. Dem von der Generaldirektion zu Straßburg veröffentlichten Bericht über die Verwaltung der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen und der Württemberg-Bahnen im Rechnungsjahre 1901/02 entnehmen die „Straßb. Corr.“, daß der Betriebserlös um 26,8 Mill. Mark

Wenn Richter das schon vordem glaubte, wenn der Parlamentarismus in der That nicht darin besteht, daß die Interessen der Gesamtheit zu entscheiden haben und die Mehrheit die Minderheit nicht unterdrücken darf, — was ist denn des Abg. Richters, der sich stets in der Minderheit befand und trotzdem opponierte, gesamte parlamentarische Thätigkeit anders als Humbug und Schwindel?

Son nun an war — wenigstens bei den Abstimmungen — eine zollfreie Mehrheit vorhanden. Rechtsbrüche folgten auf Rechtsbrüche: gelegentliche Laubbildung und grobe Verstöße gegen die Geschäftsordnung seitens des Präsidenten, Sanktionierung von Geschäftsordnungsverstößen und der Willkür des Präsidenten der Mehrheit durch die lex Gröber, Wortverweigerungen, permanente Verhandlungen vor beschlußunfähigem Hause, Bruch der Geschäftsordnung durch Ablehnung, über die einzelnen Tarifpositionen abstimmen zu lassen, durch Wortentzweigungen nach fünf Minuten bei materiellen Ausführungen, durch Uebergang zur Tagesordnung über materielle Verbesserungsanträge, durch Schlußabstimmung über einen Geleitentwurf, dessen Text von einer Zusammensetzung der gefassten Beschlüsse abwich usw. usw. ... lauter Dinge, an deren Zustandekommen noch vor Ostern 1903 Eugen Richter ganz unschuldig ist.

Parlamentarisches.

Preussischer Landtag. Eine Korrespondenz meldet: Sicherem Vernehmen nach wird dem Abgeordnetenverband ein Gesetzentwurf betreffend die Landbesitzer zugehen.

Aus Industrie und Handel.

Bankkonzentration. Nachdem kürzlich erst die Deutsche Bank und die Dresdener Bank ihren Einfluß und Geschäftskreis in Rheinland-Westfalen erweitert haben, kommt jetzt wieder der A. Schaaffhausensche Bankverein, der in letzter Zeit bereits Filialen in Düsseldorf und Essen errichtet hat, an die Reihe.

Roheisen- und Stahlproduktion der Vereinigten Staaten von Amerika im letzten Jahre. Nach vorläufiger Berechnung sind in den Vereinigten Staaten ungefähr 1,6 Millionen Tonnen Roheisen und 1,5 Millionen Tonnen Stahl mehr hergestellt worden als im Jahre 1901.

Table with 4 columns: Jahr, Roheisen-Produktion, Stahl-Produktion, Roheisen-Import. Data rows from 1871 to 1902.

Bemerkenswert ist die bedeutende Einfluß ausländischen Roheisens, denn die Ziffer für das letzte Jahr ist 14 mal so groß, als die für das Jahr 1901.

Der Arbeitsmarkt im Staate New York ist nach den Berichten des Vierteljahres-Bulletins des dortigen Arbeitsamtes im dritten Quartal letzten Jahres (bis dahin reichten die Berichte) ein äußerst günstiges gewesen.

Vom englischen Eisenmarkt. Nach dem Berichte des „Economist“ zeigt sich auf dem englischen Eisenmarkt, wenn auch die Preise nicht angezogen haben, im neuen Jahre eine bessere Stimmung.

Die Reichseisenbahnen im Rechnungsjahre 1901/02. Dem von der Generaldirektion zu Straßburg veröffentlichten Bericht über die Verwaltung der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen und der Württemberg-Bahnen im Rechnungsjahre 1901/02 entnehmen die „Straßb. Corr.“, daß der Betriebserlös um 26,8 Mill. Mark

im Rechnungsjahre 1900/01 auf 17,7 Mill. Mark im Jahre 1901/02, also um rund 9,1 Mill. Mark = 33,7 Proz. zurückgegangen ist. Nach dem Abschluß der Betriebsrechnung betragen nämlich die Einnahmen im ganzen 84,13 Mill. Mark (im Vorjahre 80,74 Mill. Mark), die Ausgaben 66,37 Mill. Mark (62,93 Mill. Mark).

Gewerkchaftliches.

Mit freitenden Arbeitern verhandeln wir nicht! Dies stolze Wort der Reichsmänner, das die Herren bisher als Grundfah aufstellten, ist schon lange nicht mehr gültig.

Um uns über die Differenzen, welche bei der Firma W. Citner bestehen, Auskunft zu geben, eruchen wir Sie, morgen, Freitag, den 9. Januar cr., vormittags 12 Uhr, nach unsrer Geschäftsstelle zu kommen.

Einem gründlichen, aber verdienten Mißfall haben die Herren Industriellen aus dem Oderberger Kreis (Mark) zu verzeihen. Dieselben hatten bekanntlich (siehe „Vorwärts“ Nr. 3 vom 4. Januar) ihren Arbeitern durch einen auffälligen Anschlag bekanntgegeben, daß sie alle diejenigen Arbeiter vom 15. Januar ab von der weiteren Beschäftigung ausschließen wollten, welche noch bis dahin der Organisation angehörten.

Die Organisation der Unternehmer nicht verhandeln ohne einen Vertreter der Arbeiterorganisation. Außerdem hätten sie überhaupt nicht das Recht, die Sperre aufzuheben. Dafür sei eine andere Stelle zuständig. Die Unternehmer erklärten darauf, laut § 40 (?) ihres Statuts dürften sie nicht mit der Arbeiterorganisation verhandeln.

Die Organisation der Unternehmer nicht verhandeln ohne einen Vertreter der Arbeiterorganisation. Außerdem hätten sie überhaupt nicht das Recht, die Sperre aufzuheben. Dafür sei eine andere Stelle zuständig. Die Unternehmer erklärten darauf, laut § 40 (?) ihres Statuts dürften sie nicht mit der Arbeiterorganisation verhandeln.

Die Organisation der Unternehmer nicht verhandeln ohne einen Vertreter der Arbeiterorganisation. Außerdem hätten sie überhaupt nicht das Recht, die Sperre aufzuheben. Dafür sei eine andere Stelle zuständig. Die Unternehmer erklärten darauf, laut § 40 (?) ihres Statuts dürften sie nicht mit der Arbeiterorganisation verhandeln.

Die Organisation der Unternehmer nicht verhandeln ohne einen Vertreter der Arbeiterorganisation. Außerdem hätten sie überhaupt nicht das Recht, die Sperre aufzuheben. Dafür sei eine andere Stelle zuständig. Die Unternehmer erklärten darauf, laut § 40 (?) ihres Statuts dürften sie nicht mit der Arbeiterorganisation verhandeln.

Die Organisation der Unternehmer nicht verhandeln ohne einen Vertreter der Arbeiterorganisation. Außerdem hätten sie überhaupt nicht das Recht, die Sperre aufzuheben. Dafür sei eine andere Stelle zuständig. Die Unternehmer erklärten darauf, laut § 40 (?) ihres Statuts dürften sie nicht mit der Arbeiterorganisation verhandeln.

Die Organisation der Unternehmer nicht verhandeln ohne einen Vertreter der Arbeiterorganisation. Außerdem hätten sie überhaupt nicht das Recht, die Sperre aufzuheben. Dafür sei eine andere Stelle zuständig. Die Unternehmer erklärten darauf, laut § 40 (?) ihres Statuts dürften sie nicht mit der Arbeiterorganisation verhandeln.

Die Organisation der Unternehmer nicht verhandeln ohne einen Vertreter der Arbeiterorganisation. Außerdem hätten sie überhaupt nicht das Recht, die Sperre aufzuheben. Dafür sei eine andere Stelle zuständig. Die Unternehmer erklärten darauf, laut § 40 (?) ihres Statuts dürften sie nicht mit der Arbeiterorganisation verhandeln.

Die Organisation der Unternehmer nicht verhandeln ohne einen Vertreter der Arbeiterorganisation. Außerdem hätten sie überhaupt nicht das Recht, die Sperre aufzuheben. Dafür sei eine andere Stelle zuständig. Die Unternehmer erklärten darauf, laut § 40 (?) ihres Statuts dürften sie nicht mit der Arbeiterorganisation verhandeln.

Die Organisation der Unternehmer nicht verhandeln ohne einen Vertreter der Arbeiterorganisation. Außerdem hätten sie überhaupt nicht das Recht, die Sperre aufzuheben. Dafür sei eine andere Stelle zuständig. Die Unternehmer erklärten darauf, laut § 40 (?) ihres Statuts dürften sie nicht mit der Arbeiterorganisation verhandeln.

Die Organisation der Unternehmer nicht verhandeln ohne einen Vertreter der Arbeiterorganisation. Außerdem hätten sie überhaupt nicht das Recht, die Sperre aufzuheben. Dafür sei eine andere Stelle zuständig. Die Unternehmer erklärten darauf, laut § 40 (?) ihres Statuts dürften sie nicht mit der Arbeiterorganisation verhandeln.

Die Organisation der Unternehmer nicht verhandeln ohne einen Vertreter der Arbeiterorganisation. Außerdem hätten sie überhaupt nicht das Recht, die Sperre aufzuheben. Dafür sei eine andere Stelle zuständig. Die Unternehmer erklärten darauf, laut § 40 (?) ihres Statuts dürften sie nicht mit der Arbeiterorganisation verhandeln.

Die Organisation der Unternehmer nicht verhandeln ohne einen Vertreter der Arbeiterorganisation. Außerdem hätten sie überhaupt nicht das Recht, die Sperre aufzuheben. Dafür sei eine andere Stelle zuständig. Die Unternehmer erklärten darauf, laut § 40 (?) ihres Statuts dürften sie nicht mit der Arbeiterorganisation verhandeln.

Die Organisation der Unternehmer nicht verhandeln ohne einen Vertreter der Arbeiterorganisation. Außerdem hätten sie überhaupt nicht das Recht, die Sperre aufzuheben. Dafür sei eine andere Stelle zuständig. Die Unternehmer erklärten darauf, laut § 40 (?) ihres Statuts dürften sie nicht mit der Arbeiterorganisation verhandeln.

Die Organisation der Unternehmer nicht verhandeln ohne einen Vertreter der Arbeiterorganisation. Außerdem hätten sie überhaupt nicht das Recht, die Sperre aufzuheben. Dafür sei eine andere Stelle zuständig. Die Unternehmer erklärten darauf, laut § 40 (?) ihres Statuts dürften sie nicht mit der Arbeiterorganisation verhandeln.

Die Organisation der Unternehmer nicht verhandeln ohne einen Vertreter der Arbeiterorganisation. Außerdem hätten sie überhaupt nicht das Recht, die Sperre aufzuheben. Dafür sei eine andere Stelle zuständig. Die Unternehmer erklärten darauf, laut § 40 (?) ihres Statuts dürften sie nicht mit der Arbeiterorganisation verhandeln.

Die Organisation der Unternehmer nicht verhandeln ohne einen Vertreter der Arbeiterorganisation. Außerdem hätten sie überhaupt nicht das Recht, die Sperre aufzuheben. Dafür sei eine andere Stelle zuständig. Die Unternehmer erklärten darauf, laut § 40 (?) ihres Statuts dürften sie nicht mit der Arbeiterorganisation verhandeln.

Die Organisation der Unternehmer nicht verhandeln ohne einen Vertreter der Arbeiterorganisation. Außerdem hätten sie überhaupt nicht das Recht, die Sperre aufzuheben. Dafür sei eine andere Stelle zuständig. Die Unternehmer erklärten darauf, laut § 40 (?) ihres Statuts dürften sie nicht mit der Arbeiterorganisation verhandeln.

Die Organisation der Unternehmer nicht verhandeln ohne einen Vertreter der Arbeiterorganisation. Außerdem hätten sie überhaupt nicht das Recht, die Sperre aufzuheben. Dafür sei eine andere Stelle zuständig. Die Unternehmer erklärten darauf, laut § 40 (?) ihres Statuts dürften sie nicht mit der Arbeiterorganisation verhandeln.

kommen. Die städtischen Behörden bestreuten sich allerdings auch einer anerkanntwertigen Objektivität, und der Bürgermeister Birthingen bemühte sich immer wieder um eine Beilegung des Streiks und hat auch beim Zustandekommen der Friedensbedingungen sehr mitgewirkt. Der Streik wird sicher auch auf die Arbeitsverhältnisse in der ergebungsreichen und vortilhaftigen Textilindustrie von günstigem Einfluss sein.

Hierzu ist der Erfolg der Streikenden noch größer, als wir nach den spärlichen Nachrichten, die uns am Sonnabend vorlagen, annehmen konnten. Vor allen Dingen fällt der moralische Erfolg der Streikenden ins Gewicht. Die Unternehmer und ihre Presseorgane haben noch bis zum letzten Tage des Streiks laut in alle Welt hinausgeschrien, daß sie keine Lohnhöhungen bewilligen können, weil sonst die Meeraner Textilindustrie der auswärtigen Konkurrenz erliegen müsse. Diese Behauptung ist bekanntlich nicht nur von den Arbeitern, sondern auch von einem einsichtigen Fabrikanten öffentlich als unwahr bezeichnet worden, der dafür von der Unternehmerrpresse heftig angegriffen wurde. Jetzt haben die Fabrikanten durch die Bewilligung von Lohnhöhungen — mögen sie auch nicht die Höhe des ursprünglich geforderten erreichen — selbst bewiesen, daß es nur ihrer Hartnäckigkeit zuzuschreiben ist, wenn sie früher jede Lohnhöhung ablehnten und dadurch den Streik in die Länge zogen. Auch von der Organisation der Arbeiter wollten die Fabrikanten nichts wissen. Die Leiter derselben wurden beschuldigt, den Streik in frivoler Weise angezettelt und die mit ihren jämmerlichen Löhnen zufriedenen Arbeiter aufgehetzt zu haben. Schließlich hat man sich aber doch herbeilassen müssen, den Vorstehenden des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Genossen Hübsch, zu den Vergleichsverhandlungen heranzuziehen, und unter der Mitwirkung dieses „Haupthebers“ ist denn auch der Friede zu stande gekommen. Wären die Fabrikanten schon früher so einsichtig gewesen, mit der Organisation der Arbeiter zu verhandeln, dann hätten sie den Frieden schon längst haben können. Jetzt ist nicht nur die Organisation anerkannt, sondern man hat auch eine Kommission, an der organisierte Arbeiter beteiligt sind, eingesetzt, um künftige Differenzen gütlich zu erledigen. Diese Anerkennung der Arbeiterorganisation in aller Form ist vielleicht der schönste Erfolg des heldenmütigen Kampfes, der schon um dieses Erfolges willen nicht vergeblich geführt worden ist.

#### Ausland.

Gegen die österreichischen Gewerkschaften richtet sich ein Erlaß des Ministeriums, der deshalb von den gesamten Gewerkschaften energisch bekämpft wird. In den letzten Jahren haben die österreichischen Gewerkschaften, um die Organisation zu befestigen, das Unterstützungsweien ausgebaut. Reise-Unterstützung zahlen sehr viele Gewerkschaften, einige haben auch die Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt, und die Buchdrucker sowie die Guttmacher pflegen noch andere Unterstützungsweien. Das ist der Punkt, wo die österreichischen Behörden den Hebel ansetzen wollen, um der Gewerkschaftsbewegung, dem Wunsche der Unternehmer gemäß, das Leben schwer zu machen. Während die Gewerkschaften dem österreichischen Vereinsgesetz von 1897 unterliegen, gibt ein andres Gesetz aus dem Jahre 1892 den Behörden ein weitgehendes Aufsichtsrecht über gewisse Arten von Vereinen geschäftlicher Natur, darunter auch solche, welche Versicherungsgeschäfte betreiben. Gestützt auf dieses Gesetz hat der Minister des Innern die Landesbehörden angewiesen, genau darauf zu achten, daß Vereine, die gegen bestimmte Beiträge bestimmte Geldleistungen festsetzen, wie dies bei den Gewerkschaften der Fall ist, auch jeder Zeit die zur Erfüllung dieser Leistungen erforderlichen Mittel zur Verfügung haben. Damit erhält also die Behörde ein Aufsichtsrecht über alle Gewerkschaften mit Unterstützungsweien. Der Minister läßt zwar erklären, daß die Gewerkschaften nichts zu befürchten haben, wenn sie nur den versicherungstechnischen Anforderungen entsprechen, oder die Verpflichtungen zu bestimmten ziffermäßigen Geldleistungen vermeiden, aber die Gewerkschaften trauen dem Frieden nicht. Sie fürchten mit Recht, daß der Erlaß des Ministers, wenn es auch kein direktes Eingreifen der Behörden zu Ungunsten der Gewerkschaften bedeutet, doch dazu benutzt werden kann und in vielen Fällen auch benutzt werden wird, um die Gewerkschaften gewissermaßen unter polizeiliche Aufsicht zu stellen. Eine Protestbewegung aller Gewerkschaften gegen den Ministerialerlaß ist im Gange.

Entwicklung der Gewerkschaften in Italien. Nach einer Statistik des sozialistischen Abgeordneten Cabrini existieren gegenwärtig in Italien 27 Zentralorganisationen mit 2769 Zweigvereinen und 450 689 Mitgliedern. Darunter befinden sich 47 494 Frauen.

#### Sociales.

Die Einführung ausländischer Landarbeiter will der Landrat des Kreises Niederbarnim etwas beschränken. In einer Bekanntmachung wird den Landwirten empfohlen, sich zur Vermeidung späterer Unzutraglichkeiten, noch vor Anwerbung der Arbeiter, unter Angabe ihrer Zahl, der Zustimmung des Landrats zu versichern. „Bei der

gegenwärtigen Lage des Arbeitsmarktes“, heißt es weiter in der Bekanntmachung, „werde ich jedoch in diesem Jahre meine Zustimmung nur in solchen Fällen erteilen, in denen mir der bündige Beweis geliefert wird, daß der Bedarf an Arbeitskräften durch einheimische Arbeiter nicht mehr gedeckt werden könnte. Arbeitgeber, welche verbotswidrig ausländische Arbeiter einführen, z. B. Arbeiterfamilien mit schulpflichtigen Kindern, haben die sofortige Ausweisung der herangezogenen Ausländer zu gewärtigen.“

#### Seekuren für Lungenkranke.

In der Zeitschrift „Tuberculosis“ besprechen Dr. Michael und H. Maurer die Vorzüge, welche die Seefahrt für die Lungenkranke hat. Die Ausnutzung dieser Vorteile scheint aber daran, daß die gewöhnlichen Schiffe nicht für die Heilung von Kranken bestimmt sind, sondern für die Reisen Gesunder. Darum sind die hygienischen Einrichtungen in keinem Fall ausreichend für Lungenkranke. Die Dampfschiffe sind vor allem ungeeignet wegen der Rauchentwicklung, des Stempens der Maschinen und dem Fettgeruch, aber auch die gewöhnlichen Segelschiffe sind nicht die passenden Aufenthaltsräume für solche Kranke. Darum haben sich die beiden Autoren eingehend mit der Schaffung eines schwimmenden Sanatoriums beschäftigt. Nach genauen Studien ist von einem Fachmann ein Projekt für ein Segelschiff, das aber auch Maschinen besitzt, ausgearbeitet worden. Besonders haben sie sich auch mit der Frage beschäftigt, welches Klima auf der See wohl das geeignetste sei. Sie sind nach Rücksprache mit vielen erfahrenen Seelenten, unter anderem mit dem Reichskommissar und Kapitän z. D. F. Dräger in Hamburg zu der Ansicht gekommen, daß die besten und günstigsten Bedingungen das Nordostpassat bietet. Die Kanarien liegen zu jeder Zeit in diesem Gebiete und würden als Ausgangspunkt der ungefähr zwei bis vier Wochen dauernden Segelreisen zu wählen sein. Das Klima des Nordostpassat bietet alle Vorteile des Meeresklimas. Die Temperatur ist Tag und Nacht fast gleichmäßig. Selbst die im Juli herrschende Wärme von 25 Grad Celsius spürt man kaum, da der aus Nordost gleichmäßig niederfallende Wind die angenehme Kühlung herbeiführt. Auch der Feuchtigkeitsgehalt der Luft ist so gut wie keinen Schwankungen unterworfen; das Wetter ist beinahe ohne Ausnahme schön.

Socialdemokratie und Konsumgenossenschaften in Holland. Der Vorstand der niederländischen socialdemokratischen Partei hat in seiner letzten Sitzung eine Kommission von drei Mitgliedern zur Förderung des Konsumvereinswesens eingesetzt. In einem Aufsatze, den diese Kommission nun erlassen hat, wird unter anderem gesagt: „Die Erfahrung hat gelehrt, daß bei Gründung von Konsumgenossenschaften nicht immer die für ihre Gedeihen notwendigen Bedingungen vorhanden sind. Zu diesen Bedingungen gehört in erster Linie, abgesehen von einer genügenden Anzahl Mitglieder, getreuen Konsumenten, eine tüchtige und solide Leitung. Die Kommission hat die Aufgabe, durch Erteilen von Auskünften über diesen Punkt sowie über andere wichtige Punkte, der Entwicklung des Konsumgenossenschaftswesens, das in unrennen Händen ein Mittel, die Arbeiterbewegung zu stärken sein muß, förderlich zu sein; und ebenso durch Verleihung von Vorschüssen an Konsumgenossenschaften, die die Bedingungen, die an sie gestellt werden, erfüllen.“ — Wie weiter ausgeführt wird, stehen für derartige Vorschüsse bis jetzt erst ein paar Tausend Gulden zur Verfügung, man trachtet jedoch danach, diesen Fonds zu vergrößern. Die Tätigkeit der Kommission wird vom Parteivorstand überwacht.

#### Aus der Frauenbewegung.

Die Vereinigung der in der Blumen-, Blätter- und Buchdruckerfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins hielt ihre General-Versammlung am vorigen Mittwoch in den Armnhallen ab. Für den Vorstand berückte Sinn, daß im letzten Jahre 16 Vorstandssitzungen und 11 Vereins-Versammlungen stattgefunden, außer diesen zwei öffentliche Versammlungen zur Agitation unter den Palmenarbeitern sowie auch mehrere Versammlungen. Die Blätter-Ausführer hielten noch 6 Besprechungen ab. Bis her konnten für vier Betriebe Vertrauensleute gewählt werden. Es erschienen 7 Nummern der „Verbands-Mitteilungen“. War bei Gründung des Berliner Vereins die überwiegende Zahl weibliche Mitglieder, so verlor sich die Sachlage nach Gründung des Verbandes derartig, daß jetzt zwei Drittel der 120 Mitglieder Männer sind. Die Agitation unter den weiblichen Mitgliedern ist ungeheuer schwierig, da Arbeitgeber und Direktionen dem Verband entgegen sind, fürchten die Mädchen beizutreten, man ist bei ihnen ganz auf persönliche Agitation und die schriftliche angewiesen.

In den Vorstand wurden einstimmig gewählt: S. Sinn zum 1. Vorsitzenden, H. Morawietz zum Kassierer und Fräulein Knobbe zur Schriftführerin. Zu Beisitzern Fräulein Schaub und Kollege Fienide, zu Revisoren Fräulein Hoffmann und Kollege Geiger.

Revisor Kollege Dennide berichtete, daß der abschließende Klassenbericht erst in der nächsten Versammlung erfolgen könne wegen der vielen käumigen Beitragszahler. Die Einrichtung einer Jahrestelle, in der jederzeit Beiträge entgegengenommen werden, sei daher sehr zu begrüßen, sie befindet sich bei Fräulein Höhl, Oranienstraße 109 (Restaurant). Mit der Wahlung, die Agitation unter Kollegen und Kolleginnen kräftig zu betreiben, schloß die gut besuchte Versammlung.

Schöneberg. Mittwoch, den 14. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet die erste diesjährige (regelmäßig jeden Mittwoch vor dem 15. eines jeden Monats stattfindende) Versammlung des Vereins für Frauen und Mädchen Schönebergs und Umgebung im Saale des Herrn E. Obit, Reiningersstr. 8, statt. Herr Lagerhalter Reinhold Müller wird einen Vortrag über die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft halten. Ferner wird der halbjährliche Klassenbericht, Abrechnung vom Herbst- und Weihnachts-Vergängen in dieser Versammlung gegeben werden.

Der Rosenball des Vereins findet Sonnabend, 31. Januar, in den gesamten Sälen von E. Obit, Reiningersstr. 8, statt, wofür in dieser Versammlung die Ausgabe der Billets an die Mitglieder stattfindet.

#### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

G. Z. Wir sind nicht damit einverstanden, daß die Zeitungshändler auf der Straße einen höheren Betrag als 5 Pf. für unser Blatt fordern, doch haben wir kein Mittel an der Hand, die Verkaufspreise zu verbieten.

H. F. 100. Das erfahren Sie am besten durch den Portier im Portal III, Sommerstraße.

C. P. Uns leider unbekannt.

H. K. Ist nicht so einfach, fragen Sie einen Arzt.

H. S. in D. Sie finden die zuverlässigsten Zahlen über die Reichstagsabgaben mit sämtlichen Nachzahlen im Arbeiter-Kochkalender für 1903, der für 90 Pf. in der Buchhandlung Vorwärts zu haben ist.

Z. Preusslan. 1 und 2: Nein, jedoch darf nicht an Ort und Stelle ausgedrückt oder getrunken werden. 3. In der Regel ja. — 2. Streitende 03.

1. Bis zum vollendeten 21. Lebensjahre ist väterliche (begleitlich mütterliche) Einwilligung zur Heirat erforderlich. 2. Vor der Heirat müssen mindestens 200 Markten geliebt sein, damit Rückzahlung stattfinden kann.

— M. D. 100. Vorkaufsrecht bleibt es in Berlin nicht, amtliche Verkaufsstellen nur auf dem Amt. Sie müssen schon vorher darlegen, was Sie meinen. — 2d. 1903. 1. Ja, aber nur Antrag der Kinder verbleibt diesen das Recht. 2. Das hängt von den Umständen ab. 3. Nein. — H. S. 18.

1. Nein. 2. Für den Antrag zuständig ist der Magistrat, Abteilung für Invalidenversicherung, Breitenstraße 24. — H. S. 100. Wenn Widerspruch nicht erhoben ist, so ist Ihnen ein Antrag auf Vollstreckungsbefehl zu stellen.

Verjährung tritt in 30 Jahren ein. — Goettedrache. Die jährliche Preisstempelsteuer für Ihren Beitrag beträgt 1 Mark. Bleibt nicht im Vertrag, das Sie die Steuer voll zu zahlen haben, so haben Sie sie nur zur Hälfte zu tragen. — H. P. 6. Sie sind zur Zahlung der Steuer verpflichtet.

— G. A. 9. Ihr Einkommen ist nach bürgerlichem und preussischem Gesetz steuerpflichtig. — H. P. 10. Ja. — M. 76. Nein; die Nichtverantwortung Ihres Admittis ist in Ihrem Falle als Zustimmung anzusehen. — G. Z. 1002. Ihre Darlegungen machen Sie dem Gericht schriftlich und tragen sie dann im Termin vor. Wagt die Sache so, wie Sie sie schildern, so wird die Klage abgewiesen. Wenn Sie aber den Termin wieder wahrnehmen noch wahrnehmen lassen, so werden Sie verurteilt. — Wahl 61.

Das von Ihnen Vorgelegene reicht keineswegs zur Scheidung aus. Eine Scheidungssache ist bei dem Landgericht des Wohnortes des Mannes anzubringen; der Klage hat ein Gültigkeitsvermerk vor dem Amtsgericht voranzugehen. Das Armenrecht wird erst nach fruchtlosem Gültigkeitsverfahren gewährt. — H. G. 100. — G. P. Falls im Mietvertrag nichts vereinbart ist, ist der Stempel von jeder Partei zur Hälfte zu tragen. — H. Z., Reichsberger 159. Ihr Mietstempel beträgt pro Jahr 50 Pf., insgesamt also 1 Mark. In den Beiträgen (was in der Regel zutrifft) nicht vereinbart, das Sie die Steuer tragen müssen, so haben Sie zur die Hälfte zu tragen.

— M. Z., Vordestriehe. Durch den Austritt aus der Landesliste können Ihnen keine Nachteile, sondern es kann Ihnen nur der Vorteil erwachsen, daß Sie vom Ablauf des Jahres Austritt folgenden Kalenderjahres ab keine persönliche Kirchensteuer mehr zu zahlen haben. Der Austritt erfolgt in der Art, daß Sie dem Amtsgericht Ihre Austrittsabsicht schriftlich mitteilen und dann innerhalb vier bis sechs Wochen auf dem Amtsgericht Ihren Austritt zu Protokoll erklären. Formulare erhalten Sie bei Hoffmann, Blumenstr. 14. Ihr Austritt gilt nur für Sie persönlich. Ihre Frau müßte ihrerseits selbst ihren Austritt erklären. — C. W. 9. Nein.

— G. A. 21. Die Forderungen aus einem Kaufvertrag verjähren in der Regel in zwei Jahren. Ob und welche Forderung in Ihrem Fall noch besteht, ist ohne Kenntnis des Vertrages nicht zu entscheiden. In allen Fragen, denen ein bestimmter Vertrag zu Grunde liegt, empfiehlt es sich, in der juristischen Sprechstunde an der Hand des Vertrages, nicht aber durch den Beileger, Auskunft zu verlangen. — G. Z. 100. Es ist möglich, aber unmahrscheinlich, daß Sie als Besitze befragt werden, ob Sie bestraft sind. Die Frage müssen Sie wahrheitsgemäß beantworten. Wagt Ihnen daran, nicht nach der Strafe befragt zu werden, so richten Sie am geschäftlichsten etwa folgendes Schreiben vor dem Termin an das Gericht: In der und der Strafsache (Namenzeichen) bin ich zum so und sovielen als Besitze geladen. Ich bin im Jahre ... wegen ... mit ... Strafe belegt. Ich bitte, mich noch meiner Strafsache nicht befragen, noch eine dahin gerichtete Frage zulassen zu wollen, da mir das Befahren derselben nachteilig sein könnte. Dem in solchen Schreiben enthaltenen Wunsch entspricht jeder Richter. — H. P. 3. 1. Ja. 1. Nein.

— 100. H. P. Auch wenn Sie nachweisen könnten, daß der neue Mieter vom 1. Dezember ab Miete gezahlt hat, wäre eine Klage leider ausnahmslos.

— Hb. 29. 1. Das Schlichtung- und Mediations-Gesetz nimmt Ausschlachtungen von der sonst reichsgerichtlich angeordneten Unternehmung aus. Jedoch dürfen Landesrechtliche Bestimmungen aus Hausklachtungen der Unternehmung unterbleiben. Dieser Teil des Reichsgesetzes tritt mit dem 1. April 1903 in Kraft. Nach dem in Dresden im vergangenen Jahre beschlossenen Gesetz, das voraussichtlich auch zum 1. April in Kraft treten wird, darf die Unternehmung bei für den Haushalt geschlossenen Schwestern unterbleiben, soweit nicht durch Vollstreckungsordnungen anders bestimmt ist oder wird. Ob die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erlassenen Vollstreckungsordnungen gültig sind, ist ohne Wissen nach nicht vom Kammergericht entschieden. 2. Für ausnahmslos erachtet wir die Beratung nicht, weil die Frage der Reichsgültigkeit zweifelhaft ist und voraussichtlich mit Rücksicht auf den Inhalt des (noch nicht in Kraft getretenen) preussischen Gesetzes bejaht werden wird. — Schönhausen. Nein.

**Theater.**  
Dienstags, 13. Januar.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Cyrenhaus, Fra Diavolo.  
Zahnhilfshaus, Am bunten Hof.  
Neues Opern-Theater, Tanz-  
Hallen von Frau Adora Duncan.  
Deutsches, Sonnabend.  
Vestier, Alt-Heidelberg.  
Veiling, Der blinde Passagier.  
Neues, Jhora.  
Rehden, Die beiden Schwestern.  
Thalia, Seine kleine.  
Wesien, La Traviata.  
Central, Madame Scherra.  
Welle-Milauce-Theater, Cupido u.  
Co. — Am Telephon.  
Anfang 8 Uhr:  
Schiller O. (Wallner-Theater.)  
Am Obermoort.  
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmshald,  
Theater.) Rembrandt.  
Carl Weich, Die Blüte des Bagno.  
Kuffen, Die Gamellendame.  
Metropol, Knecht! Knecht!  
Bantes, Cousteline-Abend.  
Kleine, Erdgeist.  
Trianon, Die Weibschänkel.  
Wesien, Auf hoher See.  
Cafino, Moderne Frauen.  
Abello, Nafiris Hochzeit.  
Wintergarten, Spezialitäten.  
Reichshallen, Berliner Sänger.  
Freid, Fiedel-Sänger.  
Wallage-Theater, Spezialitäten.  
Wallage-Panoptikum, Spezialitäten.  
Urania, Taubenstraße 48/49.  
Das Land Tirol.  
Am Hofsaal um 8 Uhr: Dr. E. Raff:  
Das Leuchtgas und seine Industrie.  
Zubehörsache 37/62. Täglich  
geöffnet von 7-11 Uhr.  
Um 8 Uhr: A. Wegener: Die Ent-  
wicklungsgeschichte des Weltalls.

**Residenz-Theater.**  
Direktion: Sigmund Lautenburg.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Die beiden Schwestern.**  
(Les deux Ecoles.)  
Aufspiel in 4 Akten v. H. G. Capus.  
Deutsch von Theodor Wolff.  
Morgen und folgende Tage: Die  
beiden Schwestern. Sonntagnachm.  
3 Uhr: Sein Doppeltgänger.

**W. Noack's Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstrasse 16.  
**Der grosse Wohlthäter.**  
Nach der Vorstellung: Tanzkränzen.  
Wittwoch zum letztmal: Othello,  
der Mohr von Venedig.

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstr. 72/73.  
Zum 151. Male:  
**Seine kleine.**  
Große Ausstattungspoffe mit Gesang  
und Tanz in 3 Akten.  
Im 1. Akt: Ein Wintersturm im  
Grünenwald. Im 2. Akt: Haben Sie  
nicht den kleinen Gohm gesehen? (mit  
Guido Thiellacher). Im 3. Akt:  
Lebende Wagners. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Sonntagnachm. 3 Uhr: Dorf  
und Stadt.

**Buntes Theater**  
Köpnickerstr. 88. Anfang 8 Uhr.  
Zum 1. Male:  
**System Aubert**  
Komödie in 3 Akten von Roland  
und Morgand. Bearb. v. A. Flachs.  
Zum 1. Male: **Almenslege.**  
Von G. Courtlois.  
Deutsch von S. Trebitsch.

**CASTANS**  
**Panoptikum**  
Friedrichstrasse 165.  
**Weihnachts-**  
**Ausstellung**  
Zauberkünstler Mr. Francois  
Roberts: „Das Verschwinden  
einer Dame!“  
Kasperle-Theater. Lebende Bilder.  
Grosses Konzert.

**Passage-Theater.**  
Vorstellung.  
Anfang: Sonntags 3 Uhr.  
Wechent. 5 Uhr.  
Ende 11 Uhr.  
Nur noch kurze Zeit:  
Augusto  
**Adamovic**  
Nachmittags 7 Uhr.  
Abends 10 Uhr.  
**Willy Prager.**  
14 neue erstklass. Nummern.

**Bernhard Rose-Theater-Ensemble**  
Stadt-Theater, Alt-Moabit 47/49.  
Dienstags, den 13. Januar 1903:  
**Der Hüttenbesitzer.**  
(Le Maître de Forges.)  
Schauspiel in 3 Akten (5 Verw.)  
von Georges Sene. Anfang 8 Uhr.  
Donnerstag: **Matte Weiber.**  
George Poite mit Gesang.

**Urania.**  
Taubenstrasse 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Das Land Tirol.**  
Im Hörsaal um 8 Uhr: Dr. E. Nass:  
Das Leuchtgas  
und seine Industrie.

**Sternwarte**  
Invalidenstrasse 57/62.  
Um 8 Uhr:  
A. Wegener: Die Entwicklungs-  
geschichte des Weltalls.

**Palast-Theater**  
Lingstraße 22. Früher: Kren-Palast.  
**Das phänomen. Januar-Programm.**  
Alles neu! Neu! Alles neu!  
8 1/2 Uhr. Neufscenier: 8 1/2 Uhr.  
**Auf hoher See.**  
Lebensbild in Gesang u. Tanz in 3 Akten.  
The Atlantis, Arch-III.  
Gedr. Bellong, großart. Melange-Mit.  
Jenny Manchenez, das mod. Weltmod.  
The Nelsons, eine Scene im Kaffeeh.  
Elsa Byron, Soubretten-Diva.  
Anfang: Bochert. 8. Sonnt. 7 Uhr.  
Entrée 50 Pf.

**Belle-Alliance-Theater.**  
Heute u. folgende Tage: 10. 7 1/2 Uhr.  
**Cupido & Co.**  
Schauspiel mit Ges. u. Tanz in 3 Akten.  
Heute!  
**Am Telephon.**  
Drama in zwei Aufzügen.  
Ende 10 1/2 Uhr.

**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurter Straße 132.  
Durchschlagender Erfolg!  
Sensationelle Novität!!  
**Die Blüte des Bagno.**  
Schauspiel in 5 Akten (7 Bildern) nach  
dem Roman v. Goron u. G. Gautier.  
Für das Carl Weiss-Theater eingerichtet  
und inszeniert von E. Ritterfeldt.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Sonnabendnachmittag: Hängel und  
Gretel. — Sonntagnachmittag: Die  
letzten Tage der Antillen.

**Central-Theater**  
Heute u. folgende Tage, abends 7 1/2 Uhr:  
**Madame Sherry.**  
Operette in 3 Akten von Hugo Fels,  
Schauspieler: Das Lied vom  
Dach der Mutter. — Der Pfeifer  
von Dundee. — Das Liebesduell am  
Maler. — Liebesgätter. — Das  
Lied von der Dreifache 1. Gatte. —  
Houpla Catarina. — Das Feindes-  
duell. — Das Lied von der See. —  
Das Mädchen-Couplet. — Das  
Daniel-Duell.  
Mittwoch u. Sonnabend, nachm. 4 Uhr,  
halbe Preise. Jed. Grmahl. 1 Kind frei!  
**Schneeweissen und Rosenrot.**  
Weihnachtsmärchen mit Gesang und  
Tanz in 4 Bildern.  
Sonntag, den 13. Januar, nach-  
mittags 3 Uhr: Die Fledermaus.

**Luisen-Theater.**  
**Die Cameliendame.**  
Anfang 8 Uhr. Vorberf. 10-2 Kaffe.  
Morgen: Othello. Donnerstag: Der  
Pfarrer von Kirchfeld. Freitag: Die  
Cameliendame. Sonnabend: Der  
Rattenfänger von Hameln. Sonntag  
8 Uhr: Die Anne-Liss. 8 Uhr: Die  
Cameliendame.

**Kleines Theater.**  
Unter den Linden 44.  
Anfang 8 Uhr.  
**Erdgeist.**

**Casino-Theater.**  
Lehringer Straße 37.  
Neu! Franz Reun. Neu!  
Amoneu — Gretchen Reimann etc.  
Dazu mit neuer glanz. Ausstattung:  
**Moderne Frauen.**  
Großer Lacherfolg. Zeitgem. Complet.  
Anf.: Bochert. 8. Sonntag 7 1/2 Uhr.

**Sanssouci**  
Jeden Sonntag, Montag,  
Donnerstag:  
**Hoffmanns**  
**Norddeutsche Sänger.**  
Einnmalige  
Donnerstags-Aufführung:  
**Die Ritterschüler.**  
Neu! Grundbesitz Neu!  
Sensationsparodie:  
**De Lup in de Lupt.**

**Deutsche Konzerthallen**  
Spandauer Brücke 3  
Theater-  
und Spezialitäten-  
Vorstellung.  
Bocherttag:  
Entrée frei!  
**5 Künstler-5**  
**Kapellen**  
Special-Ausschank  
der Berliner  
Bockbrauerei.

# Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O.**  
(Wallner-Theater).  
Dienstagabend 8 Uhr:  
**Ein Ehrenwort.**  
Schauspiel in 4 Akten  
von Otto Erich Hartleben.  
Mittwochabend 8 Uhr:  
**Renaissance.**  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Ein Ehrenwort.**

**Schiller-Theater N.**  
(Friedrich-Bühnenstädtisches Theater).  
Dienstagabend 8 Uhr:  
**Renaissance.**  
Schauspiel in 3 Akten von Franz  
v. Süsskind u. Franz Koppel-Sfeld.  
Mittwochabend 8 Uhr:  
**Ein Ehrenwort.**  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Sappho.**

# Wintergarten

Vollständig neues Programm:  
**Tortajada** Spanische Tänzerin.  
Paul Conchas: „Im Bivouac“.  
Morton und Elliott, Excentrics.  
Wallno und Marinette, Tanzduo.  
**Thompsons Wunder-Elefanten.**  
**Otto Reutter,** Humorist.  
Das Berdevery-Trio.  
**Adrienne Larive,** Pariser Sängerin.  
Alburtus u. Bartram, Keulen-Jongl.  
Ritche Duo, Bicycle-Künstler.  
Die 7 Allison, Akrobaten.  
„Das Mädchen mit dem  
goldenen Haar“,  
Eine Vision.  
**Pariser Luft,** Ballett.  
„Die Reise in den Mond“,  
Biographische Bilder.

# Trianon-Theater.

Georgenstrasse,  
zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.  
**Die Liebeschaukel.**  
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.  
Anfang 8 Uhr.

# Gratweils Bierhallen

Theater u. Variété  
Kommandanten-Strasse 77/79.  
Direktion: Carl Haverland.  
Taglich: **Gr. Vorstellung.**  
**Das grosse amüsante  
Januar-Programm**  
Nur allererste Kunstkräfte.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.  
Jed. Sonntag, Montag u. Mittwoch  
nach der Vorstellung:  
**TANZ.**

# Cirkus Schumann

Dienstag, den 13. Januar 1903,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Elite-Abend.**

Elite-Programm, 12 Nummern.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Das Tagesgespräch von Berlin

**Looping the Loop.**  
Um 9 1/2 Uhr:  
**Die lustigen Heidelberger.**  
Die Parole aller bisherigen  
Pantomimen.

Donnerstag, den 15. Januar,  
abends 7 1/2 Uhr: **Grosso** ausser-  
ordentliche **Gala-Vorstellung** zum  
Besten der Sammlungen für die  
Ausbildung von Mitgliedern der  
Sanitätskolonne vom Roten Kreuz  
als freiwillige Krankenpfleger  
s. Hd. des Central-Komitees des  
Preussischen Landesvereins vom  
Roten Kreuz.

# Königstadt-Casino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.  
Täglich erhalt. Spezialitäten-  
Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonntag,  
und Sonntag Tanzkränzen.  
Auf. Sonntag 8, Sonntag 6 Uhr.

# Masken-Garderobe

von 2712  
**Carl Ernst,**  
Stöpnickerstr. 126, 1 Tr.  
Grösste Auswahl!  
Billigste Preise!  
Sorgfältiger diener Annonce er-  
hält 10% Preisermäßigung.

# Neueste wahre billige Preise

ber Nachnahme.  
Wirtl. Salzfechterstr. 1/1, Has N  
b. 500 St. 7 u. 8 Mt. 250 St.  
3 1/2 u. 4 Mt.  
1/2, 3/4, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

# W. Schwandt, Swinemünde.

Fischerei, Geringsgesch, engros,  
Rancherei und Marinier-Anstalt.

# Konsum- und Produktiv-Genossenschaft Berlin-Rixdorf E. G. m. h. B.

Activa. Bilanz 30. September 1902. Passiva.

Raffinbestand	4 734	38	Mitglieder-Guthaben	37 676	10
Bankguthaben	488	41	Reservefonds	1 975	60
Zinsen nach 10 Proz.			Dispositionsfonds	78	50
Abschreibung	34 122	30	Kreditoren	95 235	62
Werb u. Wagen nach			Kauttionen	1 210	—
10 Proz. Abschreib.	2 856	23	Neingewinn	389	50
Gas-Stautionen	595	—			
Festlagen, Fäden und					
Wapppapier	6 384	50			
Guthaben bei d. Grob-					
einkaufs-Gesellschaft	957	25			
Müller-Strangenberg	648	31			
Wesfelgelber	230	—			
Debitoren	1 573	50			
Wareneinsatz	83 975	89			
	136 585	11			

Zahl der Genossen am 1. Ein-  
ber 1901: 2836  
Eingetretten bis 30. Sep-  
tember 1902: 1026  
3862

Mit Schluss des Geschäftsjahres  
wurden aus:  
durch Tod: 9  
durch Aufkündigung: 434  
438

Verbleiben nach Schluss des Ge-  
schäftsjahres: 3426

Rixdorf, den 14. November 1902

Der Vorstand. 105/3  
O. Schultze, L. Breslauer, E. Wutzky, E. Brückner, G. Gauger.

# Centralverband der Maurer zc.

Zahlstelle Berlin.  
Donnerstag, den 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

# Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Silberschmidt** über: „Die politische Situation und die Gewerkschaften“. 2. Anträge zum Verbandstag und Aufstellung der Kandidaten zu den Stellen der Verbandstags-Delegierten des Zweigvereins Berlin. 136/2  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Guten Besuch erwünscht. Die Verhandlungsleitung.

# Vorwärts-Buchhandlung

Lindenstr. 69.  
Wir empfehlen:  
**Reclams  
Universal-Bibliothek.**  
Jede Nummer 20 Pf.

Unvollständige, Dramen, Romane  
und Erzählungen der besten deutschen  
und ausländischen Dichter (in Ueber-  
setzung), ferner Lehrbuchreihe der Reichs-  
gesetzgebung usw. Leichter Druck, gutes  
Papier. 233/2  
Erschienen sind ca. 4400 Nummern.  
Alle Nummern sind vorrätig!  
Kataloge sind bei uns gratis zu haben.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.  
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.  
Dienstag, den 13. Januar 1903, abends 8 Uhr,  
bei **Graumann, Rauchstr. 27:**

# Versammlung

aller in der Schrauben-Branchen  
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Agitationskommission über ihre Tätigkeit. 2. Stellung-  
nahme zum diesjährigen Verbandstag in Berlin. 3. Beschlüsse.  
Alle Kollegen, die ein Interesse an dem Ausbau des Verbandes haben,  
sind verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Dienstag, den 13. Januar 1903, abends 8 1/2 Uhr, bei **Richter,  
Groß-Fischerfeld, Chausseestr. 104:**

# Bezirksversammlung für Steglitz.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen **Haback** über: „Die Schärmaße an der  
Arbeit“. 2. Jahresbericht. 3. Verbandsangelegenheiten. 110/10  
Zahlreichen Besuch erwartet.

# Centralverband der Maurer.

Zahlstelle Charlottenburg.  
Dienstag, den 13. Januar, abends 8 Uhr,  
im großen Saale des Volkshauses, Rosinenstr. 3:

# General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Abrechnung vom 4. Quartal und  
Jahresbericht des Kassierers. 3. Ausschluss der gesunkenen örtlichen Ver-  
waltung. 4. Vorschläge zur Wahl eines Delegierten zum Verbandstag.  
5. Gewerkschaftliches.  
Werte Kollegen! Der Wichtigkeit der Tages-Ordnung wegen ist das  
Erscheinen sämtlicher Kollegen dringend nötig; auch ist es Pflicht eines  
jeden Kollegen, für guten Besuch der Versammlung recht fröhlich zu agieren.  
Es erwartet deshalb recht regen Besuch.  
Mit kollegialstem Gruß!  
Die örtliche Verwaltung. 3. H.: Fritz Busse.  
NB. In der Versammlung werden ebenfalls die neuen Mitglieds-  
bücher herausgegeben. 136/1

# Socialdemokr. Wahlverein Rixdorf.

Mittwoch, den 14. Januar 1903, abends 8 Uhr,  
in Thiles Festsaal, Bergstr. 151-152:

# General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
Bericht des Vorstandes, Kassierers, Parteisekretärs und Bibliothekars;  
Aufnahme neuer Mitglieder; Vereinsangelegenheiten und Verschickenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert. — Um zahlreiches Erscheinen bitte!  
Der Vorstand. 202/2

# Central-Verband der Zimmerer Deutschlands

Zahlstelle Berlin und Umgegend.  
Für Charlottenburg und Moabit (Bezirke 9 und 13):  
Dienstag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“,  
Rosinenstr. 3.

Für Westen und Südwesten (Bezirke 7, 8 und 19):  
Mittwoch, den 14. Januar, abends 8 Uhr, im Klubhaus,  
Schöneberg, Hauptstr. 3-6.

Für Süden und Rixdorf (Bezirke 5, 6 und 15):  
Donnerstag, den 15. Januar, abends 8 Uhr, im Lokale von  
Brüder, Waldemarstr. 75.

Für Osten und Friedrichsberg (Bezirke 2, 3, 4 und 16)  
in der Germania-Bräuerei, Frankfurter Allee 53.

Für Norden (Bezirke 10, 11, und 12)  
bei **Hübner, Zwinmünderstr. Nr. 42.** 254/2  
Tagesordnung in allen Versammlungen:  
„Das Zolltarif-Gesetz und die Gewerkschaften.“  
Referenten: die Genossen G. Link, A. Ritter, Rosenow, Zuboil u. Kotzke.  
Kameraden! In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tages-  
ordnung fordern wir Euch auf, wenn für Mann in diesen Versammlungen zu  
erscheinen. Keiner darf fehlen, welcher in den genannten Bezirken wohnt!  
Keiner darf es unterlassen, für Befestigung und Besuch der Versammlun-  
gen zu agitieren! Mit kameradschaftlichem Gruß. Der Vorstand.

# Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 17. Januar, in den Festräumen des Gymnas.  
Landsberger Allee 39-40:

# Gr. Wiener Masken-Ball.

Großer Jahrmaktsrummel zu Plundersweiler.  
Schaubuden, Wahrsager, Riefendame, Menagerie, Ententanz usw.  
Billets sind bei folgenden Komiteemitgliedern zu haben: C. Janice,  
Schöneberg, Golzh. 6, S. I. G. Vohse, Postmeisterstr. 26, S. IV.  
C. Christens, Röhlenstr. 49, S. III. S. Zardor, Passauerstr. 3, im  
Gaden. P. Kubitz, Annamüllersstr. 18, r. III. IV. S. Hallauer,  
Krautstr. 26, Luerger. III. S. Kollow, Postmeisterstr. 5, Luerger. IV.  
Frau Kohlhardt, Alexanderstr. 21, S. IV. S. Kowalski, Zwinmünder-  
str. 62, I. Luerger. IV. S. Plath, Rüdersdorferstr. 19, Rütisch, Königs-  
bergerstr. 34. M. Wendt, Gollnowstr. 44, Luerger. III. S. Voeger,  
Rüdersdorferstr. 48, Luerger. II. In den Verkaufsstellen: W. Voeger,  
Ritterstr. 15. S. Wolf, Pflanzstr. 3. S. Vogel, Demminerstr. 32.  
S. Vobbe, Kommandantenstr. 62. C. Korffmann, Holzmarktstr. 48a.  
S. Pichm, Bernauerstr. 48. W. Krause, Pappel-Allee 15-17. H. Rie-  
burg, Urbanstr. 68. Wwe. Menner, Faltstr. 59. Wiedemann, Frank-  
furter Allee 47. Bei unserm Kassenboten H. Räder, Rheinsbergerstr. 62  
u. II und in unseren Bureaus.  
Anfang 8 1/2 Uhr. — Billets a 50 Pf.  
Das Komitee. 134/6

# Emma Kohn Eugen Umrah Verlobte.

Berlin, 11. Januar 1903.  
Schlemmerstr. 9. 14906

# Marie Amberger

geb. Ritter  
am Sonntagmorgen nach langer  
schwerer Krankheit sanft ent-  
schlafen ist.

Die Beerdigung findet Mittwoch,  
nachmittags 4 Uhr von der Leichen-  
halle des Luitpold-Kirchhofes in  
Eberfeldstr. 10 aus statt. 136/2  
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

# Paul Anders

im 25. Lebensjahre so plötzlich aus  
dem Leben geschieden ist.  
Dies zeigen tiefenübt an  
Die trauernden Eltern  
nebst Verwandten.  
August Anders nebst Frau.  
Die Beerdigung findet Dienstag,  
den 13. d. Mts, nachm. 3 Uhr,  
vom Trauerhause, Forsterstr. 40,  
aus statt. 14946

# Dankagung.

Allen Kollegen, Freunden und Ge-  
nossen sowie seinen Eltern für die  
rege Beteiligung und reichen Kranz-  
spenden bei der Beerdigung meines  
lieben Vaters meinen herzlichsten Dank.  
Witwe A. Arndt.

# Genossenschafts-Bäckerei

„Vorwärts“, Am Ostbahnhof 3.  
(Eingetragene Genossenschaft  
mit beschränkter Haftung)  
Ausserordentliche  
General-Versammlung  
Freitag, den 23. Januar 1903,  
abends 8 Uhr,  
im Geschäftsraum Ostbahnhof Nr. 3.  
Tages-Ordnung:  
1. Antrag des Aufsichtsrats über  
die Höhe der zu gewählenden Prozente  
an die Wiedervertreter. 2. Antrag  
des Vorstandes über die Verjüngung  
des Vorstandes des Bezirks. 14950  
Der Vorstand.  
Hermann Toppel, Geschäftsführer.  
Friedrich Vindler, Kassierer.

# Krankenkasse für die Beamten und Angestellten der Krankenkassen.

Berufsgenossenschaften sowie der  
Invaliditäts- u. Altersversicherungs-  
Anstalten in Berlin. E. H. 108.  
Mittwoch, den 21. Januar 1903,  
abends 7 1/2 Uhr, Stralauerstr. 57  
(Miegel).

# Ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:  
1. Jahres- u. Kassierbericht über 1902  
(sowie Bericht der Revisionen. 2. Beschluß-  
fassung über das zu bestimmende  
Kontrollorgan für 1903. 3. Wahl  
von vier Vorstandsmitgliedern für  
die Jahre 1903 und 1904. 4. Wahl von  
drei Revisoren bis 1904. 5. Abänderung  
des Statuts und zwar der §§ 13  
und 19. 6. Verschickenes.

Der Vorstand. 15026

# 500 Mark Belohnung!

Wir beschließen, unsere Lager-  
bestände in Winter-Kunsthäuten  
Baltischhosen  
Beinfleiderhosen  
wegen vorgerückter Saison und  
Umgestaltung unseres Geschäfts  
schleunigst zu räumen.  
Unter eldschaftlicher Ver-  
sicherung verkaufen wir am  
Dienstag, den 13. Januar d. J.  
Mittwoch, 14. . . . .  
Donnerstag, 15. . . . .  
Freitag, 16. . . . .  
oben angeführte Waren genau zu  
Schiffen resp. Fabrikspreisen.  
Diese sind für jedermann sichtlich  
in unfern Schaufenstern ausgestellt.  
Obige Belohnung können wir  
denjenigen zu, welche uns nach-  
weisen, daß unsere Verkaufspreise  
für genannte Lage nicht Selbst-  
kostenpreise resp. Fabrikpreise sind.  
Koch & Seeland, Nohlstr. 2,  
Tuchfabrik-Niederlage.

# Dr. Simmel

Prinzen-  
Str. 41.  
Spezialarzt für 135/11  
Haut- und Hornleiden.  
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

# Freie Rote Landbutter.

netto 8 Pf. 6,00 M. pr. Nachnahme.  
Otto Sievers, Friedrichshof, Döbr.



Ein weiblicher Mäcenat.

Vor der 148. Sitzung des Amtsgerichts I stand heute unter Vorsitz des Vorsitzenden Scheller Termin in der bekannten Privat-Hofe des Bildhauers Prof. Ernst Rochs Genger gegen Prof. Max Klinger an. Die Parteien sind persönlich zur Stelle, dem Prof. Genger steht Rechtsanwalt Senger-Verlin, dem Prof. Klinger Rechtsanwalt Broda-Leipzig zur Seite. Als Zeuge ist von dem Rechtsanwalt Senger der Schwager des Prof. Genger, Otto von Gopfen, Sohn des Schriftstellers Hans von Gopfen, bestellt worden. Derselbe soll bei den stattgehabten Vergleichsverhandlungen zugegen gewesen sein und über Aeußerungen der Frau Dr. Meyer bezeugen. Zur Anlage steht zunächst der vom Prof. Klinger im „Leipziger Tageblatt“ veröffentlichte Artikel „Ein Gegenüber“, in welchem über allerlei „Testamentsfälscher“ Andeutungen gemacht wurden, die es in den letzten zehn Jahren verstanden haben, über 2 Millionen Mark, die künstlerischen Erben gewidmet sein sollen, diesen Forderungen zu entgehen. In einem zweiten Artikel illustrierte Prof. Klinger seine allgemeine Behauptung durch zwei Beispiele, deren eines sich auf Prof. Genger bezog. Es wurde erzählt, daß eine Kunstmäcenat, die schon große Summen für Künstler und Kunstwerke verausgabte, die Absicht verfolgte, eine Villa und sonstiges Vermögen in Florenz dauernd für deutsche Künstler hinzugeben. Sie habe eine Art Fideikommiss im Auge gehabt und die Ausführung ihres Planes vertrauensvoll in die Hände des Künstlers gelegt, der ihr volles Vertrauen genoss und als erster der Wohlthat der Stiftung teilhaftig werden sollte. Die Stifterin habe das Grundstück erworben, es aber gleich auf den Namen des Künstlers eintragen lassen, ferner

130 000 M. Hypothek

auch auf ihn übertragen. Dann seien Verhältnisse eingetreten, die der Frau den Verdacht nahlegten, der Künstler könnte Haus und Vermögen als sein persönliches Eigentum in Anspruch nehmen. Sie habe deshalb den Künstler aufgefordert, er möchte die Stiftung in rechts-gültiger Form verfestigen festmachen, daß keinerlei Unklarheit darüber obwalten könne, oder das Ganze wieder in ihre Hände zurückgeben. Da sei dann der Künstler mit der Behauptung aufgetreten, daß er rechtmäßiger Eigentümer sei. Er habe später die Hypothek von 130 000 M. zurückgezahlt und im übrigen ein Testament gemacht, wonach das Vermögen in Florenz den deutschen Künstlern dauernd erhalten bleiben solle; das Testament sei aber rathlosungültig und deshalb müsse man von dem Künstler verlangen, daß er die Angelegenheit so bald als möglich ordne. — Darauf beruht die Privatklage.

Von Bedeutung ist die kommissarische Aussage der Frau Dr. Marie Meyer zu Freiburg. Sie ist 69 Jahre alt und Witwe des Fabrikanten Dr. Friedrich Adolf Meyer. Sie hat unter anderem bestätigt, daß sie durch Professor Klinger auf den Privatkläger aufmerksam gemacht worden sei; er sei ihr von dem Angeklagten als einer der bedeutendsten lebenden deutschen Künstler bezeichnet worden. Bei einem Aufenthalt in Berlin habe sie mit ihrem Pflegesohn das Atelier Gengers besucht. Die Arbeiten desselben hätten ihr sehr gefallen. Genger habe ihr dann auf ihre Bestellung einen Struppier und eine Wange geliefert und sie in Freiburg besucht. Er habe ihr dabei erzählt, daß er nach Florenz überziehen wolle. Eine Dame habe ihm zum Ankauf eines Grundstücks und zur Erbauung eines Ateliergebäudes dort 50 000 M. zugesagt. Diese Summe werde aber nicht ausreichen, da er noch 50 000 M. zu geben sich bereit erklärt. Aus ihren Aeußerungen habe der Privatkläger entnehmen müssen, daß sie mit dem Gelde, das sie ihm zugewendet habe, nur in seiner künstlerischen Betätigung unterstützen wolle. Sie habe ihm also eine mangelhafte Zuwendung machen wollen, jedoch unter der ihm kennlich gemachten Voraussetzung, daß er das ihm zugewendete nur zu seiner

künstlerischen Betätigung,

genutzt also zum Bau eines Ateliergebäudes, verwenden dürfe. In einem Briefe habe sie an Genger geschrieben, das ihm zugewendete dürfe auf seine Familie nicht vererbt werden. Als er ihr in einem Briefe geschrieben, daß er Geld brauche, habe sie ihm sofort 91 000 M. geschickt und zugleich eine Hypothek in Hamburg auf seinen Namen aufschreiben lassen. Rechtliche Verpflichtungen habe sie dem Privatkläger bei diesen Zusammenhängen nicht auferlegt. Es sei aber ihre Willensmeinung gewesen, daß er die moralische Verpflichtung zu künstlerischer Betätigung übernehmen sollte. Genger habe ihr wiederholt erklärt, er werde für diese Zwecke dahin treffen, daß das ihm zugewendete nicht in seine Familie komme, unter anderem habe er einmal vorgeschlagen, den

Prof. Klinger zum Erben

einzusetzen. Ein anderes Mal habe er vorgeschlagen, das Grundstück in Florenz zur Heimstätte einer Künstlerakademie zu machen. Jemand etwas Festes und Bindendes habe er aber nicht festgesetzt, obwohl sie sich mit dem Gedanken der Widmung des Grundstücks als Heimstätte einer Künstlerakademie einverstanden erklärt hätte. Auf die Nachricht, daß Genger sich verheiratet werde, habe sie ihn härter gedrängt, die spätere Bestimmung des zugewendeten endlich zu regeln. In einem Briefe vom 18. Juli 1897 habe sie einen kräftigeren Ton angeklungen. In diesem Briefe habe sie Genger nur kurze Briefe geschrieben, um die Hamburger Hypothek auf ihren Namen umschreiben zu lassen. Er habe aber in dieser Frist nichts getan, sondern noch zwei Monate verstreichen lassen, bis er ihrem Vertreter in Hamburg seine Bereitwilligkeit zur Umschreibung der Hypothek erklärte und zugleich sich dazu erbot, daß er Ende des Jahres 91 000 M. an sie auszahlen würde. Sie habe darauf ihrem Vertreter geantwortet, es solle die Hypothek auf ihren Namen umschreiben lassen. Nach der Verheiratung Gengers habe sie dem Professor Klinger eine Anzahl Briefe Gengers überhandt und ihn ermächtigt, diese Briefe anderen nach seinem Ermessen zu zeigen, um andre zu warnen, daß sie selbst nicht hereinfallen.

Professor Klinger habe sofort von ihr erfahren, daß die Hypothek auf ihren Namen umgeschrieben worden sei und daß sie auf die Rückzahlung der 91 000 M. verzichtet habe. Verbotten habe sie dem Professor Klinger nicht, weiter über die Sache zu sprechen, zu öffentlichen Angriffen habe sie den Professor Klinger gegen Genger nicht veranlaßt. Professor Klinger habe ihr sogar einen Brief geschrieben, in dem er selbst sagte, daß er ohne ihr Wissen und Willen die Sache in die Zeitung gebracht habe. Professor Genger habe gesagt, daß er werden müssen, die 130 000 M. zurückzugeben, erst auf Drohung habe er sich hierzu herbeigelassen. — Auf Bestehen des Rechtsanwalts Senger hat Frau Dr. Meyer noch gesagt: Sie habe dem Professor Klinger nie mitgeteilt, daß sie das Grundstück in Florenz gekauft und Herrn Genger zum ersten Kuponnehmer eingesetzt habe. Sie habe ihm ferner nicht mitgeteilt, daß sie den Plan gehabt habe zu einer Künstlerakademie in Florenz. Eben so wenig habe sie ihm mitgeteilt, daß sie für solche Akademie Millionen hätte stiften wollen.

Es gelangen hierauf zahlreiche Briefe der Frau Dr. Meyer an Prof. Genger, des Lehiereen an Frau Dr. Meyer, sowie an Professor Klinger usw. zur Verlesung. Die Briefe an Professor Genger ahnen durchweg eine

glühende Begeisterung

für dessen Kunst, die Frau Dr. Meyer in den säkularmeritatorischen Andenken lobt. In einem Briefe vom 6. Dezember 1895 stellt sie ihm 50 000 M. zur freien Verfügung und mit dem Zusatz, daß, wenn das Geld aufgebracht sei, weiteres folgen werde. Das kleine Vermögen solle sein Eigentum sein. In einem anderen Briefe bittet Frau Dr. Meyer, sie nicht „Gomeria“ zu nennen. Er sei der Weber und sie sei nur die Vermittlerin. Nicht „Aufträge“ wolle sie erteilen, freies Schaffen sei das einzig Richtige. — In einem Briefe heißt es: „In Geldsachen kann man nicht vorständig genug sein; darum wissen von den Zusammenhängen nur Sie, Ernst (Dr. Grophe) und ich! Sonst niemand!“ — Weiter schreibt sie unter anderem:

„Nachdem ich Ihre Arbeiten gesehen, erkenne ich, daß ich nach vielen Fertigkeiten endlich den Künstler gefunden habe, den zu unterstützen eine Ehre ist. Sie müßten jappst doch Klinger darum. Aber das Publikum huldigt nicht Ihnen, sondern dem Halben!“ — Professor Genger behauptet hierzu unter anderem, daß, als er sein Ersuchen darüber ausgesprochen habe, welche Gründe wohl Frau Meyer zu ihrer späteren gebihrigen Haltung bewegen haben könnten, Professor Klinger ihm geantwortet habe:

„Bedenken Sie, es ist eine Frau! Eiferhaft!“

Professor Klinger bestreitet entschieden, so etwas gesagt zu haben, Professor Genger läßt jedoch dabei.

Nach fast neunstündiger Verhandlung befaßt sich der Gerichtshof spät abends, die Entscheidung am Mittwoch 1 Uhr zu verhandeln.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Heute, Dienstagabend 9 Uhr, findet eine Versammlung des Wahlvereins in den Sprechsalen, Straße 27, statt, in der Genosse Arons über das Thema: „Ist das Reichstags-Wahlrecht in Gefahr?“ referieren wird. Gäste sind willkommen. Zahlreicher Besuch erwartet. Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis. Mittwochabend 8 1/2 Uhr, in Franke's Jubiläum, Sebastianstr. 33, Generalsversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht und Abrechnung vom 4. Quartal 1902. Ergänzungswahl des Vorstandes. Vortrag des Genossen Georg Bernhardt: Alliengefellschaften und die Arbeiter. Diskussion. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Nächsten Sonntag in Genossenschaftshaus: 12. Stiftungsfest. Zahlreicher Besuch erwünscht. Der Vorstand.

Lokales.

Der „gottgefällige“ Insug.

den die Stöckerische Stadtmision, wie wir kürzlich gezeigt haben, an den Kurrendenungen vertritt, hat in der Presse keine direkte Beschönigung gefunden. Selbst die frömmsten Blätter haben es nicht gewagt, die Wichtigkeit unserer Mitteilungen zu bestreiten. Sie haben, Insug genug, sich daran genügen lassen, zu schweigen.

Auch die Stadtmision selber hat keinen Versuch gemacht, sich zu rechtfertigen. Wohl aber hat, wie wir hören, eine Vernehmung von Kurrendenungen stattgefunden. Offenbar wollte man herausbekommen, von wem die Beschwörungen ausgegangen sind. Daß Klagen über eine zu weit gehende Ausnutzung der Sturrendungen an uns gelangt waren, hatte man am Johanni'sch bereits erfahren, noch ehe wir etwas darüber veröffentlichten. Wir hatten uns nicht mit den Angaben begnügt, die uns Eltern von Sturrendungen aus eigenem Antriebe zugehört hatten, sondern waren, um jene Angaben zu kontrollieren, noch zu andern Eltern, auch zu sehr frommen, gegangen und haben diese bzw. ihre Jungen befragt. So kam man am Johanni'sch rechtzeitig in die Lage, den Jungen Verhaltensmaßregeln zu geben für den Fall, daß „der Onkel“, der sich „die Jüggel abläuft“, noch weitere Verläufe machen sollte. Die von ihrem Sturrendeführer ausgefragten Jungen haben nicht sämtlich zugegeben, daß „jemand von der Zeitung“ bei ihren Eltern gewesen sei. Daß es einige, entgegen dem von uns gegebenen Rat, verschwiegen haben, bedauern wir, aber wir begreifen es. Eltern haben uns gegenüber die Befürchtung geäußert, daß ihre Jungen, wenn sie sich melden, aus der Sturrende ausgeschlossen werden könnten und dann die seit Jahren angesammelte, erst bei der Konfirmation auszahlende „Prämie“ (pro Monat 1 M.) einbüßen würden. Diese „Prämie“, deren Verlust durch das Sturrende-Staat für den Fall eines früheren Ausscheidens angedroht wird, ist, wie man uns gesagt hat, noch das einzige Mittel, die bedauernswerten Jungen bei der Sturrende zusammenzuhalten. „Sonst würden die Herren Sturrendeführer“, so bemerkte mit bitterem Spott eine Mutter, „auf den Höfen bald Solo singen müssen.“

Der Vernehmung der Sturrendungen durch ihre Sturrendeführer wird hoffentlich bald eine Vernehmung der für die Sturrende verantwortlichen Personen durch die Auffichtsbehörde folgen. Wir erwarten, daß dem Insug, die Kinder um der Sturrende willen den Unterricht verlernen zu lassen, ein Ende gemacht wird. Wer bei Hochzeiten, Beerdigungen, an Geburtstagen usw. nach dem fragwürdigen Ehrenspruch eines Sturrendeführers verlangt, der möge sich gefälligst die saulfreie Zeit dazu ansuchen. Seit wann hat die Schule nötig, sich nach der frommen Laune von Privatpersonen zu richten! Ebenso ist für die Gefänge, die die Sturrende am Reformationsstage vor dem Lutherdenkmal anstimmten, die schulfreie Zeit gut genug. Es will uns nicht einleuchten, warum dieser zweifelhafte Genuß dem Publikum durchaus in der Weitztagstunde geboten werden muß. Auch der andre Insug, daß man kleine Kinder noch am Abend durch die Straßen schleppet und in der Anceipe singen läßt, darf sich nicht wiederholen. Die Berliner Polizeiverordnung vom 21. Dezember 1899, durch die die gewerbliche Beschäftigung schulpflichtiger Kinder eingeschränkt worden ist, hat Herrn Stöcker und den mit der unmittelbaren Leitung der Sturrende beauftragten Personen keine Unbequemlichkeiten verursacht; dazu sind ja die Forderungen und Vorschriften dieser Verordnung viel zu bescheiden. Aber empfinden denn diese Väter in Christo nicht die moralische Verpflichtung, freiwillig zu unterlassen, was ihnen bisher leider noch keine Polizeiverordnung und kein Gesetz verboten hat?

„Akademische“ Gauer. Zur Veseitigung von Mischständen in sogenannten Unterrichtsinstanzen für Araratensfabrikation, Schuhmacherei und Wäschehererei ist dem Ausschuss des Berliner Gewerbegerichts ein von 32 Mitgliedern — Arbeitgebern und Arbeitnehmern — unterzeichneter Antrag unterbreitet. In der Begründung heißt es u. a.: „In einzelnen Branchen, in denen meist Frauenarbeit verrichtet wird, wie in der Araratensfabrikation, Putz- und Wäschehererei, Ausbessererei finden sich neben guten, einwandfreien Lehranstalten und Unternehmen vielfach gewissenlose Arbeitgeber, die unter verlockenden Anpreisungen Mädchen und Frauen als „Lernende“ heranzuziehen und auszubilden suchen. Nach den Prospekten ruft die Direktion solcher „Akademien“ in den Händen tüchtiger Kaufleute, die seit langen Jahren in der betreffenden Branche thätig sind und zahlreiche Schülerinnen mit so großem Erfolge unterrichtet haben, daß sie zum Teil selbständige Arbeitsstudien leiten, worüber zahlreiche Anerkennungen und Dankschreiben vorliegen. Die Zeitdauer der Kurse schwelbe zwischen 1 bis 10 Wochen, das Honorar zwischen 10 und 150 M. Infolge dieser Prozedur werden Frauen aus allen Lebensstellungen angelockt und dann auf Grund eines verkauflichen Vertrages nach Zahlung des Vorkurses eingestellt. In fast allen Fällen gestaltet sich das Verhältnis dergestalt, daß kaum eine der „Lernenden“ das findet, was sie sucht. Nichts von dem, was versprochen worden, wird gehalten und schon nach kurzer Zeit lassen sie ein, daß sie schände getäuscht worden sind. Die „Akademien“, die „großen, hellen, komfortabel eingerichteten Lehrsäle“ besitzen meist aus einer gewöhnlichen Stube. Die Arbeiten selbst bestehen aus den einfachsten Verrichtungen, und die „Lernenden“ werden dazu ausgebildet, dem „Lehrherrn“ die übernommenen

Massenarbeiten unisono herzustellen. Dringen die „Lernenden“ darauf, in andern Arbeiten unterrichtet zu werden, wie es versprochen, so werden sie hingerhalten, vertrieben, kurz und grob behandelt und so hinsterniert, daß ihnen bald ein Licht aufgeht; verlassen dann die Lernenden diese Lehranstalten vor Beendigung der Lehrzeit, so haben solche „Direktoren“ oft noch die Einnahme auf Zahlung der ausbedungenen Konventionstrafe zu klagen und nur schwer gelingt es bei der Einnahme der Damen vor dem Gang nach dem Gericht, die Handlungsweise dieser „Direktoren“ so aufzudecken, daß sie dem Strafrichter übergeben werden können. Dieser Antrag hat das Gewerbegericht beschäftigt und liegt jetzt dem Minister Müller vor.

Die Urwahlbezirks-Einteilung für die kommenden preussischen Landtagswahlen hat der Magistrat von Schöneberg, veranlaßt durch einen Antrag unserer Genossen im Stadtparlament, vollzogen und den Stadtverordneten bereits Anfang Dezember v. J. im Druck mitgeteilt. Danach bilde Schöneberg 75 Urwahlbezirke, von denen

21 je 6 Wahlmänner

17 je 5 „

24 je 4 „

13 je 3 „

zu wählen haben, so daß auf die I. und III. Abteilung je 118, auf die zweite 120 Wahlmänner entfallen; im ganzen sind 348 Wahlmänner zu wählen.

Die Veröffentlichung der Urwahlbezirks-Einteilung geraume Zeit vor den Wahlen ist deshalb so wichtig, weil die Wahlmänners-Standorten in dem Bezirk wohnen müssen, in dem sie aufgestellt werden; welcher Abteilung sie angehören, ist dagegen gleichgültig.

Künftig ist es, daß in Schöneberg nur 34 Bezirke mit 3 und 6 Wahlmännern 41 solchen mit 4 und 5 Wahlmännern gegenüberstehen, während § 7 der Verordnung vom 30. Mai 1849, auf welchen das Reglement vom 18. September 1899 in § 1 ausdrücklich hinweist, verlangt: „Die Urwahlbezirke müssen, soweit es thunlich ist, so gebildet werden, daß die Zahl der in einem jeden derselben zu wählenden Wahlmänner durch drei teilbar ist.“

Aus den einleitenden Worten des Magistrats von Schöneberg, ist hervorzuheben, daß man der Anregung unserer Genossen erst folgte, nachdem man sich überzeugt, daß außer Charlottenburg auch Hannover und Breslau die Abgrenzung der Urwahlbezirke bereits vollzogen. Wird der Berliner Magistrat dem Beispiel dieser Orte folgen? Vielleicht berufen die Berliner sich auf eine Bemerkung des Schöneberger Magistrats, daß diese Abgrenzung möglicherweise durch eine Aenderung des jetzt gültigen Wahlreglements umgekehrt werden kann.

Dem gegenüber ist anzuführen, daß das Reglement zwar vom Minister geändert werden kann, aber nur soweit die Materie nicht gesetzlich geregelt ist; die Art der Abgrenzung der Urwahlbezirke wird auch der Abteilungen ist aber durch die Verordnung vom 30. Mai 1849 und das Gesetz vom 29. Juni 1893 festgelegt. Dieran kann nur durch Gesetz, also unter Mitwirkung des Landtages, etwas geändert werden.

Wir wollen übrigens noch einmal darauf hinweisen, daß in allen Gemeinden mit mehr als 1750 Einwohnern die Bezirks-einteilung durch die Gemeinde-Verwaltungsbehörden vorzunehmen ist; mögen unsere Genossen allerorts auf die sofortige Herstellung der Einteilung dringen; die Wahlvorbereitung wird dadurch wesentlich erleichtert werden.

Der Stadtverordneten-Versammlung ist eine umfangreiche Magistratsvorlage über Neubauten auf dem städtischen Vieh- und Schlachthofe zugegangen. Zum erstenmal sollen zwei stöckige Ställe für Kinder und Hammel sowie zwei Schweinefleischhäuser mit Fleischkammern usw. dort erbaut werden. Die Kosten sind mit 881 000 M. veranschlagt, die aus den im Extra-Ordinarium des Schlachthof-Stats für 1902 ausgeworfenen Anleihemitteln entnommen werden sollen.

Der Berliner Magistrat beabsichtigt das kürzlich vom Korffiskus käuflich erworbene 32 Hektar große Gelände an der Ober-Spree gegenüber dem Tierhause, ganz oder teilweise zu verpachten. Das Gelände grenzt unmittelbar an die Pflanzbeide und soll später zum Bau einer Gasanstalt dienen. Die näheren Bedingungen sind Klosterstraße 63 I zu erfahren.

Die städtische Bade-Anstalt an der Schillingstraße bleibt vom 19. bis 29. Januar d. J. wegen Ausführung baulicher Arbeiten geschlossen.

Die Nordverschönerung des Pastors Niemann. Die schweren Beschuldigungen, die Pastor Niemann in der von ihm bei der Beerdigung des Gastwirts Alisch gehaltenen Grabrede gegen eine Anzahl unbekannter Personen erhoben hat, sind von diesem Geistlichen auch heute noch mit keinem Worte erwähnt worden. Er hat weder der Polizei von der von ihm entdickten Nordverschönerung irgend welche Kenntnis gegeben, noch ist die Presse von ihm mit einem aufklärenden Wort bedacht worden. Wir haben am Sonnabend bereits betont, daß irgend eine Ursache, mit näheren Angaben hinter dem Verge zu halten, für den Geistlichen nicht mehr vorliegen kann, nachdem er am offenen Grabe kein auffeherregendes Geheimnis ausgeplaudert hat. Wo solches gesehen, hat die durch die Enthüllungen des Pastors herbeigeführte Öffentlichkeit ein Recht, nähere Aufklärung zu verlangen. Wie der mysteriöse Fall des Herrn Niemann auch liegen möge; das eine muß doch feststehen, daß ein hoher Würdenträger der evangelischen Kirche nicht ins Blaue hinein eine Beschuldigung von der Schwere der vorliegenden erhebt und damit gegen den Verleumdungsparagrafen des Strafgesetzbuches und gegen das achte Gebot frecht. Herr Pastor Niemann hat aberdies noch vor Augen, wie sehr z. B. die verleumderischen Beschuldigungen sich als haltlos erweisen haben, die aus Anlaß der Strupp-Affäre in tausend Zeitungen von angeblich staats- und religions-erhaltender Seite gegen uns erhoben worden sind, wie verblüfft die gutgefinte Presse dastand, als der Staatsanwalt aus Gründen, die hier nicht erörtert werden sollen, auf die Fortführung eines Prozesses verzichtete, der nach der Hoffnung staatsbehaltender Kreise uns und der gesamten Socialdemokratie das Genick brechen sollte und dessen von uns vorausgesehenes Ende nun zu einer Art Triumph für die Vertreter der verhassten Partei wurde.

Diese Geschehnisse sind aus Herrn Pastor Niemann noch frisch genug im Gedächtnis, um ihn selbst für den unumgänglichen Fall, daß er seine Pflichten als Geistlicher einen Augenblick außer Acht gelassen hätte, in der von ihm berührten Angelegenheit zu äußerster Vorsicht zu bestimmen. Wir geben daher trotz allem die Hoffnung noch nicht auf, daß Herr Niemann mit näheren Mitteilungen über die von ihm entdickte Nordverschönerung herantritt. Er ist dies sich und seinem Stande schuldig.

Beginn des Umbaus der Stadtbahn. Mit der Umgestaltung der Stadtbahn, deren Grundzüge wir bereits vor längerer Zeit mitgeteilt haben, ist heute Nacht der Anfang gemacht worden. Die auf den Stationen befindlichen, seitens der Bahnhofs- und Nummernbuchstaben führenden Vorbringzüge Nr. 1-20 werden zurückgezogen und durch Vorortwagen ersetzt. Jeder aus Vorortzügen gebildete Zug der Stadt- und Ringbahn führt zwei Wagen weiter und fünf Wagen dritter Klasse. Sie sind bis auf einen Wagen dritter Klasse durch Kreuzkupplung verbundene Doppelwagen und werden durch Luft- und Druckbremse gefahren. Da die Zugänge zu diesen Wagen sehr hoch sind und die Stadtbahnsteige erst später erhöht werden, so muß dem Publikum von morgen früh an Vorsicht beim Einstiegen empfohlen werden. Der Wagen hat zwei Trittsufen. Bei den Vorortzügen,

welche zum Stadtverkehr verwendet werden, gelangen zum Ertrag Fernzugwagen zur Einstellung. Auch diese sind mit inneren Thür-  
drückern versehen und aus den benachbarten Direktionsbezirken  
zusammengesetzt.

**Zum Submissions-Anwesen** liefert die Ausschreibung der Maler-  
arbeiten bei dem neuen Berliner Gaswerk in Ziegel eine kaum  
glaubliche Illustration. In dieser Submission hatten sich eine große  
Anzahl Berliner Firmen beteiligt und das Resultat zeigte die  
wunderbaren Blüten. Der Preisfordernde hatte die Summe von  
47 754,88 M., der Mindestfordernde den Betrag von 17 073,40 M.  
angegeben. Unter den Interessenten entstand eine lebhafte Auf-  
regung, umso mehr, als früher schon die Mindestfordernde Firma  
andere unterboten hatte. Die Sache gestaltete sich aber anders,  
als man vermutete. Die betreffende Firma war nämlich genötigt,  
der städtischen Behörde anzuzeigen, daß ein Fehler bei der Kalkulation  
vorgekommen sei, der den Unterschied im Preise von 30 000 M. zur  
Folge hatte. Auf Ersuchen dieser Firma ist das Angebot zurück-  
gezogen worden und nur will man zu einer neuen Submission  
schreiten.

**Internationale Feuerweh-Ausstellung.** In der Angelegenheit der  
für den Mai d. J. geplanten „Internationalen Feuerweh-Ausstellung  
in London“ fand gestern hier eine informelle Konferenz zwischen den  
verschiedenen technischen Interessenten in Feuerwaffen und den  
Mitgliedern der Zeitung des „British Fire Prevention Committee“  
statt. Zugewesen waren unter anderem die Branddirektoren Giersberg-  
Berlin, Westphalen-Hamburg, Dittmann-Bremen, der Geheimrat  
Stübgen-Stöck und verschiedene Ingenieure und Architekten, welche sich  
in Subkomitees gliederten, um einerseits in den Feuerweh-, ander-  
seits in den Feuerwaffen zu wirken. Die Konferenz machte sich  
dahin schlüssig, Einzel- und Kollektiv-Ausstellungen zu arrangieren,  
besonders deswegen, weil die deutschen Fortschritte im Feuerweh die  
englischen weit überlegen, und ein größerer Markt in England für  
die Industriellen offen stehe. Mit der Ausstellung wird auch eine  
Kunst- und wissenschaftliche Abteilung in der Ausstellung verbunden  
werden, zu deren Besichtigung Kunstausstellungen und Behörden auf-  
gefordert sind. In Verbindung mit der Ausstellung findet ein in-  
ternationaler Feuerwaffen-Kongress statt. Einladungen hierzu sind er-  
gangen an die Berufs-Feuerwehren, den Ausschuss deutscher frei-  
williger Feuerwehren, den Architekten- und Ingenieur-Verein, wie  
auch an die Feuerwehversicherungs-Institute und hauptstädtlichen Be-  
hörden.

**Auf zwei Doppel-Kaubmörder.** Die sich anscheinend nach Berlin  
gewandt haben, fahndet die Kriminalpolizei. Es handelt sich um die  
Arbeiter Stanislaus Jablonowski und Johann Kat, die in der Nacht zum 5. Januar die Eheleute Joseph und Elisabeth  
Kadermann in Abbau-Rosenberg (Westpreußen) ermordet und  
betrübt haben. Beide sind flüchtig. Für die Ergreifung der Täter  
ist eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt. Der Kaubmörder  
Jablonowski befindet angeblich einen von der Grenzbehörde in  
Wiesnievo im Dezember 1902 ausgestellt auf 4 Wochen  
gültigen Paß. Alter: 19 oder 21 Jahre. Statur: stark, breit-  
schultrig. Größe: 1,70 Meter. Haare: hell. Augen: hellgrün.  
Gesicht: pommernartig. Sprache: polnisch und gebrochen deutsch.  
Wart: kleiner Anflug von hellen, mehr weichen Part.  
Kat ist 19 Jahre alt, 1,60 Meter groß, hager, schmales  
blaues Gesicht ohne Schnurrbart, dunkelblaue Augen, schwarzes Haar,  
dicke Nase, aufgeworfene Lippen, galizischer Dialekt, an dem Halbe  
dicht unter dem Kiefer eine ziemlich lange Narbe. Ihre Mörder  
haben die Flüchtigen am Thore zurückgelassen und dafür die  
Mörder des ermordeten Adernant mitgenommen, nämlich: einen  
schwarzen neuen glatten Winterüberzieher mit dunklem Wolstoff,  
weiß kariert, eine neue schwarze Kammgarnhose, einen neuen weichen  
Nisht, ein graubraunes Jackett und eine solche Hose. Die  
Flüchtigen haben ferner aus der Wohnung der Ermordeten geraubt:  
eine 14 Kar. goldene Damen-Memorialuhr mit der Fabriknummer 83 439  
und Gefäßnummer 862 und graviertem Rückdeckel, eine lange  
Doubt-Dalsuhrkette, Dutzend weiße Leinen-Hemden, etwa 170 Mark  
bares Geld.

**Ueber den Selbstmord,** den der Beamte der hiesigen National-  
bank für Deutschland, Bernhard Jelenko, in Wien am Sonnabend  
begangen hat, berichten dortige Blätter folgendes: Jelenko war bei  
der Nationalbank mit einem Jahresgehalt von 2000 Mark in der  
Couponabteilung angestellt. Er war als ein braver und tüchtiger  
Beamter bekannt, und es ist ausgeschlossen, daß er mit den Be-  
trügerischen des flüchtigen Heide in Verbindung steht. Der Grund  
des Selbstmordes ist in dem kürzlich erfolgten Ableben der Mutter  
Jelenkos zu suchen. Der Selbstmörder war seit längerem nervös  
erkrankt. Der Bruder Jelenkos, Siegfried Jelenko, ist ein bekannter  
Schauspieler, der früher in Berlin wirkte und jetzt in Hamburg  
engagiert ist. Bernhard Jelenko war ein gebürtiger Wiener und  
47 Jahre alt. Er hatte von der Direktion der Nationalbank einen  
Urlaub erhalten, um dem Leichenbegängnisse seiner in Wien ver-  
storbenen Mutter beizuwohnen. Unter dem Eindruck des Trauer-  
falls hat Jelenko die Todeswaffe gegen sich gerichtet.

**Der Agent Leo Blumenthal** ist am Freitag in seiner Wohnung  
Friedrichstraße 207 tot aufgefunden worden. Während man an-  
fänglich Selbstmord vermutete, hat sich jetzt herausgestellt, daß  
Blumenthal entweder einen Unfall oder gar ein Verbrechen zum  
Opfer gefallen sein muß. Briefstapel und Portemonnaie des wohl-  
habenden Agenten wurden geleert in der Schlafkammer gefunden; die  
Behörde rechnet damit, daß eine Person, die Blumenthal mit auf  
sein Zimmer genommen hat, den Mann beraubt und durch Desinen  
des Gasofahnes die Spuren eines Verbrechens zu verwischen  
gesucht hat.

**Eine abgefeimte Hochstaplerin,** die jahrelang die Strafbehörden  
vieler Länder beschäftigte, hat hier ihrem Leben ein Ende gemacht.  
In vielen Großstädten trat eine junge Dame auf, die sich Frau  
v. Sanden, Geheimrätin v. Stein, v. Sals-Vodenburg und Frau  
v. Lorle nannte. Ihr Mann war hier Rittergutbesitzer, dort Mit-  
meister a. D. und schließlich Ingenieur. Ihre Trauung verlegte sie  
einmal nach Hamburg, ein andermal nach dem Haag und endlich  
nach London. Ihr gewandtes Auftreten verschaffte ihr überall Zutritt  
und ausgebreiteten Kredit, ihr hübsches Äußere auch viele  
Verföhre. So blühte ihr Weizen und sie lebte einen guten  
Tag auch dann noch, als sie in Holland, in der Schweiz  
und in andern Ländern schon als die Buchhalterin Jeannette  
Barthand, Tochter eines Handelsmannes aus Revidis im Kreise  
Rettmann, entlarvt war. Nachdem sie dann in Jülich und in  
Hamburg bestraft worden, wurde sie zuletzt in Berlin 1901 zu einer  
längeren Gefängnisstrafe verurteilt. In der letzten Zeit erhielt die  
Kriminalpolizei dann wieder Anzeigen von Schwindelweibern, deren  
ganze Art auf „Frau von Sanden“ hindeutete. Ein Kriminalbeamter  
traf dann die Hochstaplerin auf der Straße und nahm sie fest. Sie  
sah voraus, daß ihr das Judithaus sicher sei, und machte ihrem  
Leben ein Ende, indem sie sich im Gewahrsam an ihrem Rockgürtel  
erhängte.

**Eine Warenfassung** für die Leipziger Messe ist von der  
Kriminalpolizei beschlagnahmt worden. Im Centrum der Stadt  
wurden wiederholt ganze Kisten der verschiedensten Stoffe von Roll-  
und Handwagen und Fahrrädern gestohlen. Wüthener nahmen die  
Diebe auch das Fahrwerk mit, um es später irgendwo leer stehen  
zu lassen. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei blieben erfolglos,  
bis es jetzt gelang, die Fährte eines alten Judithäusers Wilhelm  
Krause zu finden, der früher solche Diebstähle verübt hatte.  
Die Verfolgung dieser Spur führte zu einem Händler  
Schulzechen Ehepaare, das als der ständige Abnehmer  
Krauses ermittelt wurde. Schulze kaufte dem Diebe alles  
ab, was er brachte, verpackte die Waare in Körbe und stapelte sie  
auf, bis es zu einer anständigen Sendung nach Leipzig reichte. Diese  
richtete er jedesmal an seine eigene Adresse bahnlagernd Leipzig, um  
sie dort zu veräußern. So trieb er seinen Handel schon eine Reihe  
von Jahren. Jetzt fand die Kriminalpolizei auf seinem Lager wieder  
eine ganze Sammlung von Damen- und Herrenstoffen, Seidenzeug,  
Unterleibung u. A. Krause verschaffte auch Fahrräder nicht, wenn sich

gerade eine Gelegenheit bot. Auch diese nahm ihm Schulze ab.  
Zwei, die ebenfalls im Centrum gestohlen wurden, befinden sich noch  
herrenlos bei der Kriminalpolizei. Es sind zwei Räder russischen  
Fabrikats, Marke „Monarch“ und „Kling“.

**Arbeiter-Risiko.** An der Riemenscheibe berunglückte der Schlosser  
Paul Hanow aus der Wriezenerstr. 21 in der Däcker-Wellblech-  
fabrik und Signalbau-Anstalt von Hein, Lehmann u. Comp. zu  
Reinickendorf. Er geriet mit einem Arm in das Getriebe und brach  
ihn sich zweimal. Der Verunglückte wurde in ein Krankenhaus ge-  
bracht.

**Eine förmliche Straßenschlacht** fand in der Nacht zum Sonntag  
statt. In der Webersstraße prügelte sich der vielfach vorbestrafte  
20 Jahre alte Händler Kosler mit einem andren Manne. Als zwei  
Schauleute dazukamen und die beiden festnehmen wollten, widerriete  
sich Kosler und fand bei dem halb zusammengekrümten Publikum  
Unterstützung. Schließlich war die Menge auf etwa 300 Personen  
angewachsen, welche die inzwischen zu Hilfe gekommenen Schauleute  
mit Mauer- und Straßeneisen zu betreiben angingen, so daß die  
Beamten von der Waffe Gebrauch machen mußten. Es gelang  
ihnen, außer Kosler noch den Tapezierer Hen, den Kürschner Kapp-  
fänger und den Töpfer Weidolot festzunehmen und die Ruhe wieder  
herzustellen.

**Unvorsichtiges Umgehen mit Benzin** hat wieder einmal Unheil  
angerichtet. Die 24jährige Kassierin Marta Winkler, die bei dem  
Kaufmann Guisein in der Kommandantenstr. 71 angestellt ist, be-  
nutzte die gefährliche Flüssigkeit zum Waschen ihrer Handschuhe in  
der Nähe eines offenen Lichtes. Ein Benzin und seine Gase fingen  
Feuer, die Flasche explodierte und das Mädchen verbrannte sich am  
Gesicht und an den Händen so schwer, daß es gestern abend um  
6 Uhr mit einer Droschke nach dem Krankenhaus gebracht werden  
mußte.

**Soldaten-Selbstmord.** Aus Furcht vor Strafe wegen Urlaubs-  
übertretung hat sich gestern, Montagvormittag um 9 Uhr der  
21 Jahre alte Kanonier Paul Walter vom sächsischen Feldartillerie-  
Regiment Nr. 88 von einem Eisenbahnzug überfahren und töten  
lassen. Walter war Kurde eines zur Kriegsalademie abkomman-  
dierten Oberleutnants, der in der Goethestr. 60 zu Charlottenburg  
wohnte. Er blieb am Sonnabend über Urlaub weg und kam nun,  
aus Furcht bestraft und in das Regiment zurückverlegt zu werden,  
nicht wieder nach Hause. Gestern vormittag um 9 Uhr spürte der  
Lokomotivführer eines Vorortzuges zwischen Charlottenburg und  
Westend einen kurzen Knick und ließ den Zug sofort halten. Auf  
einer Schiene fand man nun den Kopf eines Mannes vom Rumpf  
getrennt und bis auf den Unterleifer zermalmte liegen. Der Rumpf  
lag neben den Schienen. In den Taschen des Toten fand man einen  
Zettel mit seinem Namen und seiner Wohnung. Der Selbstmörder  
war der Kanonier Walter. Die Leiche wurde nach dem Garnison-  
Lazarett gebracht.

**Im Hofsal der Urania** beginnt heute Dienstag Herr Dr. G. Raß  
einen aus acht Vorträgen bestehenden Kursus über Chemie der  
Industrien und Gewerbe mit dem Vortrage „Das Leuchtgas und  
seine Industrie“ und im Hofsal der Urania in der Urania-Stern-  
warte in der Invalidenstrasse Herr A. Wegener einen Kursus von  
vier Vorträgen über ausgewählte Kapitel aus der Astronomie mit  
einem Vortrage „Die Entwicklungsgeschichte des Weltalls“. Im  
Theater der Urania in der Taubenschloßstraße wird heute „Das Land  
Tirol“ gegeben, eine Wanderung von der Illertal- und Alpenwelt durch  
das Reich der Dolomiten, das Ortlergebiet ins Unterinnthal.

**Feuerbericht.** Montag früh gegen 8 Uhr wurde die Wehr nach  
der Kranienstraße 23 gerufen, wo in einer Wohnung ein Weihnachts-  
baum in Brand geraten war, dessen Abblöschung indes bald erfolgte.  
Anfang am öffentlichen Feuermelder lag einer Alarmierung zu  
Grunde, die nachmittags nach dem Eintragsfall erfolgte. Gardinen  
und Kleidungsstücke gingen am Sonntagabend in der Köllner-  
straße 19 in einer Wohnkammer in Flammen auf, während in der  
Oberbergerstraße 10 Wäschestücke in Brand geraten waren. Ein  
größeres Löschaufgebot wurde infolge mehrfacher Meldung am  
Sonntagnachmittag nach der Gödenstraße 18 gerufen. Die oberen  
Etagen des großen neuen Gehäuses wurden in kurzer Zeit mit  
Rauch angefüllt, ohne daß man dafür eine Erklärung  
hatte. Die Feuerweh stellte schließlich fest, daß die Ver-  
qualmung von einem defekt gewordenen Wäderschornstein herrührte.  
Die Rauchgefahr wurde baldigst beseitigt, worauf die Löschzüge wieder  
abdrückten konnten. Der seltene Fall, daß die Wehr in einer Nacht  
zweimal nach ein und demselben Hause gerufen wird, ereignete sich  
in der Nacht zum Montag und zwar in der Prinzengr. 46. Wieder-  
mal handelte es sich um Kellerbrände. Gegen 9 Uhr waren Keller-  
verdränge mit Inhalt in Brand geraten und mußte die Wehr längere  
Zeit mit einer Schlauchleitung Wasser geben, um die Flammen zu  
erlösen. Kurz nach Mitternacht brannte es abermals im Keller.  
Holz, Preshlohlen u. standen in Flammen. Diesmal gelang es jedoch  
bald, die Gefahr zu beseitigen. Außerdem hatte die Wehr im Laufe  
des Sonntags noch Alarmierungen von der Buxtehuderstr. 12,  
von der Kugenerstr. 3 und von einigen andren Stellen zu verzeichnen.  
In allen diesen Fällen handelte es sich indes um ganz unbedeutende  
Brände, die ein Eingreifen der Wehr nicht erforderten.

### Aus den Nachbarorten.

**Selbstmord in der Heißhütte.** Selbstmord verübt hat am Frei-  
tag in der Lungenheilstätte zu Veelitz die 23jährige Telegraphen-  
gehilfin Auguste Wolter aus Berlin. Wegen hochgradiger Nervosität  
hatte dieselbe Aufnahme in der Anstalt gefunden, als sie aber sah,  
daß der erhoffte Erfolg ausblieb, begab sie sich nach dem Boden  
eines Pavillons und stürzte sich aus einem Dachfenster auf den Hof,  
wo sie mit schweren Verletzungen liegen blieb. Schon nach mehreren  
Stunden erlöste sie der Tod von ihren Qualen.

**Das Verschwinden der Witwe des Landrats v. Küster** aus  
Potsdam, wo sie sich bei ihrem Bruder zum Besuch aufgehalten hat,  
beschäftigt noch immer die Behörden. Von den Anverwandten der  
Verschwundenen ist die Belohnung für die Auffindung derselben von  
100 M. auf 500 M. erhöht worden. Nachdem die Habel und andre  
Gewässer um Potsdam wieder eisfrei geworden, sind die Fischer mit  
Nachforschungen nach der Verschollenen eifrig beschäftigt, doch haben  
diese bisher kein Ergebnis gehabt. Die Nachforschungen werden auch  
auf die umliegenden Bäder ausgedehnt. Die Verschwendene lebte  
in den glücklichsten Verhältnissen und ist Besitzerin des Rittergutes  
Lomnich im Mißengebirge. Sie ist 58 Jahre alt und scheint durch  
den Tod ihres Gatten schwerermüdet geworden zu sein.

**Eine Volkversammlung mit Talglücker-Beleuchtung.** In dem  
Städtchen Lindow i. d. Mark wurde vor einigen Tagen eine  
Volkversammlung abgehalten, der ersten seit dem Jahre 1898, weil  
unser Genosse bis dahin kein Lokal am Orte zur Verfügung stand.  
Trotz aller Verhüte des Kriegervereins, uns auch diesmal das Lokal  
abzutreiben, hielt der Wirt doch sein gegebenes Wort, und die Ver-  
sammlung war denn auch gut besucht. Bevor aber der Referent,  
Genosse Kiesel-Berlin, seinen Vortrag über den Luftkur im  
Reichstage halten konnte, verlangte der überwachende Gendarm, daß  
sämtliche Petroleumlampen im Lokal ausgelöscht würden wegen der  
„Feuergefährlichkeit“ derselben. Augenblicklich war guter Rat  
teuer, denn Gas oder gar elektrische Beleuchtung giebt es in Lindow noch  
nicht. Doch der Wirt wußte sich zu helfen. Schnell entschlossen ver-  
sorgte er eine Anzahl Talglücker und stellte die an verschiedenen  
Ecken des Saales auf. Unter allgemeiner Heiterkeit begann nun-  
mehr der Referent, der auch gleichzeitig Kandidat jenes Kreises ist,  
zu sprechen. Bei der schwachen Beleuchtung, die der Versammlung  
ein eigenartig geisterhaftes Gepräge verlieh, schien es dem Gendarm  
aber etwas unheimlich zu werden; er hat nun selbst um „mehr  
Licht“. Vereinstwillig wurde auch ihm ein Talglücker auf den Tisch  
gestellt, worauf Kiesel seinen Vortrag unter lebhaftem Beifall der  
Anwesenden zu Ende führen konnte. Sämtliche Genossen des Ortes  
sind der Ansicht, daß diese Versammlung von überaus günstiger  
Wirkung für unsere fernere Agitation daselbst sein wird.

**Zu dem Unfall in Nieder-Schöneweide,** über den wir am 4. dieses  
Monats berichteten, stellt uns das Baucomptoir Hermann Wächter,  
Singer u. Doerner folgendes mit: Zur Berichtigung über den am  
31. Dezember v. J. bei uns eingetretenen Unfall und den Artikel  
vom 4. D. konstatieren wir, daß die Lokomobile nicht auf eine  
Kipplawne, sondern auf zwei eiserne Transportwagen verladen  
wurde; ferner, daß die Maschine nicht auf einem provisorisch ge-  
legten Geleise, sondern auf dem Hauptgeleise vom Kanal nach der  
Auffüllung an der Görlitzer Bahn verladen und transportiert  
wurde. Der Arbeiter, der sich unmittelbar neben dem hinteren  
Ende der Maschine befand, wurde nicht von der stützenden Loko-  
mobile beschädigt, sondern erlitt seine Verletzungen indem er beim  
Abföhren der Lokomobile seitwärts sprang, dabei über ein nebenan  
liegendes Geleise fiel und mit seinem Kopf auf ein dort befindliches  
Rollwagengeleise aufschlug. Die Verletzung wird voraussichtlich keinen  
tödlichen Ausgang haben.

### Gerichts-Zeitung.

**Wie man ausländige Arbeiter verurteilt.** In Ludenwalde  
fungiert der als Sozialistenrotter zu Rameu gefommene Bürgermeister  
Zuchland auch als Amtsanwalt. Dieser Herr hatte kürzlich Ge-  
legenheit, sich gegen ausländige Arbeiter zu behaupten. Die bisher  
gänzlich unbetrachten Maurer Gleidner und Ernide aus Ludenwalde  
waren vom Schöffengericht wegen Vergehens gegen § 153 der Ge-  
werbe-Ordnung zu dem höchsten Strafmaß von je 3 Monaten  
Gefängnis verurteilt, wogegen sowohl sie, wie der Ludenwalder  
Amtsanwalt, Bürgermeister Zuchland, dem diese horrenden Strafe  
noch nicht hoch genug war, Berufung eingelegt hatten. Der  
Staatsanwalt nahm aber vor Eintritt in die Verhandlung diese  
juristisch nicht stichhaltige Berufung zurück. Am 31. Mai v. J.  
arbeitsen einige Maurer noch während des Streiks auf dem Bau des  
Schlossersmeisters Schulze weiter und erregten dadurch den Unwillen  
der Streikenden, die ihnen Schimpfwörter zuriefen. Gleidner, der  
anfänglich gegen den Streit war, sah aber dem Beschluß der Majorität  
gefügt hatte, kam zufällig bei dem Bau vorüber. Er fragte die  
arbeitenden Maurer, ob sie nicht wüßten, daß gestreift würde und  
setzte hinzu, sie sollten sich schämen, hier zu arbeiten. Ernide gab zu,  
daß er einige Schimpfwörter gebraucht hatte, die aber nicht darauf  
hinausliefen, die arbeitenden Maurer durch Chververletzungen zur  
Niederlegung der Arbeit zu bestimmen. Die hohe Strafe war vom  
Schöffengericht mit Rücksicht darauf erkannt, daß zwei Tage nach  
dem Vorfall eine fertig gestellte Maurer auf dem Schulzefeld Bau ein-  
gerissen wurde, ohne daß man einen Beweis dafür  
hätte, daß die Angeklagten dabei beteiligt waren. Der Ge-  
richtshof folgte den Ausführungen des Rechtsanwalts Wolfgang  
Heine und sah die That der Angeklagten als einen sehr leichten  
Fall an. Die Strafe wurde gegen Gleidner auf 3 Tage Gefängnis,  
gegen Ernide auf 7 Tage Gefängnis herabgesetzt.

**Die Polizei und die Biermäße.** Eine Kreis-Polizeiverordnung  
vom 10. Oktober 1901, erlassen vom Landrat zu Neuh, verbietet  
das Halten einheimischer Singvögel für die Zeit nach dem 1. Januar  
1902 ganz allgemein und bestimmt dann, daß Leute, die schon vor  
dem 1. Januar 1902 einheimische Singvögel hatten, sie weiterhalten  
dürfen, wenn ihnen dies auf ihren Antrag hin von der Kreispolizei  
erlaubt wird. Weiter verordnete die § 2 diese Polizei, bis zum  
1. Januar 1902 ihren Besitz an einheimischen Vögeln der Scherbe  
anzugeben, unter Angabe der Zahl, der Art und des Aussehens der  
besehnen Vögel. — Wegen Nichtbeachtung dieser Vorschriften wurde  
ein Herr Veders angeklagt, der schon vor dem 1. Januar 1902 ein-  
heimische Singvögel im Besitz hatte. — Er wurde auch in zweiter  
Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt, das Kammergericht  
als Revisionsinstanz sprach ihn jedoch mit folgender Begründung  
frei: Die Polizeiverordnung, welche das Halten gewisser Arten von  
Singvögeln überhaupt untersagt und nur als Ausnahme zuläßt, daß  
diesjenigen Personen, die bereits vor dem 1. Januar 1902 solche Sing-  
vögel hielten, das Weiterhalten derselben auf besonderen Antrag von  
der Kreispolizei erlaubt werden kann, verleihe das Eigentum und  
verleihe gegen den Artikel 9 der preussischen Verfassung, denn nach  
jener Verordnung würde der Eigentümer solcher Singvögel diese  
vernichten oder fliegen lassen müssen, wenn ihm die Erlaubnis zum  
Weiterhalten nicht erteilt werde. In einem solchen Eingriff in das  
Eigentum sei die Polizei nicht berechtigt, die Verordnung sei des-  
halb rechtungsgültig. Somit sei Angeklagter freizu-  
sprechen.

### Vermischtes.

**Die Cholera.** Aus Manila meldet Bureau Laffan: Im Innern  
der Philippinen-Insel Mindanao wüthet die Cholera. Das Verbreitungs-  
gebiet der Seuche reicht bis in den Sulu-Archipel. Auf den Inseln  
von Städten sind halb verödet. Der Sultan bleibt in seinem Hause und  
hat nach dem Tode seines im vorigen Monat verstorbenen Bruders  
seiner Haren vorläufig weggeschickt. Die Moros besitzen keine  
medizinischen Mittel zur Behandlung der Choleraerkranken und die  
Amerikaner sind außer stande ihnen zu helfen, da das Innere der  
Insel nicht unter ihrer Herrschaft steht.

**Aus Algier** wird über ein Schiffunglück berichtet: Ein  
Boot mit 19 Hochzeitsgästen, die den Seebusch bei Mebebia in  
Marokko befuhrten, wurde von der Strömung ergriffen und kenterte.  
Sämtliche 19 Insassen sind ertrunken.

**Sozialdemokratischer Agitations-Verein für den Reichstags-  
Wahlkreis Jülich a. Schwiebus - Aachen - Sommerfeld.** Heute  
Dienstagabend 8 Uhr, Kitzlioberversammlung bei Großer, Dissenstr. 20.  
Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist toeben das  
15. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben  
wir hervor: Was nun? — Leben des französischen Bergbauarbeiters.  
Von S. Krieger. — Keryliche Kunst und medizinische Wissenschaft. Von  
Georg Wagner. — Beitrag zum Problem der Moral. Von Robert Krieger. —  
Die Gasindustrie und ihre Arbeiter. Von Georg Horn. — Notizen: Paris  
als Kriminalort. — Literarische Rundschau: Gustav von Geiermann, Das Buch  
vom Bräutchen und Die Komödie der Ehe.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buch-  
handlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro  
Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten ist die  
„Neue Zeit“ unter Nr. 5075 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post  
nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.  
Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Der „Bühne Jacob“ hat toeben die 2. Nummer seines 20. Jahr-  
ganges erscheinen lassen. Wir heben aus derselben besonders die beiden  
herdigen Bilder „Ereignisse der Gegenwart“ und „Der Philosoph“ hervor.  
In weiteren Illustrationen enthält die Nummer noch „Das große Centrum“,  
„Berliner Straßenbild“, „Der Polizist“, „Kamertisch“, „Bei einer Denkmal-  
entdeckung“, „Die Jagd nach dem Glück“, „Rationalienpiel“ und „Die  
kommenen Jesuiten“. Dem letzteren Bilde hat Clara Wüller ein Gedicht bei-  
gegeben. Der fertige Teil der Nummer enthält außerdem die Gedichte  
„Patriotische Reframorphose“, „Stimmverfall“ von Erich Mühsam, „Agrarier  
und Hüten“, „Dem Kaiser Heil“, die größeren Feuilletons „Die Verbindung“  
von Emil Rosenow und „Das Veredelungs-Diner“ sowie eine große Anzahl  
kleinerer Beiträge, in welchen die Zeitereignisse satirisch behandelt werden.  
Der Preis der Nummer ist 10 Pf.

**Dokumente des Sozialismus.** Verlag von J. S. D. Dieck, Stuttgart.  
Das toeben erschienene Heft I des 3. Bandes hat folgenden Inhalt:  
1. Kritische Bibliographie des Sozialismus. 2. Aus der Geschichte des  
Sozialismus: Der „heilige Marx“. Aus einem Werke von Marx-Engels  
über Ethik. Dokumente zur Geschichte des Sozialismus im Urchristentum.  
Ein Brief A. R. Dyonarathas. 3. Urkunden des Sozialismus: Beschlässe  
und Manifeste des Berliner Centralkomitees für Arbeiter (1848). 4. Der  
Sozialismus in den Weltkriegen. 5. Anfragen und Antworten. Abonnement  
pro Quartal 2,25 M. Einzelnes Heft 75 Pf. Monatlich ein Heft.

**Weiter-Propaganda für Dienstag, den 12. Januar 1903.**  
Zeltmesse toeben, aber noch veränderlich mit leichten Schneefällen, etwas  
kräutergut Frost und mäßigen nördlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.